

Das Ostpreußenblatt



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Jahrgang 50 – Folge 32

Erscheint wöchentlich
Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt

14. August 1999

Landmannschaft Ostpreußen e.V.
Parkallee 84/86, 20144 Hamburg

C 5524

SPD:

„Gegen die eigene Regierung“

Der Streit unter den Sozialdemokraten eskaliert von Tag zu Tag

Der Vorschlag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, das Steuerrecht grundlegend zu reformieren und statt des heutigen linear-progressiven Tarifs einen Stufentarif mit drei Steuersätzen von 15, 25 und 35 Prozent einzuführen, hat die deutsche Sozialdemokratie völlig aus dem Häuschen gebracht. Struck erhielt Widerspruch von seinen eigenen Stellvertretern. Der SPD-Finanzexperte Joachim Poß rechnete vor, Strucks Modell sei unfinanzierbar. Der andere stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Rudolf Dreßler, vermißte die soziale Gerechtigkeit.

Aber die von Struck entfachte Diskussion ist nur die Spitze des Eisberges. Viel tiefergehend geht die Kritik des Saarländers Reinhard Klimmt, der seiner eigenen Partei vorwirft, die soziale Balance verloren zu haben. Klimmt wehrt sich nicht nur dagegen, daß die Erhöhungen für die Rentner gekürzt werden, er will außerdem die Wiedereinführung der von der alten Koalition abgeschafften Vermögenssteuer. Solche Bestrebungen lassen das Herz vieler Sozialdemokraten höher schlagen. Der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Henschke, warnt bereits davor, daß die SPD zu einer Partei der „Modernisierungsgewinnler“ werden könnte. Man könnte Klimmts Kritik als die eines unbedeutenden Herrschers über die drei Landkreise des Saarlandes abtun. Aber es steckt mehr dahinter. Klimmt ist das Sprachrohr von Lafontaine, viele seiner Bemerkungen über die Kanzlerpolitik dürften mit Lafontaine abgesprochen sein. Und der kann

offenbar nicht von der Politik lassen. Sein Rückzug mit der Begründung, er wolle mehr Zeit für die Familie haben, hat selbst Freunde in Erstaunen versetzt. Wenn Lafontaine seinen Abschied aus der Politik bekannt gibt, dann erinnert er an einen Roulette-Spieler, der versichert, nie wieder einen Chip anzufassen. Beiden glaubt man nicht. So wurden die jüngsten Gerüchte, Lafontaine wolle der Regierung in öffentlichen Auftritten die Leviten lesen, allgemein geglaubt. Tatsächlich hat der ehemalige SPD-Chef ein Buchmanuskript abgeschlossen, das eine Generalabrechnung mit Schröder beinhalten soll. Offenbar deshalb fordert Struck eine Aussprache zwischen Schröder und Lafontaine, um eine Eskalation des Streits zwischen Traditionalisten und Modernisierern zu verhindern.

Struck selbst hat mit seinem Stufentarif-Vorschlag eine Ablenkungsfront aufbauen wollen, um das Sparpaket von Finanzminister Eichel mit den Sozi-Todsünden wie den Eingriffen ins Rentenrecht aus dem Feuer zu holen. Das ist dem Fraktionschef, der behauptet, er komme mit beiden Gruppen gut zurecht, nicht gelungen. Statt dessen verschärfte sich der Streit. Politiker in Demokratien werden nicht an den langfristigen Wirkungen ihrer Konzepte gemessen, sondern an den kurzfristigen. Schröder und Eichel haben recht, der Staat muß sparen. Dabei beschreiten sie aber den falschen Weg, weil sie nicht die

Staatsausgaben verringern, sondern einfach nur wahllos mit der Rasenmäher-Methode der prozentual gleich hohen Kürzung in allen Etats versuchen, Geld einzusparen.

Doch Schröder muß mit Mißerfolgen bei den kommenden Wahlen zu mehreren Landtagen rechnen. Schon reibt sich Bayerns Ministerpräsident Stoiber die Hände, das Saarland und Schleswig-Holstein könnten bald wieder von der Union regiert werden, und in Thüringen könnte die CDU die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag holen. Auch in Brandenburg steht die SPD vor einem Desaster. In Sachsen wird bereits über den Austausch der Führung des SPD-Landesverbandes spekuliert, bevor die Landtagswahl überhaupt stattgefunden hat.

Nach einigen Niederlagen könnte wieder die Stunde des Saarländers Lafontaine schlagen, der wie ein Phönix aus der Asche aufsteigen und seinen Einfluß in der SPD zurückgewinnen könnte. Das ahnen Schröders loyale Parteisoldaten Eichel und auch Verteidigungsminister Rudolf Scharping, der Klimmt und somit der ganzen SPD-Linken „Wahlkampf gegen die eigene Regierung“ vorwirft. Auch wenn Eichel in Richtung Saarland schimpft, er müsse sich von niemandem befehlen lassen, was soziale Gerechtigkeit sei, gilt der Angriff auch Lafontaine. Der sitzt in Saarbrücken und wartet auf die Gelegenheit für seinen Einsatz – wie ein Spieler. hl



Carla del Ponte soll neue Chefanklägerin des Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien werden. Die Schweizer Generalstaatsanwältin gilt als unerschrockene „Mafiajägerin“. Dies bekam auch Jelzins Umgebung zu spüren. Die Eidgenossen schockierte del Ponte dieser Tage mit der Feststellung, daß bereits an die 300 ihrer Unternehmen von russischen Banden unterwandert seien. Foto AP

Generalstab? / Von Gen. a. D. Gerd Komossa

Die von Verteidigungsminister Rudolf Scharping einberufene Kommission „Zukunft der Bundeswehr“ soll bis zum Herbst 2000 in geistiger Unabhängigkeit Vorschläge für die Armee von morgen erarbeiten. Die Weizsäcker-Kommission könnte sogar, wenn sie sich frei fühlt, eine Wiederbelebung des Generalstabs vorschlagen. Doch das wird sie wahrscheinlich nicht tun.

Die Frage stellt sich, wie man von Bonn aus Sicherheitspolitik gestalten kann, wenn das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt in Berlin sind. Die politische Spitze wird eines Tages nach Berlin müssen, wo bisher der Minister im Bendlerblock nur seinen Zweit-sitz hat. Es wäre vernünftig, wenn dann in Berlin der Generalstab wieder begründet würde, der dort unter Leitung seines Chefs (bisher Generalinspekteur) die Planung macht, die in Bonn in den Oberkommandos der Teilstreitkräfte umgesetzt wird.

Der preußische, später deutsche Generalstab hatte seit den Befreiungskriegen einmal Vorbildfunktion für alle Armeen in der Welt. In den USA wie in Rußland gibt es ihn. Bei Aufstellung der Bundeswehr 1955 schien er durch den Zweiten Weltkrieg so belastet, daß man ihn nicht für die Bundeswehr wiederbeleben wollte, obwohl seine Schöpfer Scharnhorst und Moltke für die Bundeswehr Vorbild waren. Und obwohl der Versuch, ihn als Kriegsverbrecherorganisation in Nürnberg anzuklagen, kläglich scheiterte. Er wurde freigesprochen.

Seine herausragenden Chefs bis zum Kriege, General Beck und Generaloberst Halder, waren Widersacher Hitlers und hatten ihn gewarnt, den Krieg zu beginnen. Der Generalstab wurde vor Gericht gestellt, und gleichzeitig wurden von den Amerikanern Organisation und Arbeitsweise für das Management in der Wirtschaft kopiert. Heute wird in allen Bereichen der Wirtschaft und Verwaltung nach Stabsarbeit gefragt und diese praktiziert.

Auch die Bundeswehr erkannte bald, daß sie, wenn sie einen Generalstab denn nicht aufstellen

Es waren keine „Handlanger“ am Werke

Deutsche Medien stimmen ohne Not in den Chorus von Kunstraub ein

Während das russische Parlament beschließt, die geraubten Kunstwerke und Archivbestände entgegen jedem Völkerrecht und entgegen geschlossenen Abkommen nicht zurückzugeben, liefert Bundes-Deutschland weiterhin Kunstwerke ins Ausland. Zeitungen und Fernsehsender meldeten Ende Juli 1999, der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz habe drei antike Marmorskulpturen Italien „überreicht“. In den Zeitungen konnte man lesen, die Statuen hätten „Handlanger“ Görings aus römischen Villen geraubt bzw. „Scher-gen“ Hitlers in Italien gestohlen. Diese Behauptungen sind von A bis Z erlogen.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz begründet die Herausgabe anders. Man habe in der Antikensammlung im Pergamonmuseum drei römische Marmorskulpturen aus dem 2. Jahrhundert n. Chr. gefunden, auf die eine umstrittene italienische „Kommission für die Wiedererlangung von Kunstwerken“ Anspruch erhebt.

Tatsächlich hat Hermann Göring eine der Statuen aus einer privaten Kunstsammlung in Florenz legal erworben und bezahlt; eine andere wurde ihm von seinem italienischen

Kollegen, dem Luftfahrtminister Marshall Baldo, geschenkt. Die dritte kaufte (und bezahlte) Adolf Hitler für das geplante Museum in Linz.

Obwohl man über das Herkommen der Skulpturen informiert ist, kann man angeblich nicht mit allerletzter Sicherheit den „rechtmäßigen Erwerb“ durch die Antikensammlung belegen.

Offenbar gilt, daß Deutschland den „rechtmäßigen Erwerb“ seiner Kunstwerke bis zur letzten Sicherheit beweisen muß. Hier wird die Beweislast umgekehrt. Das Ausland verlangt die Herausgabe von Kunstwerken, ohne beweisen zu müssen, daß sie geraubt worden sind. Deutschland hingegen muß unter Anlegen schärfster Maßstäbe den rechtmäßigen Erwerb beweisen, was angesichts der umfangreichen Plünderungen deutscher Kulturgüter durch die Siegermächte manchmal schwierig ist.

So geht man in Italien seit dem Ende des Krieges vor. Und seitdem es eine Bundesrepublik Deutschland gibt, knicken deutsche Regierungen vor italienischen Forderungen ein. Ausführlich hat das bereits vor Jahren der Historiker Ernst Kubin in seinem Buch „Raub oder

Kunstschutz?“ (Leopold Stocker Verlag, Graz) belegt. Deutschland und Italien waren bis 1943 Verbündete. Adolf Hitler und Hermann Göring kauften durch Kunsthändler ganz legal in Italien Kunstwerke.

Nach dem Krieg forderten italienische Regierungen von der amerikanischen Besatzungsmacht, in deren Gebiet in Deutschland gefundene Kunstwerke gesammelt wurden, die Auslieferung der ordnungsgemäß von Deutschland gekauften und bezahlten Bilder und Statuen. Den Amerikanern wurde das unseriöse Treiben schließlich zuviel; sie stoppten jede weitere Herausgabe. Als dann Adenauer an die Regierung kam, gab er jedem italienischen Druck nach. Was die Italiener forderten, wurde ihnen ausgeliefert, obgleich intern deutschen Behörden klar war, daß die Forderungen zu Unrecht erhoben wurden.

Geht dieses üble Spiel jetzt weiter? Fallen die zuständigen deutschen Stellen vor jeder ausländischen Forderung um, und sei sie noch so unbegründet? Und wann hören die deutschen Medien auf, permanent gegen deutsche Interessen zu argumentieren, wenn es um Forderungen des Auslands geht?

Hans-Joachim v. Leesen

DIESE WOCHE

Schweriner Willkürakt
Ringsdorff feuert
unbequemen Generalstaatsanwalt 2

Die CDU „umkrempeln“
Angela Merkel übersieht,
daß die Deutschen ein Volk sind 4

Konflikte mit Zigeunern
Demographischer Wandel
erzeugt Überfremdungsängste 6

Neuer Kalender
„Ostpreußen und
seine Maler“ 2000 10

**„Wer hat die Ordnung
zerstört?“**
Gespräche im Gerdauen von heute 13

Nur noch vereinzelte Spuren
Ausstellung über verschwundene
ostpreußische Kleinbahnen 23

Wenn die Stimmung kippt ...
Ein Hamburger Stadtteil und
die Schatten der „Multikultur“ 24

darf, den die Gesellschaft als elitär und undurchsichtig empfand, gleichwohl auf den Generalstabschef nicht verzichten kann, der gelernt hat, das Ganze stets vor seinen Teil zu sehen. Die Bundeswehr ohne einen Generalstab, aber mit Generalstabsoffizieren in den Ämtern und Kommandos auf allen Ebenen bis herunter zur Brigade hat sich im Ergebnis dennoch bewährt. Ein neuer deutscher Generalstab, in dem der Geist von Moltke, Schlieffen, Seeckt, Halder und auch Guderian lebendig ist, könnte die Bundeswehr zu noch höherer Effizienz führen.

Ob Rudolf Scharping sich tatsächlich mit der möglichen Belegung des deutschen Generalstabs beschäftigt, kann in Bonn nicht bestätigt werden. Zu begrüßen wäre es, wenn der jetzige Generalinspekteur, General Hans-Peter von Kirchbach, als Chef des deutschen Generalstabs mit Sitz in Berlin seinen alliierten Kollegen auf diese Weise gleichgestellt würde. Die Frage seiner Befugnisse ist ohnehin neu zu prüfen. Nach den Blankenburger Erlassen von Helmut Schmidt könnte ein Berliner Erlass von Rudolf Scharping ein sinnvoller Beitrag zu einer effizienten militärischen Spitzengliederung sein mit vermehrten Kompetenzen für den Generalinspekteur.

Bald nach dem Regierungsumzug nach Berlin wird sich zeigen, daß eine Trennung der politischen und militärischen Spitze auf Dauer nicht günstig ist. Selbst wenn das Bundeskabinett am 21. Juli bestätigte, daß der erste Dienststabschef des Verteidigungsministers in Bonn bleibt, wird das Parlament Scharping zwingen, in Berlin präsent zu sein. Führung ist – wie Verantwortung – nicht teilbar.

Mecklenburg-Vorpommern:

„Nur ein ganz normaler Willkürakt“

Zur Entlassung von Generalstaatsanwalt Alexander Prechtel

Von ECKHARDT REHBERG

Ministerpräsident und Justizminister Dr. Harald Ringstorff hat wieder für bundesweite Schlagzeilen gesorgt. Die waren zwar noch nie positiv, doch diesmal von besonders schlimmer Art. In einem dreiminütigen Handstreich hat der Ministerpräsident der ersten SPD/PDS-Landesregierung den renommierten und anerkannten Generalstaatsanwalt des Landes, Alexander Prechtel, aus dem Amt gejagt. Wie einen Hühnerdieb, schrieben die Zeitungen. Neun Jahre engagierte Aufbauarbeit des erfahrenen Juristen haben ein unruhliches Ende gefunden, das Harald Ringstorff und sein Küchenkabinett von langer Hand vorbereitet hatten. In Mecklenburg-Vorpommern unter der rotgrünen Landesregierung ist es „nur ein ganz normaler“ Willkürakt. An den rüden Umgangsstil und die fehlende Souveränität des Regierungschefs hat man sich hierzulande leider schon fast gewöhnt.

Wer Ringstorff und seinem Machtstreben im Wege steht, wird gnadenlos und eben nicht auf die feine Art aus dem Wege geräumt. Das haben auch unzählige Genossen aus seinen eigenen Reihen zu spüren bekommen. Längst hat sich Resignation in der SPD breitgemacht. Es herrscht allein das System Ringstorff.

Nach diesem System ist auch der fachlich hochangesehene Generalstaatsanwalt Prechtel abserviert worden. Ohne Angabe von Gründen. Ohne Rücksicht auf seine langjährigen Verdienste beim Aufbau einer unabhängigen Justiz in unserem Bundesland, ohne Rücksicht auf seine Persönlichkeitsrechte, ohne Rücksicht auf den folgenden Imageschaden über die Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns hinaus. Nach dem völlig über-

schaenen Rausschmiß wurden dem hochrangigen politischen Beamten zwei ständige Bewacher zur Seite gestellt, die ihm nicht einmal erlaubten, seine Frau über die plötzliche Entlassung zu informieren. Innerhalb weniger Stunden mußte Prechtel sein Büro räumen sowie Diensthandy und Visitenkarten abgeben.

Als offizielle Begründung für diesen Willkürakt nannte Ringstorff lapidar ein gestörtes Vertrauensverhältnis, das jedoch seitens des SPD-Politikers nie bestand. Fachlich konnte er Prechtel nicht demontieren, obwohl es an Versuchen von der SPD und PDS in den letzten Jahren nicht gemangelt hatte. Prechtel ist auch sicher nicht über seine Ermittlungen über PDS-Abgeordnete, die er übrigens genauso konsequent wie bei Politikern anderer Parteien geführt hatte, gestürzt.

Der Generalstaatsanwalt Prechtel war von Anfang an ein unbequemer Zeitgeist, da er sich mit seinen Erfahrungen, Vorstellungen und Ideen zur besseren Bekämpfung von Kriminalität, insbesondere von Jugendkriminalität, öffentlich eingebracht hatte. Ein eigenständiger kritischer Kopf paßt jedoch nicht in Ringstorffs Bild. Der Ministerpräsident duldet neben sich kein selbständig denkendes Umfeld. Dazu fehlt ihm die Größe. Das sieht er als Bedrohung seiner Macht.

Die Signale dieser Politik sind verheerend. Sie sind nicht nur ein Anschlag gegen die seit zehn Jahren unabhängige Justiz. Sie bedeuten mehr: „Wer nicht spurt, bekommt den langen Arm Ringstorffs zu spüren.“ Mißtrauen, Überwachung und Ausgrenzung

prägen den Politikstil der Ringstorff-SPD in Mecklenburg-Vorpommern.

Viele in unserem Bundesland fühlen sich in alte Zeiten zurückversetzt. Letztendlich wird es an den Menschen in diesem Land liegen, ob sie sich diesem erneuten Druck von oben und dem Eingriff in eine unabhängige Justiz beugen. Politisch hat Ringstorff nichts vorzuweisen. Deshalb ist davon auszugehen, daß seine Mittel zum Machterhalt immer rabiat werden. Meines Erachtens sind die Kooperation mit der PDS, die Abschaffung eines eigenständigen Justizministeriums und der unwürdige Rausschmiß des Generalstaatsanwaltes nur der Anfang.

(Der Autor ist Vorsitzender der CDU-Fraktion im Schweriner Landtag.)



Zeichnung aus „Hamburger Abendblatt“

Kommentar

Ladenschluß

Mit 43jähriger Verspätung dämert nun auch Spitzenpolitikern von SPD und Union, daß das Ladenschlußgesetz eines unserer unsinnigsten Regelwerke zur Bevormundung der Bürger ist. Ende 1956 setzten ihre Parteien gegen den erbitterten Widerstand Ludwig Erhards diese Einkaufsbeschränkung gegen die Verbraucher und Arbeitsbehinderung gegen die Einzelhändler und ihre Mitarbeiter durch. Der „Vater des Wirtschaftswunders“ sah in offenen Läden eine Dienstleistung für die Verbraucher, doch deren Interessen wogen bei Union und SPD leichter als die vermeintlichen Interessen der im Einzelhandel Beschäftigten. Als ob nicht schon damals Tarifverträge mit gleitenden Arbeitszeiten möglich gewesen wären.

Wie lebensfremd das Ladenschlußgesetz ist, zeigt sich am wachsenden Zuspruch der Verbraucher zu den Angeboten jener Läden, für die Sonderregelungen gelten – wie z. B. in Flughäfen, Bahnhofsbereichen, in Raststätten und vor allem in Tankstellen, wo mitunter rund um die Uhr eingekauft werden kann. Die Reisenden unter den Kunden sind längst eine Minderheit. Dies spüren auch die mittelständischen Unternehmen im Einzugsbereich solcher bevorzugten Läden deutlich in der Kasse.

Schon die Wettbewerbsgerechtigkeit gegenüber den Benachteiligten gebietet es, das Ladenschlußgesetz dem Papierkorb zu überantworten oder zumindest den Kommunen ein Regelungsrecht einzuräumen. Das muß nicht zwingend zur Folge haben, daß der Sonntag dem „Kommerz geopfert“ wird. Eine behutsame Regelung aus Achtung vor dem Feiertag bleibt geboten. Doch gleich den Untergang des christlichen Abendlandes zu beklagen, wenn Läden sonntags öffnen, ist lächerlich. Im Kaiserreich, wo die Bindungen der Menschen zur Kirche und an christliche Traditionen fester waren als heute, hatte sich niemand darüber aufgeregt, daß – mit verschwindend geringen Großstadtausnahmen – allüberall die Läden sonntags zwei bis drei Stunden geöffnet waren. Allen war's recht – und die Gottesdienste waren besser besucht als heute.

E. S.

Die Verantwortung der Parteien ausgespart

Bernhard Vogels einseitiger Rückblick auf 80 Jahre Reichsverfassung von Weimar

Der 80. Jahrestag der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung ist wahrlich ein Grund, sich dieser freiheitlichsten Verfassung, die Deutschland jemals gehabt hat, zu erinnern. So versammelte sich am 31. Juli 1999 im Deutschen Nationaltheater in Weimar eine Schar erlauchter Mitglieder der politischen Klasse, und der Ministerpräsident von Thüringen, Dr. Bernhard Vogel (CDU), unternahm es, nicht nur jene Verfassung zu würdigen, sondern auch zu versuchen, den Untergang der Weimarer Demokratie zu deuten.

Fiel es dabei schon auf, daß er nur außerordentlich dürrt den historischen Hintergrund zeichnete, auf dem vor achtzig Jahren diese demokratische aller deutschen Verfassungen verabschiedet wurde – kein Wort zum Beispiel über den unglaublichen Druck, unter dem das im Ersten Weltkrieg niedergeworfene Deutschland von seinen Siegermächten gehalten wurde, kein Wort über die entsetzliche Not und nur ein vager Hinweis auf „revolutionäre Unsicherheiten“, die in Wahrheit permanente kommunistische Bürgerkriegs- und Umsturzversuche im ganzen Reich waren. – So erstaunte noch mehr die kühne Deutung vom Ende der Weimarer Demokratie.

Vogel gab die Schuld am Zusammenbruch den deutschen Wählern, denen er eine „mangelnde Bereitschaft, sich mit der neuen

Staatsform zu identifizieren“, ankreidete. Zwar gab er, sich auf Carlo Schmid berufend, zu, daß offenbar der Weimarer Republik die Verwurzelung in den Traditionen, in der Geschichte und in der politischen Kultur des Volkes fehlte. Doch warf er den Deutschen dennoch vor, daß es an Demokraten, vor allen Dingen aber „an dem Mut der Demokraten“ gefehlt habe, „die Verfassung gegen ihre Widersacher zu verteidigen“.

Man vermißt am Vortrag Vogels, der ja nicht nur Thüringer Ministerpräsident, sondern auch ein

Kritische Sichtung der Republik von Weimar ohne historische Bezüge

hoher Parteifunktionär ist, die Frage danach, ob denn nicht auch die Parteien, die Träger der Weimarer Republik, Verantwortung für den Untergang trugen. Ist sich der CDU-Funktionär der Unfehlbarkeit der Parteien so sicher? Dann sei er daran erinnert, daß es damals zeitweise 30 Parteien gab, die sich in einem Land, das von den es umgebenden Siegermächten unerbittlich unter Druck gesetzt wurde, bis aufs Messer bekämpften, ja, bis zum Bürgerkrieg. Von 1919 bis 1933 verschlissen die Weimarer Parteien sage und schreibe 21

Reichsregierungen, von denen gerade acht von demokratischen Mehrheiten im Reichstag getragen wurden. Nur drei der die Regierungen bildenden Koalitionen scheiterten durch Mißtrauensvotum, alle übrigen gingen auseinander, weil die Koalitionsbildenden Parteien sich zerstritten. Der schlagendste Beweis für die Verantwortungslosigkeit, mit der Weimarer Parteien mit dem Land und dem Volk umgingen, war der Sturz des von einer großen Koalition gebildeten Reichskabinetts unter dem Sozialdemokraten Müller durch seine eigene SPD. Von diesem Tage an gelang es den Parteien nicht mehr, eine Reichsregierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte.

Karl Dietrich Bracher, der im übrigen auf der Feierstunde in Weimar die Festansprache hielt, nannte die Ereignisse an jenem 27. März 1930 „den schwarzen Tag der Sozialdemokraten und der deutschen Demokratie überhaupt“. Und der Verursacher dieses „schwarzen Tages“ war nicht das deutsche Volk, sondern die SPD, die zeitweilig größte Partei der Weimarer Republik. Das alles geschah in einer außerordentlich kritischen Lage Deutschlands. Die Zahl der Arbeitslosen stieg ins Unermeßliche, die Wirtschaft brach zusammen, das Volk verelendete. Und trotzdem stieg eine der wichtigsten Parteien aus der Regierungsverantwortung aus, weil sie meinte, es sei für die SPD günstiger, in kritischen Zeiten in der Opposition zu stehen, statt unvermeidliche Regierungsmaßnahmen vor ihren Wählern vertreten zu müssen!

Selbstkritik an den Parteien von damals und heute hätte dem Redner gut angestanden, zumal in unseren Tagen das Verhalten der Parteien die Bürger mehr und mehr auf Abstand gehen läßt zu dem heutigen System, was sich sowohl am permanenten Absinken der Mitgliederzahlen der Parteien ablesen läßt als auch am Anstieg der Nichtwähler – am alarmierendsten bei den jüngsten Europa-Wahlen. Die immense finanzielle Selbstversorgung von Ministern und politischen Beamten, die Selbstbedienung der Parteien samt der ihnen „nahestehenden“ Stiftungen aus Steuergeldern, Bereicherung und Korruption allenthalben, der Postenschacher und die Klüngelwirtschaft – aber auch die großzügige Verteilung deutscher Steuergelder an internationale Institutionen und Interessengruppen in kaum noch überschaubarer Höhe –, das alles ähnelt in erschreckender Weise dem Versagen der Parteien in der Weimarer Republik.

Und es ist kaum ein Zeichen erkennbar, daß die die Bundesrepublik Deutschland tragenden Parteien ihr Verhalten selbstkritisch hinterfragen würden. **Hans Lüders**

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur: Elimar Schubbe

(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Politik, Zeitgeschehen, Feuilleton, Leserbrief: Peter Fischer, Hans Heckel; Wehrwesen, Geopolitik: Generalmajor a. D. Gerd H. Komossa (Freier Mitarbeiter); Kultur, Unterhaltung, Frauenseite: Silke Osman; Geschichte, Landeskunde, Literatur: Hans B. v. Sothen; Heimatkreise, Gruppen, Aktuelles: Maik Mattern; Ostpreußische Familie: Ruth Geede; Östliches Mitteleuropa: Martin Schmidt (Freier Mitarbeiter).

Ständige Mitarbeiter: Alfred v. Arneth (Wien/Bozen), Wilfried Böhm (Melsungen), Jürgen Mathus (Bonn), Dr. Jaroslav Opočenský (Prag), Willy Fehling (Berlin).

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Bezugspreis Inland 12,40 DM monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 15,80 DM monatlich, Luftpost 22,30 DM monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: Landesbank Hamburg, BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 24. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon (0 40) 41 40 08-0

Telefon Red.-Sekretariat (0 40) 41 40 08-32

Fax Redaktion (0 40) 41 40 08 50

Telefon Anzeigen (0 40) 41 40 08 41

Telefon Vertrieb (0 40) 41 40 08 42

Fax Anzeigen und Vertrieb (0 40) 41 40 08 51

http://www.ostpreussenblatt.de

Taiwan:

Opfer der Doppelmoral

Wenn Menschenrechte nicht so wichtig sind: Die „freie Welt“ auf Seiten Pekings

Von INGRID FUCHS

Schnell waren die wichtigen Staaten der Welt zur Stelle, die USA an der Spitze, gefolgt von Japan und Deutschland. Sie verkündeten unisono ihr Festhalten an der „Ein-China-Politik“. Dabei hatte Peking nur seine Drohungen wiederholt, Taiwan notfalls mit Waffengewalt davon zu überzeugen, daß es sich keinesfalls als unabhängiger Staat „outen“ dürfe.

China ist de facto seit 1949 geteilt. Vor fünfzig Jahren rief Mao Tse-tung auf dem Festland seine kommunistische Volksrepublik aus, während sich Tschiang Kai-schek mit mehr als zwei Millionen Soldaten und Zivilisten auf die Insel Taiwan (Formosa) zurückzog und die 1912 gegründete Republik China fortführte.

Realität ist also, daß sich in den vergangenen fünfzig Jahren zwei chinesische Staaten sehr unterschiedlich voneinander entwickelten. Während die Volksrepublik versucht, den Spagat zwischen einem kommunistischen totalitären Regime und einer Art „sozialer Marktwirtschaft“ zu vollziehen, war es in Taiwan möglich, sowohl wirtschaftlichen Wohlstand als auch politische Freiheit zu erreichen.

Die neuerliche Aufregung war durch ein Interview ausgelöst worden, das der Präsident der Republik China auf Taiwan, Lee Teng-hui, der „Deutschen Welle“ am 9. Juli 1999 gegeben hatte. Lee hatte darin gesagt: „Die historische Realität ist, daß die Volksrepublik China nach ihrer Gründung 1949 niemals die Herrschaft über Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu ausgeübt hat, Gebiete, die der Verwaltungskontrolle der Republik China unterstehen. Seit der Verfassungsänderung von 1991 befinden sich die Beziehungen über die Taiwanstraße auf einer zwischenstaatlichen Ebene, zumindest ist es ein besonderes zwischenstaatliches Verhältnis.“

Die Formulierung „zwischenstaatlich“ genügt Peking, Lee Teng-hui als Verbrecher und Verräter zu bezeichnen und Taiwan für den Fall einer Unabhängigkeitserklärung mit Invasion zu drohen. Die Atmosphäre wurde noch angeheizt durch die Nachricht, China könne eine Neutronenbombe bauen. Prompt fielen die Aktienkurse sowohl in Taiwan als auch auf dem Festland. Dabei unterstützen rund 73 Prozent der taiwanesischen Bürger die Meinung ihres Präsidenten und finden, daß „zwischenstaatlich“ die richtige Umschreibung der Verhältnisse ist, 88 Prozent sehen in Taiwan keine Provinz des Festlandes.

Einig sind sich Regierung und Bevölkerung auch darin, daß es eine Wiedervereinigung nur unter demokratischen Vorzeichen geben kann. In Taiwan will niemand Freiheit, Demokratie und wirtschaftliches Wohlergehen gegen eine Wiedervereinigung unter kommunistischer Herrschaft eintauschen.

Wenn Präsident Lee auch von „besonderen zwischenstaatlichen“ Beziehungen spricht, so verneint er „ein China“ keineswegs. Für die Regierung in Taipeh bedeutet „ein China“ eine kulturelle, historische und geographische Einheit, die zur Zeit aber geteilt ist, und zu gegebener Zeit unter demokratischen Vorzeichen wiedervereinigt werden wird. Und hier beginnen schon die grundlegenden Differenzen zwischen Peking und Taipeh – in den Auffassungen über „ein China“.

Peking ist nämlich der Ansicht, „ein China“ bedeute, daß die Regierung der Volksrepublik die einzige legitime Regierung des ganzen China sei, die eben auch Taiwan repräsentiere. Auch wenn es sich hier um – wie es in Peking heißt – eine abtrünnige Provinz handelt. Jeder Schritt Taiwans in Richtung Unabhängigkeit bedeutet deshalb für Peking eine unerträgliche Provokation.

Diesen Standpunkt übernimmt fast die gesamte Weltöffentlichkeit. Nur noch 28 Staaten weltweit unterhalten

diplomatische Beziehungen zu Taipeh. Auf Druck Pekings verschließen die Staaten, welche die demokratischen Werte auf ihre Flagge geschrieben haben, einem demokratischen Land wie Taiwan den Zutritt zur internationalen Völkergemeinschaft und verwehren ihm die Mitarbeit in internationalen Organisationen wie der Uno und ihren Unterorganisationen. Dabei zeigte gerade das deutsche Beispiel der Jahre 1973 bis 1990, daß die Mitgliedschaft sowohl der Volksrepublik China als auch der Republik China in den Vereinten Nationen eine künftige staatliche Einigung nicht ausschließt.

Schon im Oktober sollte der Peking-Chiefunterhändler Wang Daohang als Vertreter der halboffiziellen „Association for the Relations across the Taiwan Straits“ (ARATS) im Auftrag Pekings Taiwan besuchen. Daraus wurde bislang jedoch nichts und ob der Besuch jetzt noch zustande kommt oder nicht, ist ziemlich unklar. Wang wollte den Besuch von Koo Chenfu, seinem Gegenpart von der taiwanesischen

„Straits Exchange Foundation“ (SEF) erwidern, der im Oktober vergangenen Jahres in Peking war. Die beiden Organisationen waren gegründet worden, um eine Basis für Kontakte zu schaffen. Im Frühjahr 1993 waren Koo und Wang erstmals zu Gesprächen zusammengetroffen. 1995 hatte Peking jedoch jeglichen Gesprächskontakt abgebrochen aus Verärgerung über die USA-Reise von Präsident Lee Teng-hui.

Mit Koo betrat der ranghöchste Repräsentant Taiwans seit 1949 das Festland und setzte der dreijährigen Funkschleife zunächst ein Ende. Allerdings brachten die Sondierungen keine Annäherung in der wichtigen Frage des Status der Republik China auf Taiwan.

Während sich der politische Graben zwischen dem Festland und Taiwan offensichtlich nicht überbrücken läßt, entwickelt sich auf wirtschaftlichem Gebiet eine immer intensivere Zusammenarbeit. Auch die Kontakte in den Bereichen Kultur, Bildung, Medien

und vor allem die Besuche auf dem Festland haben sehr zugenommen. Von 1987 bis Ende 1997 reisten Bürger aus Taiwan 11,7 Millionen mal auf das Festland.

Taiwan gehört zu den wichtigsten Investoren auf dem Festland. Durch verschiedene Maßnahmen machte es Taipeh erstmals 1987 möglich, wirtschaftliche Kontakte mit dem Festland aufzunehmen.

Wegen ihrer Nähe und der gemeinsamen Sprache und Kultur bot es sich für taiwanesischen Geschäftsleute an, vor allem lohnintensive Produktionen auf das Festland zu verlagern. Wegen des nach wie vor bestehenden Verbotes direkter Beziehungen zum Festland – die Post wird über Hongkong befördert, man kann nicht direkt von Taiwan auf das Festland reisen, und der Handel wird ebenfalls größtenteils über Hongkong abgewickelt – ist es allerdings außerordentlich schwierig, genaue Zahlen über die Höhe der Investitionen aus Taiwan zu ermitteln. Schätzungen gehen aber von rund 50 Milliarden Mark aus.

Ein großer Teil der taiwanesischen Exporte nach Rotchina sind Maschinen und Rohstoffe für die Herstellung von Textilien, Plastikzeugnissen (Spielzeug u. ä.) sowie elektrotechnischen Produkten. Das zeigt, daß vor allem die in Taiwan nicht mehr konkurrenzfähigen Fabrikationen auf das Festland verlagert wurden.

Auch etliche in Lizenz hergestellte Güter lassen taiwanesischen Firmen mittlerweile in der Volksrepublik fertigen. Sportschuhe bekannter Marken ebenso wie die Montage von Elektrogeräten und -komponenten. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres erreichte der Handel zwischen Taiwan und dem Festland einen geschätzten Umfang von 18 Milliarden Mark, davon waren 15 Milliarden Exporte aus Taiwan.

Die Regierung in Taipeh sieht in der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung allerdings auch eine zunehmende Abhängigkeit von Peking und hat deshalb ihren Unternehmen vorgeschlagen, vermehrt in den Ländern

Südostasiens zu investieren. Daraus ist indes nicht viel geworden, wofür nicht zuletzt die Asienkrise verantwortlich war. Allerdings ist auch Rotchina vom Know-how Taiwans abhängig, vor allem was das Management und die Produktion angeht. Durch die Produktionsverlagerung auf das Festland wird erhebliches technologisches Wissen transferiert.

Wirtschaftlich hat es das kleine Taiwan also geschafft, sich weltweit – und auch bei seinem ärgsten Widersacher – als Macht zu etablieren. Taiwan ist mit 36 000 Quadratkilometern etwa so groß wie Baden-Württemberg. Die 21,8 Millionen Einwohner wohnen vor allem auf dem flachen Westteil der Insel. Hier liegt im Norden die Hauptstadt Taipeh und im Süden Kaohsiung mit dem drittgrößten Containerhafen der Welt.

1998 lag Taiwan mit einem Wirtschaftswachstum von „nur“ 4,8 Prozent weltweit auf dem 18. Platz. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 22 000 Mark erreichte es den 25. Rang. Als Handelsnation belegte es den 14.

Rang und ist unter den Produzenten von Informationstechnologie die Nummer Vier.

Auch die Asienkrise konnte der robusten Wirtschaft Taiwans, die sich vor allem auf kleine und mittlere Betriebe mit einem hohen Eigenkapitalanteil stützt, nur wenig anhaben. Die Voraussagen der Experten für 1999 werden laufend nach oben korrigiert. Mittlerweile gehen die Auguren von einem Wachstum von 5,4 Prozent aus. Die Arbeitslosenquote lag 1998 bei 2,69 Prozent. Für unsere deutschen Verhältnisse sind das alles traumhafte Werte. Aber trotzdem empfinden die Taiwanesen diese Quote als zu hoch.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Taiwan sind traditionell auf allen Ebenen gut. 1998 erreichte das bilaterale Handelsvolumen 18 Milliarden Mark, mit einem Negativsaldo in Höhe von 1,3 Milliarden für die Bundesrepublik.

Von ganz besonderer Qualität ist allerdings die rasche und dabei lautlose

Entwicklung Taiwans von einem autoritären Regime zu einer funktionierenden Demokratie in nur etwas mehr als zehn Jahren. Mit der ersten direkten Wahl eines Präsidenten in der Geschichte Chinas im März 1996 gilt nun auf allen politischen Ebenen das demokratische Prinzip. Die Verfassung garantiert nicht nur die Grundfreiheiten und Grundrechte, sondern die Bürger nehmen sie auch ungeniert in Anspruch. Aufgrund des Erreichten ist ihr Selbstbewußtsein gewachsen.

So bemüht sich Taiwan seit geraumer Zeit um die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation WTO. Taipeh hatte am 1. Januar 1990 – um allen Komplikationen mit Peking aus dem Weg zu gehen – als „separates Zollgebiet Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu“ den Antrag auf Mitgliedschaft in der WTO-Vorgängerorganisation GATT gestellt. Obwohl es die Bedingungen erfüllt hat, wird eine Aufnahme nur möglich sein, wenn auch die Volksrepublik aufgenommen worden ist, und zwar vor Taiwan, und seien es nur einige Minuten. Das, so meint Peking, sei es sich schuldig.

Im Juni 1999 bot Taiwans Präsident Lee Teng-hui 300 Millionen US-Dollar als Hilfe für den Kosovo an. Allerdings will die Inselrepublik diese Hilfe im eigenen Namen leisten dürfen, gehört aber keiner der Uno-Hilfsorganisationen an. Regierungshilfe von Seiten Taiwans mußte die Uno also ablehnen.

Jeder Versuch Taipehs, international mehr Profil zu gewinnen, wird von Peking im Keim erstickt. Wenn es eine Regierung dennoch wagt, zum Thema Taiwan Stellung zu beziehen, bemerkt Peking drohend – wie am 26. Juli am Ende der Asean-Konferenz in Singapur der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan – „Taiwan ist ausschließlich eine interne Angelegenheit Chinas.“

Ingrid Fuchs ist Geschäftsführerin der „Deutsch-Chinesischen Gesellschaft e.V.“ in 53177 Bonn, Villichgasse 17, Tel.: (0228) 36 12 66, Fax: (0228) 36 12 75 und 35 75 20, E-Mail: DCG-Bonn@T-online.de

Die DCG setzt sich seit ihrer Gründung 1957 für die Beziehungen zwischen Deutschland und der Republik China (Taiwan) ein.



Die Wirtschaft boomt – trotz Asienkrise, politischer Isolation und militärischer Bedrohung: Hsimenting, das Vergnügungsviertel der taiwanesischen Hauptstadt Taipeh
Foto DCG

Inselchinesen fühlen sich vom „Westen“ im Stich gelassen

Berliner Kindertagesstätten:

Geschrei um Kind im Brunnen

Bei oft überproportionalem Ausländeranteil geraten deutsche Kinder immer mehr ins Hintertreffen

Es soll beileibe keine Häme sein. Aber dennoch ähnelt ein jetzt in der Tageszeitung „Berliner Morgenpost“ mit dem vielsagenden Titel „Städtische Kitas verlieren Eltern – Ausländeranteil auf bis zu 94 Prozent gestiegen“ versehener Beitrag dem Geschrei, das entsteht, wenn ein Kind erst einmal in den Brunnen gefallen ist.

Einst galten vor allem im alten West-Berlin die Kitas, also Kindertagesstätten, insbesondere in linken, aber auch in liberalen Kreisen als ideale Horte, in denen Ansichten von theoretischer und vermeintlich „Praktischer Philanthropie“ verwirklicht werden konnten. Den Wünschen nach Ansässigkeit in Deutschland oder zumindest nach Asylgewährung wurde mit immer größerer Selbstverständlichkeit stattgegeben. Die Zahlen von Ausländern im Lande und vor allem in der inzwischen wieder vereinigten Hauptstadt Berlin stiegen und stiegen immer weiter, auch was die ohnehin beträchtliche Kinderzahl anbetrifft. Ganze Serien von Problembereichen taten sich auf, nicht zuletzt im Hinblick auch auf die offenen Grenzen nach Osten hin.

Zwar hat es immer Stimmen gegeben, die vor allem in Berlin auf die zunehmenden Gefahren für Strukturen in der Stadt im Hinblick auf die Ausländerzuwanderungen hingewiesen haben. So wurde beispielsweise vom ehemaligen Innensenator Heinrich Lummer

(CDU) bereits Anfang der 80er Jahre klar formuliert, die Bundesrepublik könne kein Einwanderungsland sein und „kann es auch nicht werden. Deshalb finde ich, müssen wir angesichts steigender Asylzahlen alle möglichen Bremsen ziehen.“

Lummers Mahnungen und die zahlreicher anderer Persönlichkeiten blieben in der Folge letztlich unberücksichtigt. Sie wurden vielmehr als das Gedankengut rückwärtsorientierter Geister disqualifiziert und in die ominöse Schablone einer angeblich „rechten“ Haltung eingeordnet. Diese leichtfertige Praxis feiert bis heute fröhliche Urstände, denn sachliche und an brennenden Wirklichkeiten orientierte Kritik im Hinblick auf die bisherige Ausländerpolitik wird auch nach der leichten Modifikation der Ausländergesetze als „Ausländerfeindlichkeit“ denunziert. Daß Ausländerfeindlichkeit im wirklichen Sinn des Wortes eine schlimme Sache ist, steht außer Zweifel. Berechtigte Kritik als etwas derartiges zu deklarieren und als Mittel zur Denunziation zu nutzen, ist nicht minder schlimm.

So ist denn das Bekanntwerden des teilweise riesigen Anteils von Ausländerkindern in Berliner Kindertagesstätten sowie das Bekanntwerden der damit zusammenhängenden Problematik nicht nur eine alarmierende Information mit dankenswerter Offenheit, sondern auch ein Schuß vor den

Bug der bisherigen Ausländerpolitik in der Hauptstadt und anderswo.

Und die aufgeführten Zahlen sind in der Tat erschreckend: Im Bezirk Kreuzberg beispielsweise beträgt der Anteil ausländischer und Aussiedlerkinder in Kitas 64,17 Prozent. Ein Kinderhort in der Wrangelstraße, also in einem Ballungszentrum vor allem von Bürgern türkischer Herkunft, trägt dieser Anteil 94,3 Prozent. Im einstigen Arbeiterbezirk Wedding macht der Anteil 55,56 Prozent aus. Aber auch der eher bürgerliche und mittelständische Bezirk Schöneberg weist immerhin einen entsprechenden Anteil in Höhe von 49,12 Prozent auf.

Daß die sprachliche Begegnung der Kinder im Rahmen des Aufeinandertriffens verschiedener Kulturkreise angesichts solcher Zahlen ein schier unüberwindbares Problem darstellt, kann kaum außer Zweifel stehen. Das Ausweichen, so konstatiert denn auch die „Berliner Morgenpost“ lakonisch, deutscher Familien in die Kindertagesstätten freier Träger oder in die öffentlichen Kindertagesstätten anderer Bezirke mit niedrigerem Ausländeranteil ist inzwischen offenkundig. Das legt allerdings ungesagt, aber auch ebenso offenkundig dar, daß eine derartige Entwicklung geradezu zum Ghettoisierung der Ausländer in bestimmten Bezirken mit den entsprechenden Folgen führt.

Obendrein ist dies auch nur die Spitze eines Eisberges, denn beispielsweise in den Grund- und Mittelschulen in den Bezirken, die als Ballungszentren der Ausländer in Berlin gelten, bietet sich die Problemstellung kaum anders dar. Die mangelhaften Deutschkenntnisse der ausländischen Schulkinder werden immer häufiger zum Richtmaß für den Unterricht. Das veranlaßt immer mehr deutsche Eltern, mit ihren Kindern an die Peripherie der Stadt zu ziehen. Die damit einhergehenden mannigfaltigen Strukturveränderungen sind noch kaum abzusehen und werden für den Berliner Senat, gleich wie er nach dem 10. Oktober aussehen wird, einen riesigen Problembereich bedeuten.

Was die Kindertagesstätten anbetrifft, so fordern jetzt Stadträte in den betroffenen Bezirken eine Reform der Erzieherausbildung und die Finanzierung von Deutschkursen für Mütter von ausländischen Kitakindern, das zeugt zumindest von Problemeinsicht und auch von gutem Willen, allein, es kann nicht mehr sein als das Kurieren am Symptom. Neue Konzepte zur Vermittlung von Deutsch als zweiter Fremdsprache sei in der Erzieherausbildung aber bisher noch nicht verankert, kritisiert die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John, die dies seit annähernd zwölf Jahren anmahnt.

Konrad Rost-Gaudenz

Keine Deutschen

Roma müßte man sein, zumindestens in der Tschechischen Republik. Daß neben den Zigeunern auch noch eine polnische und eine in ihrer Heimat verbliebene sudetendeutsche Minderheit existiert, wird in EU-Dokumenten über „Minderheitenprobleme in der Tschechischen Republik“ kalt übergangen. Nur „Roma“ werden erwähnt.

Die Schriftstücke stellen die Grundlage für die Arbeit des Gemischten Ausschusses des Tschechischen Parlaments mit dem Europäischen Parlament dar. Bereits im Frühjahr kritisierte der bayrische Europaabgeordnete Bernd Posselt (CSU) den Mißstand. Posselt, seines Zeichens auch Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen (UdV) von Bayern und Präsident der Pan-europa-Union Deutschland e.V., forderte zudem die tschechischen Parlamentarier auf, nicht nur über, sondern auch mit den Vertretern dieser Volksgruppen zu sprechen.

Obwohl Tschechien den EU-Beitritt anstrebt, zeigt Prag bei Minderheitenfragen nach wie vor keine Einsicht. Allerdings sind längst nicht alle Europaparlamentarier so rührig wie der Bayer Posselt. Die Angehörigen des gemischten EU-Ausschusses täten gut daran, den entsprechenden Druck auf die tschechischen Behörden zu verstärken. Schließlich will Tschechien der EU beitreten, nicht umgekehrt. Wieviel Wasser muß noch die Moldau herunterfließen, bis Prag endlich bereit ist, grundlegendes Völkerrecht wie die europäische Minderheitenkonvention zu akzeptieren? Ein Entgegenkommen von tschechischer Seite nach einem guten halben Jahr zu erwarten wäre aber wohl etwas verfrüht gewesen, auf die Rücknahme der Beneß-Dekrete warten die Heimatvertriebenen schließlich schon seit 1945.

André Nehrigh

Gedanken zur Zeit:

Das Europäische an Europa

Merkel sollte Schäuble lesen / Von Wilfried Böhm



„Um k r e m p e l n“ will Generalsekretärin Angelika Merkel ihre CDU, wie der „Focus“ vermeldet. „Mitten im Leben“ solle die Partei künftig stehen. Um das zu erreichen, schrieb sie einen Ideenwettbewerb aus. So will sie „die Kreativität der Mitglieder nutzen“.

Gleichzeitig begab sie sich in der Zeitschrift des Evangelischen Arbeitskreises ihrer Partei auf die Suche nach Gemeinsamkeiten in der pluralistischen Gesellschaft. Vermutet sie doch zu Recht, daß „den Menschen der Gemeinsinn abhanden gekommen ist“, meint aber zugleich, es sei übertrieben und unangemessen, in der wachsenden Individualisierung der Lebensstile pauschal eine Entsolidarisierung der Gesellschaft zu sehen.

Um die selbstgestellte Frage: „Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ beantworten zu können, braucht sich Angelika Merkel nur um zehn Jahre zurückzusetzen. Hatte 1989 doch das „Wir sind das Volk“ und der mutige, kurze Schritt zum „Wir sind ein Volk“ die freiheitliche Revolution gegen den Sozialismus zum Erfolg geführt und die deutsche Wiedervereinigung möglich gemacht. Diese Deutschen hatten 1989 nicht gerufen: „Wir sind die Gesellschaft“, auch nicht: „Wir sind eine Gesellschaft“, ebenso nicht: „Wir sind eine offene Gesellschaft“ und erst recht nicht: „Wir sind die multikulturelle Gesellschaft!“ Sie be-

riefen sich vielmehr auf die politischen, geschichtlichen, ethnischen und kulturellen Grundlagen des deutschen Volkes.

Sie wollten damit nichts anderes, als sich als Deutsche in die europäische Normalität einfügen, was ihnen in den Jahrzehnten des Kalten Krieges verwehrt geblieben war. Der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble hat diese Normalität 1997 wie folgt beschrieben: „Die Nationalstaaten sind historisch betrachtet das Europäische an Europa. Sie werden auf absehbare Zeit die bestimmende staatliche Organisationsform bleiben. Die Staaten vermitteln den Menschen Zugehörigkeit, Identität, ohne die freiheitliches Zusammenleben auf Dauer nicht gelingt.“

In der Tat: Im Ergebnis seiner Geschichte ist das heutige Europa nationalstaatlich organisiert. „Deutscher“, „Franzose“, „Spanier“ oder „Schwede“ ist man nicht nur wegen seiner Staatsangehörigkeit, sondern wegen seiner komplexen ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Prägung. Jedes Staatsvolk in Europa, das dem jeweiligen Staat seinen Namen gibt, verkörpert eine „Nationalität“ und eine Schicksalsgemeinschaft. Mit der „Blut und Boden“-Ideologie des nationalsozialistischen Rassenwahns hat der demokratische Nationalstaat nichts zu tun. Diese war vielmehr gegen Volk und Nationalstaat gerichteter rassistischer Extremismus.

Seine demokratische Reife beweist das Staatsvolk im demokratischen Nationalstaat dadurch, daß es sich nicht über andere erhebt, und durch die Rechte, die es

Minderheiten nicht nur gesetzlich zusichert, sondern diese auch im Alltag fördert. Darum sind die real existierenden Staaten Europas im Ergebnis ihrer Geschichte heute mehr als eine Gesellschaft von Bürgern, die sich theoretisch als Individuen einer Verfassung verpflichtet fühlen und durch einen dubiosen „Verfassungspatriotismus“ zusammengehalten werden.

Dieser „Verfassungspatriotismus“ aber und mit ihm die „Überwindung des Nationalstaates“ waren während der staatlichen Teilung Deutschlands die Staatsräson der westlichen Bundesrepublik. Die „Gesellschaft des westdeutschen Sonderbewußtseins“ – von der Mehrheit der Schriftsteller, Künstler, Publizisten, Fernsehgewaltigen, Zeitgeschichtler und nicht zuletzt Politiker geformt – hat bis heute nicht begriffen, daß sie sich mit dieser Ideologie nicht nur gegen die deutsche, sondern im gleichen Maße gegen die europäische Geschichte, Gegenwart und Zukunft gestellt hat und stellt.

Angelika Merkel braucht ihre CDU nicht „umzukrempeln“, sondern nur auf die Meinung von über 70 Prozent ihrer Mitglieder zu hören, die laut einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung wollen, daß Deutschland seine nationalen Interessen international stärker durchsetzt. Darum sollte die CDU auf die Selbstanerkennung des demokratischen Nationalstaates Deutschland mit der gleichen Intensität hinarbeiten wie bisher auf dessen Überwindung. Ein Blick in die Verfassung lehrt überdies, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Hier findet Angelika Merkel auch die Antwort auf ihre Frage: „Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ So gesehen, bestand 1989 das deutsche Volk auf den Straßen der DDR aus wirklichen Verfassungspatrioten.

Schleswig-Holstein:

Rühe läßt 08/15 erblühen

Sorge kritischer CDU-Anhänger um Wahlausgang wächst

Während die Masse der CDU-Mitglieder in Schleswig-Holstein voller Begeisterung die Kraftakte ihres neuen Spitzenkandidaten Volker Ruhe beklatscht in der Hoffnung, er werde im Februar 2000 die Landtagswahl gewinnen, nehmen bei kritischen Sympathisanten die Sorgen zu. Ruhe jagt mit Riesenschritten dem Zeitgeist nach, stößt alles, was in dem bisher überwiegend konservativ eingestimmten Landesverband an eigenen Konturen sichtbar wurde, ab und besetzt die Lücken mit linksliberalen 08/15-Inhalten.

Meist aber beläßt er es bei flotten Sprüchen. Wird er aber einmal konkret wie etwa bei der Vorstellung der von ihm gewünschten CDU-Sozialministerin, seiner früheren engen Mitarbeiterin Birgit Schnieper-Jastram aus Hamburg-Harburg, dann erkennen die Journalisten in deren Ausführungen keine Unterschiede zur bisherigen SPD-Sozialpolitik. Selbst Drogenräume für Abhängige will sie einrichten.

Im Falle eines Regierungswechsels in Kiel, so geht das Gerücht, würde der bisherige CDU-Generalsekretär Wadeuph Innenminister und der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Kayenburg, Wirtschaftsminister, beides Parteifunktionäre, die bisher für einen verschwommenen und eher linksliberalen CDU-Kurs standen und dem im Frühjahr von 75 Prozent der CDU-Delegierten gewählten Landesvorsitzenden Würzbach, einem in der Wolle gefärbten Konservativen, das Leben schwer machten.

Ruhe, eher dem Flügel um Geißler und Süßmuth zuzurechnen, bestimmt am Landesvorsitzenden

vorbei, daß die schleswig-holsteinische CDU sofort ihre Akzeptanz des Volksentscheides gegen die Rechtschreibreform über Bord wirft und sich daranzumachen hat, gemeinsam mit SPD, Grünen und F.D.P. ein Schulgesetz zu schaffen, das das Ergebnis des Volksentscheides ins Gegenteil verkehrt. Dabei entwickelt Ruhe einen solchen Eifer, daß sogar die Bildungsministerin wegen der außerordentlich unsicheren Rechtslage vor der überhasteten Einführung der neuen Schreibweise an den Schulen Schleswig-Holsteins warnte. Mit dummen Gesichtern stehen nun die zahlreichen CDU-Aktivisten in der Landschaft, die vor 1 1/2 Jahren auf Geheiß ihrer Partei Unterschriften gegen die Rechtschreibreform gesammelt haben.

Noch-Landesvorsitzender Würzbach sitzt schmollend in seinem holsteinischen Dorf und läßt sich von der Presse verhöhnen. Die Masse der CDU-Mitglieder aber pariert widerspruchlos, wenn Ruhe mit der Peitsche knallt, wird aber auch nicht gefragt, ob sie den totalen Schwenk der Partei mitmachen will oder nicht. Daß dabei die vielen konservativen CDU-Mitglieder und Sympathisanten verprellt werden, dürfte Ruhe egal sein. Er liegt sich mit dem linksliberalen F.D.P.-Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki in den Armen, der spottet, er habe bei der CDU Volker Ruhe als Spitzenkandidaten installiert, was nicht falsch ist, da er in der CDU genug Täter fand, die ihrem eigenen Landesvorsitzenden Pfeile in den Rücken schossen. In Schleswig-Holstein bahnt sich in der CDU angesichts des Hau-Ruck-Verfahrens Rühes ein Chaos an. Jochen Arp

In Kürze

Tendenz steigend

4,03 Millionen Arbeitslose zählten die Ämter im Juli diesen Jahres, das waren 89 000 mehr als im Juni, aber 107 300 weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote stieg damit von 10,1 auf 10,3 Prozent, im Juli 1998 betrug sie 10,7 Prozent. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda (CDU), führt diese Veränderungen weitestgehend auf „Saison, Arbeitspolitik und Demographie“ zurück.

Frieden in Gefahr?

Aus einem Geheimbericht des israelischen Mossad geht hervor, daß Bewaffnung und Ausbildung der UCK sich – wie in Afghanistan – gegen die Nato-Mitgliedsstaaten richten werden. Agenten aus dem Iran, dem Jemen und Afghanistan konnten der Geheimdienst bisher schon identifizieren. Und genauso wie die Mudschahedin handele die UCK mit Drogen, um ihr Waffenarsenal aufzustocken. „Für den Frieden auf dem Balkan ist die UCK eine ernsthafte Bedrohung“, resümiert der Bericht.

Deutsch bevorzugt

Wie die Zeitung Frieden 2000 berichtete, geht aus einer Umfrage unter deutschen Internet-Anwendern hervor, daß überwiegend Angebote aus dem eigenen Land genutzt werden. 30 Prozent der Befragten gaben an, nur selten anderssprachige Inhalte auszuwählen, und 24 tun dies nie. Folglich besteht ein hoher Anreiz für Anbieter im Internet, englische Angebote zu vermeiden.

Anteil soll steigen

Bundesregierung und Industrie bemühen sich beim Wiederaufbau in Jugoslawien um einen größeren Anteil der Aufträge. Denn in Bosnien hatten deutsche Firmen nur einen Anteil von sechs Prozent, obwohl Deutschland mit 28 Prozent an den Aufbaukosten beteiligt war.

Marokko:

Fische als politische Brechstange

Mohammed VI. muß sich mit Spanien arrangieren, um mit der EU ins Gespräch zu kommen

Mit König Hassan II. von Marokko starb Ende Juli einer der dienstältesten Staatsoberhäupter der Welt. Die Verdienste dieses Herrschers, der seit 1961 die Geschichte des nordafrikanischen Landes bestimmte, liegen vorrangig in seiner Fähigkeit, größeren Unruhen durch geschicktes Lavieren vorgebeugt zu haben. Der Name Hassan II. stand für eine ungewöhnliche politische Stabilität, die seit Anfang der 80er Jahre, als Hassan II. einen zweiten gegen ihn gerichteten Militärputsch abwehrte, Bestand hat. Beide Militärputsche zeigen, daß die lange Regierungszeit Hassans II. keineswegs krisenfrei war. Die schwerste Krise, die der Herrscher der Alawiten zu bestehen hatte, war sicherlich der kriegerische Konflikt um die ehemalige spanische Kolonie Westsahara, die Marokko 1976 annektierte. Daraufhin kam es zu einem jahrelangen Guerillakrieg mit der Unabhängigkeitsbewegung Polisario, der 1991 durch die Uno vorerst beendet wurde. Seitdem versucht Marokko ein Referendum um die Angliederung an Marokko oder die Unabhängigkeit Westsaharas mit allen möglichen Argumenten zu verzögern.

Ein weiterer Verdienst, der Hassan II. zuerkannt werden muß, ist dessen Wegbereitung für Parteigründungen, über die ein Ventil für die Unzufriedenheit der Bevölkerung geschaffen wurde. Mit Abderrahman Yousouffi steht derzeit sogar ein sozialistischer Ministerpräsident der Regierung vor, mit dem Mohammed VI., der Sohn und Nachfolger Hassans II., eng zusammenarbeiten will. Diese Entwicklung sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß Hassan II. keineswegs daran dachte, zentrale Schlüsselkompetenzen abzugeben. Diese sind in seiner Regierungszeit beim Innenministerium, bei beiden großen Clans des

Landes und nicht zuletzt in den Händen Hassans II. selber verblieben.

Trotz zahlreicher Modernisierungs- und Industrialisierungsversuche hat es Hassan II. allerdings nicht vermocht, die große Armut in der Bevölkerung zurückzudrängen. Dieses für Marokko zentrale Problem wird Mohammed VI. vorrangig beschäftigen. Dieser gab bereits zu erkennen, daß er der Bekämpfung der Armut Priorität einräumen wird. Mohammed VI. verspricht sich viel von einer Ausbildungsreform. Wörtlich erklärte der gerade inthronisierte König: „Wir messen diesem Projekt hohe Bedeutung zu, denn es ist

Illegale Einwanderer über die Straße von Gibraltar als Druckmittel im Einsatz

entscheidend für den Abbau der Arbeitslosigkeit.“

Mohammed VI. weiß, warum er gerade auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung unter Zugzwang steht. Die fundamentalistische Gefahr aus Algerien konnte bisher zwar abgewehrt werden. Die Islamisten haben sich dennoch in Marokko als ernstzunehmende politische Kraft etablieren können. Dabei umgingen sie auf geschickte Art und Weise das in Marokko verhängte Verbot von islamischen Vereinigungen und Parteien. Sie übernahmen mit der Mouvement populaire démocratique et constitutionnel (MPCD) eine seit den fünfziger Jahren existierende, aber kaum noch aktive Partei. Durch diesen Coup können sie seither als legale Partei auftreten. Die MPCD sieht in der Demokratie zwar ein Importprodukt, das sie aber hinzu-

nehmen bereit ist, wenn die islamischen Grundwerte gewahrt bleiben. Die MPCD kann, legt man die Aussagen ihrer Vertreter zugrunde, derzeit als gemäßigt-islamische Partei bewertet werden. Ob dies so bleibt, wird die Zukunft zeigen.

Von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung Marokkos ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Spanien. Derzeit sind ca. 800 spanische Unternehmen in Marokko tätig, was den Stellenwert der spanisch-marokkanischen Beziehungen unterstreicht. Spanien soll Marokko auch bei dessen Annäherung an die EU unterstützen. Um ihren Vorstellungen Nachdruck zu verleihen, bedient sich die marokkanische Regierung zweier Druckmittel: einmal der illegalen Einwanderung über die Straße von Gibraltar. Den Spaniern, aber auch den übrigen Europäern wird durch den anhaltenden Druck von Einwanderern signalisiert, daß Abhilfe nur geschaffen werden kann, wenn Europa mithilft, sich im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Marokko zu engagieren.

Zum anderen wird insbesondere gegen Spanien das im November auslaufende Fischereiabkommen instrumentalisiert. Sollte Marokko dieses Abkommen nicht verlängern, droht ca. 25 000 spanischen Fischern die Arbeitslosigkeit. Spanien wird sich also bemühen, marokkanischen Vorstellungen entgegenzukommen. Ob dieses Entgegenkommen auch im Falle der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zum Tragen kommt, die von Marokko zurückgefordert werden, muß allerdings bezweifelt werden.

Der neue Herrscher Mohammed VI. hat also eine Reihe von heiklen Problemen zu lösen. Er wird mit viel Fingerspitzengefühl vorgehen müssen, wenn Marokko weiter ein stabiler Staat bleiben soll. S. G.

Zitate · Zitate

„Immer wieder liest man im Ausland, vor allem in einem Teil der angelsächsischen Presse, von der Ausländerfeindlichkeit der Deutschen. Das stimmt einfach nicht. Denn das einzige, was die Mehrheit der Deutschen nicht mehr ertragen und tolerieren will, ist ausländisches Gesindel, das unter dem Deckmantel politischer Verfolgung und der Inanspruchnahme von Menschenrechten die Gastfreundschaft in Deutschland mißbraucht. Fremde Drogenhändler, Einbrecher, Bandenmitglieder, Autoschieber und Ausbeuter, die in ihren eigenen Herkunftsländern weder erwünscht noch auf ehrliche Weise erfolgreich sind, spielen sich hier auf, als sei ihnen Deutschland uneingeschränkter Aufenthalt und soziale Fürsorge schuldig ... Wenn die Schweizer, die Italiener, die Franzosen oder die Amerikaner unliebsame Ausländer abschieben, kräht kein Hahn danach. Bei den Deutschen aber sind immer wieder dieselbe Presse und das Fernsehen bereit, daraus einen internationalen Skandal zu machen.“

Es ist an der Zeit, daß die Deutschen ihren Kollektivschuldkomplex ablegen und sich weniger um die sogenannte Weltmeinung kümmern. Diese Weltmeinung wird den Deutschen ihre durch Kriminalität zerstörten Stadtkerne nicht erneuern, und sie wird auch nichts zu mehr Sicherheit beitragen.

So lange die Deutschen den Unfug der Kollektivschuld akzeptieren, machen sie sich erpreßbar von der sogenannten Weltmeinung. Kollektivschuld! Bin ich tatsächlich verantwortlich, wenn mein Nachbar ein Mörder ist? Oder tragen wir alle als Menschen Kollektivschuld, weil Kain Abel umgebracht hat? Das soll nicht heißen, daß die Verbrechen des Dritten Reiches nicht furchtbar und unmenschlich waren – aber was hat dies mit der heutigen Generation zu tun? Es wird höchste Zeit, daß Deutschland aufhört, den Zahlmeister zu spielen, nur weil es kollektiv ein schlechtes Gewissen haben soll.

Kurzfristig dürfte die einschlägige Welpresse sich aufregen über die Tatsache, daß Deutschland sich von seinem Schuldkomplex befreit. Und einigen einflußreichen Kräften wird es sicherlich absolut nicht ins Konzept passen. Aber wie das Waldsterben wird auch dieses Thema früher oder später aus den Nachrichten verschwinden. Tatsache ist, daß Deutschland mehr als genug geblutet und bezahlt hat. Und jetzt hat dieses Volk jedes Anrecht, als vollwertiger, gleichberechtigter Partner überall in der Welt akzeptiert zu werden.

Ich weiß aus unzähligen Diskussionen, daß die meisten Deutschen so denken, sie wagen es nur nicht auszusprechen, weil sie glauben, sie würden sofort kritisiert. Als gebürtiger Schweizer und naturalisierter Amerikaner habe ich kein Problem damit, wenn man mich auf Grund dieser Meinung angreift ... Die Europäer können nicht erwarten, daß die Deutschen mit 24 Prozent der EU-Bevölkerung für immer 75 Prozent der Neottozahlungen bestreiten, ohne dafür die Anerkennung als Partner zu erhalten. Der Versuch einer Minderheit der Welpresse, den Deutschen zu suggerieren, sie seien schlechter oder brutaler als andere Völker, ist nicht nur absoluter Unfug, sondern auch gefährlich. Es gibt nämlich eine nicht unbedeutende Zahl von Deutschen, die tatsächlich glauben, sie seien anders; und das führt natürlich in die Isolation.“

Eric F. Sidler

„Mein geliebtes Deutschland – Kritische Reflexionen eines Gastarbeiters“

Das Feuer aus der Hand geschlagen

Oberbefehlshaber Wesley Clark mußte gehen / Von Stefan Gellner / P. F.

Ohne Zweifel wird der Name des noch amtierenden Nato-Oberbefehlshabers Wesley Clark in die Militärgeschichte eingehen. Er dürfte der einzige militärische Oberbefehlshaber in der Geschichte sein, der es geschafft hat, einen Feldzug zu gewinnen, ohne dabei auch nur einen einzigen Soldaten in einer Kampfhandlung zu verlieren. Dennoch wird Clark vorzeitig aus seinem Amt abberufen. Sowohl Clark als auch die Nato versuchten die Abberufung als reinen „Routinevorgang“ herunterzuspielen. Dafür spricht, daß die Amtszeit des designierten Nachfolgers von Wesley Clark, des Generals der US-Luftwaffe Joseph W. Ralston – er bekleidet derzeit das Amt des stellvertretenden Generalstabschefs – zum 1. Februar 2000 ausläuft. Ralston muß spätestens bis 1. Mai einen neuen Posten antreten, da er sonst pensioniert wird. Deshalb, so die Argumentation, müsse Clark zwei Monate früher aus dem Amt scheiden.

Die Umstände der Ablösung Clarks lassen aber darauf schließen, daß zwischen Clark und Washington tiefgreifende Dissonanzen herrschen. Der derzeitige Vorsitzende des Generalstabs der USA (Joint Chiefs of Staff), Hugh Shelton, beschied Clark in einem miternächtlichen Anruf, daß er zwei Monate früher als geplant aus dem Amt scheiden werde. Für Clark, der sich zum Zeitpunkt dieses Anrufes auf einer Stippvisite durch

die baltischen Republiken befand, muß dieser Anruf wie ein Schlag ins Gesicht gewirkt haben. Clark hatte Shelton nämlich eine Woche vorher getroffen, ohne daß ein Wort über seine vorzeitige Demission gefallen wäre.

Mit dem Anruf Sheltons war die Brückierung Clarks aber noch nicht beendet. Eine Stunde nachdem Clark durch Shelton informiert worden war, besaß bereits die „Washington Post“ den exakten Inhalt dieses Gesprächs. Während sich das Ausland über die Be-

Ein „kompromißloser Krieger, der keine Gefangenen macht“

handlung von Clark überrascht gab – die französische Tageszeitung „Le Monde“ sprach z. B. davon, daß Clark wie „ein Landstreicher“ behandelt worden sei –, zeigte das „offizielle“ Washington wenig Bedauern. „Die Handhabung dieses Vorgangs ist zwar verpfuscht worden“, wird ein Regierungsbeamter in Washington seitens „Newsweek“ zitiert, „die Entscheidung ist aber dennoch richtig gewesen.“

Unumstritten war Clark, der auf Initiative von US-Verteidigungsminister Cohen ins Amt kam, nie. Vor Monaten erschien bereits ein kritischer Bericht in dem links-

liberalen US-Hintergrundmagazin „Counterpunch“, in dem Clark als arroganter einzelgängerischer Karrierist beschrieben wird. Kameraden bezeichneten Clark in diesem Beitrag als einen „Mann, der jeden Untergebenen als eine mögliche Bedrohung für seine Karriere betrachtete“. Sein Geltungsdrang brachte ihm laut „Counterpunch“ in Nato-Kreisen den Spitznamen „Das höchste Wesen“ („The supreme Being“) ein.

Zu einem ähnlichen Urteil kommt „Newsweek“, wenn dort festgestellt wird, daß Clark des öfteren verschlagener gewesen sei, als es ihm gutgetan hätte. Er sei zu überzeugt von seiner Rechtschaffenheit und nur zu bereit gewesen, bei der Durchsetzung seiner Vorstellungen alle Mittel einzusetzen. Clarks Auftreten, das als Mischung aus „Kompromißlosigkeit“ und „einsamer Krieger, der keine Gefangene macht“ beschrieben wird, hat naturgemäß Widerstand hervorgerufen.

Der Anlaß für Clarks vorzeitige Abberufung aus dem Amt liegt aber wohl zuvorderst in dessen Reaktion auf den russischen Vorstoß auf Pristina begründet. Hier insbesondere im Zusammenhang mit dem britischen Kfor-Kommandeur Mike Jackson, der sich einem Befehl Clarks strikt widersetzte. Clark wollte den Einmarsch russischer Truppen in die Hauptstadt des Kosovo unter allen Umständen verhindern und plante, mittels ei-

nes Luftlandeunternehmens den Flughafen von Pristina vor den Russen zu besetzen. Jackson weigerte sich, Clarks Befehl zu entsprechen und fand die Unterstützung von James Ellis, dem Chef des Südkommandos der Nato. Sowohl Ellis als auch Jackson wandten sich in diesem Zusammenhang an die politische Führung in der Heimat, was dazu führte, daß Clarks Befehl für das Luftlandeunternehmen schließlich aufgehoben wurde. Jackson sagte zu einem späteren Zeitpunkt zu Clark, daß er für Clark nicht den Dritten Weltkrieg beginnen wollte.

Derartige Auseinandersetzungen erscheinen bei Clarks designiertem Nachfolger Ralston als undenkbar. Ralston gilt als verbindlicher Offizier und sogenannter Gentleman, gerade auch im Umgang mit den Nato-Partnern der USA. Dennoch gibt es bereits kritische Töne: Die Tatsache, daß Ralston General der US-Luftwaffe sei, wäre ein weiteres Indiz dafür, daß die USA zunehmend den Willen, Kriege am Boden zu gewinnen, verlieren würden. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Einschätzung zutreffend ist. Immerhin ist es von herausragender Bedeutung, daß es innerhalb des amerikanischen Militärs Kreise gibt, die den an sich schon schwierigen und problematischen Fall eines begrenzten militärischen Konflikts zum Anlaß nehmen möchten, daraus einen großen Knall zu gestalten.

Wachsende Konflikte mit Zigeunern:

Tabus lösen keine Probleme

Demographischer Wandel erzeugt Überfremdungsängste / Von Martin Schmidt

In den deutschen Medien werden sie verschämt als „Sinti und Roma“ bezeichnet, keinesfalls als „Zigeuner“. Dabei haben sie selbst meist nichts gegen diesen Namen einzuwenden. Die hiesigen Sprachregelungen sind vielmehr ein verkrampft-tes Produkt der typisch deutschen Vergangenheitsbewältigung.

Im östlichen Europa oder auch in Frankreich sind derlei Auswüchse der political correctness kaum zu beobachten. Die Presse benutzt dort selbstverständlich die ethymologisch den „Zigeunern“ entsprechenden uralten Benennungen. Im übrigen ist es interessant, daß die Sinti und Roma alle Nicht-Zigeuner seit jeher als „Gajes“ oder „Gadesche“ titulieren, was soviel wie Bauern oder Barbaren bedeutet.

Der Begriff Zigeuner leitet sich vom byzantinischen Wort „atciganoi“ (Unberührbare) oder vom persischen „ciganch“ (Musiker, Tänzer) ab. „Roma“ ist die Eigenbezeichnung der zwischen dem 8. und 12. Jahrhundert aus dem Nordwesten Indiens nach Persien gezogenen und im 14./15. Jahrhundert in Mittel- und Westeuropa angekommenen Sippenverbände. Wie bei den Eskimos, die sich „Inuit“ nennen, heißt dies

weit mehr als die offiziell genannten 300 000 Personen handeln dürfte.

Die meisten Zigeuner wohnen allerdings in Rumänien. Bei insgesamt 23 Millionen Einwohnern beläuft sich ihre Zahl nach verschiedenen Schätzungen auf 1,5 bis 5 Millionen. Genaue Angaben gibt es nicht, weil viele Roma sich in Volkszählungen als ethnische Rumänen deklarieren.

Wenn man heute durch die von den Banater Schwaben und den Siebenbürger Sachsen verlassenen Gebiete reist, so bekommt man vielfach den Eindruck, sich im ersten Zigeuner-Staat Europas aufzuhalten. Die eklatanten Kulturunterschiede zwischen Deutschen und Ungarn sowie den Rumänen auf der einen Seite und den Roma auf der anderen werden auf eine für Mitteleuropäer ungewohnte Weise augenfällig.

Etliche sächsische Höfe in Siebenbürgen sind in nicht einmal einem Jahrzehnt zu Ruinen verfallen. Zigeunersippen pflegten dort einzuziehen und so lange zu wohnen, wie die Dachstühle der stattlichen Häuser Holz zum Verfeuern hergaben. Dann ging es weiter in den nächsten freien Hof. Zurückgebliebene Sachen erzählen, daß selbst Stromma-

große Bevölkerungswachstum haben diese gewachsenen komplexen Sozialstrukturen erschüttert.

Mit einer Geburtenrate von 5,1 Kindern pro Frau (doppelt soviel wie der Landesdurchschnitt einschließlich der Roma) haben sich die Zigeuner in Rumänien so stark ausgebreitet, daß sich bei den anderen Völkern Überfremdungsängste einstellen.

hinderte ein, während diese Quote für alle Bevölkerungsgruppen nur bei 4,2 Prozent der Erstklässler lag.

Wie in Ungarn oder Tschechien ist auch die gestiegene Kriminalitätsrate Rumäniens nachweislich auf die stark überproportionale Beteiligung von Zigeunern zurückzuführen.

Politisch standen die Roma Ostmitteleuropas bis zum Zusammen-



Roma-Junge in der Walachei: Neue Lebensbedingungen und ein stärkeres politisches Bewußtsein werden die heranwachsenden Zigeuner prägen

Fotos (2) Hailer-Schmidt

Mangelhafte Ausbildung und keine Arbeit

einfach Menschen. „Sinti“ deutet auf die Herkunft aus der heute pakistanischen Provinz Sindh hin und ist auf die seit dem Mittelalter in Deutschland lebenden Zigeuner bezogen.

Sehr einflussreich sind hierzulande die Presse-Umzeichnungen für Zigeuner, die an Diebstählen etc. beteiligt sind. Dann ist in den Zeitungen die Rede von „südländischem Aussehen“ und „fremdländisch anmutenden Frauen mit einem Kleinkind auf dem Arm“ oder auch von Angehörigen der „Volksgruppe der Reisenden“ bzw. einer „mobilen ethnischen Minderheit“.

Nur sehr selten wird so ungeschminkt über die Probleme mit dieser in ihrer Lebensweise und in ihren Wertvorstellungen von uns grundverschiedenen Volksgruppe gesprochen wie in der „Focus“-Ausgabe vom 26. Juli. Daß die von Detlef Sieverdingbeck geschilderte aggressive Bettelei straff organisierter Gruppen von Zigeunerinnen längst nicht nur am Frankfurter Flughafen anzutreffen ist, dürfte nahezu jeder Deutsche aus eigener Erfahrung wissen.

Mit dem Hinweis auf die mehreren hunderttausend Sinti und Roma, die durch die NS-Herrschaft umkamen, wird in der Regel jede ernsthafte Auseinandersetzung über die Schwierigkeiten unterbunden, die speziell durch den Zuzug von Zigeunern aus dem östlichen Europa nach 1989 entstanden sind.

Zu den 70 000 einheimischen Sinti sowie den 40 000 Roma, die schon im letzten Jahrhundert bzw. im Zuge der Gastarbeiteranwerbung der 60er und 70er Jahre nach Deutschland gelangten, kamen Zehntausende Roma-„Asylanter“ bzw. „Kriegsflüchtlinge“ aus Rumänien, Bulgarien, Bosnien oder dem Kosovo hinzu. Unterm Strich sind die vermehrt zu beobachtenden Konflikte mit diesen Zuwanderern jedoch geringfügig im Vergleich zu denen in den Hauptwohngebieten der weltweit schätzungsweise zwölf Millionen Zigeuner.

Diese liegen – von Spanien abgesehen – im Osten und Südosten des Kontinents. In Jugoslawien lebten vor dem Zerfall rund eine Million, in Ungarn sollen es heute über 500 000 und in der Slowakei etwa 450 000 sein, während es sich in Tschechien um

sten gefällt werden, um sie als Feuerholz zu verwenden.

Die europäischen Zigeuner sind trotz ihrer starken Zerstreuung und dem weitgehenden Fehlen politischer Vertretungen nur zu kleinen Teilen assimiliert worden. Es nötigt Respekt ab, mit welcher Zähigkeit sie über Jahrhunderte hinweg an ihrer Lebenswelt festhielten. Diese ist gekennzeichnet durch das mit anderen Spracheinflüssen durchsetzte, aus dem Sanskrit entwickelte Romanes, den Drang umherzuziehen sowie nicht zuletzt durch ein kulturelles Überlegenheitsgefühl. Sicherlich hat auch die jahrhundertelange Verfolgung der leicht erkennbaren „Fremden“ deren Zusammenhalt gefestigt.

Das Grundproblem, das sich heute zum Beispiel in Rumänien für die Zigeuner selbst und natürlich erst recht für die anderen Ethnien stellt, ist die

Etwa 43 Prozent der rumänischen Roma-Bevölkerung sind heute unter 16 Jahre alt. Jede fünfte Frau bekommt ihr erstes Kind vor dem Alter von 16 und über die Hälfte bis zum 18. Lebensjahr. Noch immer leben die meisten Zigeuner in Großfamilien zusammen, wobei die Wohnbedingungen fast immer miserabel sind. Durchschnittlich lebten 1997 in einem Raum 3,87 Roma (bei der Gesamtbevölkerung waren es zu dieser Zeit 1,29 Personen).

27 Prozent der rumänischen Zigeuner waren Mitte der 90er Jahre nach offiziellen Angaben Analphabeten, 80 Prozent hatten keinerlei Berufsausbildung. Von den gut 50 Prozent, die sich im arbeitsfähigen Alter befanden, gingen zu dieser Zeit nur 22,5 Prozent einer Beschäftigung im herkömmlichen Sinne nach.

Über eigenen Landbesitz verfügten die Roma seit jeher kaum, und die wenigen Alt-Eigentümer sind in Rumänien aus verschiedenen Gründen bei der Umsetzung des Bodenrückgabe-Gesetzes nur selten zum Zuge gekommen. Die einstigen Arbeitsplätze in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften stehen heute ebenso wie jene in den abgewirtschafteten sozialistischen Kombinate nur noch in geringem Maße zur Verfügung.

Auch in anderen Staaten Ostmitteleuropas ticken im Hinblick auf die dortigen Zigeuner ethnisch-soziale Zeitbomben. In Ungarn sind zwischen 75 und 80 Prozent der Roma ohne festes Einkommen und in Tschechien etwa 70 Prozent. Im Schuljahr 1996/97 wiesen die tschechischen Behörden 62,5 Prozent der Roma-Kinder in Schulen für Lernbe-

bruch des Sowjetimperiums völlig am Rande. Erst mit dem Jahr 1990 begann eine zaghafte Selbstorganisation in Parteien und Interessengruppen. Ständige Streitigkeiten zwischen rivalisierenden Zigeuner-Organisationen und das erst im Entstehen begriffene Bewußtsein potentieller Macht behindern in Rumänien die Durchsetzung der eigenen Forderungen nach mehr Wohnraum und sozialer Fürsorge. Daß sich diese politische Schwäche als Dauerzustand erweist, ist angesichts des weiter wachsenden Bevölkerungsanteils unwahrscheinlich.

Angesichts der demographischen Realitäten und der mit ihnen verbundenen kulturellen Konflikte machen es sich deutsche Journalisten jedenfalls allzu leicht, wenn sie sich nur über „Vorurteile“ und „Rassismus“ gegenüber Zigeunern empören.

Man sollte ganz unideologisch die Warnsignale erkennen, wenn zum Beispiel in der Maticni-Straße im nordböhmischen Aussig tschechische Anwohner eine Mauer zwischen sich und benachbarten Roma-Quartieren errichten wollen, weil sich dort riesige Müllhaufen aufgetürmt haben und verwilderte Hunde umherstreunen (im übrigen begrüßten die betroffenen Zigeuner ausdrücklich diesen Wunsch und die mit ihm verbundenen Verdienstmöglichkeiten). Gleiches gilt erst recht für die Berichterstattung über blutige Pogrome an Zigeunern, wie sie sich in Rumänien zwischen 1990 und 1994, in Bosnien-Herzegowina in den Kriegsjahren 1992 bis 1995 oder jüngst im Kosovo ereigneten.

Man tut weder den Roma selbst noch den beteiligten Ethnien einen Gefallen, wenn reale Ängste und wirtschaftlich-politische Verteilungskämpfe grundsätzlich als Folge „rechtsextremistischer“ Gesinnung verfälscht werden. Zigeuner sind weder schlechter noch besser als andere Völker in Europa. Aber sie sind von ihnen sehr verschieden und sie wollen es auch sein. Letzteres ist ihr gutes Recht, so wie es das Recht anderer Ethnien ist, ihren Platz und ihre Kultur nach Kräften zu behaupten.

Blick nach Osten

Roma auf Asyl-Reise

Preßburg – Eine Ausreisewelle von Zigeunern belastete Ende Juli die Beziehungen der Slowakei zu Finnland, Schweden und Norwegen. Über 1200 Roma waren innerhalb weniger Tage nach Skandinavien gefahren, um dort wegen „Diskriminierung und rassistischer Verfolgung“ um Asyl nachzusuchen. Die finnische und die norwegische Regierung unterbanden daraufhin bis vorerst 6. Dezember den visafreien Reiseverkehr mit der Slowakei. Ein ähnlicher Fall störte 1997 die tschechisch-kanadischen Beziehungen. Zwischen August und Oktober hatten damals 1300 Roma in Kanada Asylgesuche gestellt. Das European Roma Rights Center sprach in diesem Zusammenhang von einer zigeunerfeindlichen Grundstimmung in Tschechien.

Orban lobt Bischof Tökes

Budapest – Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban hat der Führung Rumäniens „mangelnden politischen Willen“ zur Einrichtung einer eigenen ungarischsprachigen staatlichen Universität vorgeworfen. Während seines Besuchs im Nachbarland Ende Juli habe er deshalb zusammen mit Vertretern des Ungarnverbandes (RMSZ) über Alternativen nachgedacht, sagte Orban gegenüber Radio Ungarn. Ausdrücklich lobte er den Vorschlag des streitbaren RMSZ-Ehrenvorsitzenden Bischof László Tökes, in Siebenbürgen eine christliche ungarische Universität aufzubauen. Der Ministerpräsident unterstrich sein gegenüber den Volksgruppen-Repräsentanten gemachtes Versprechen, daß die etwa 1,5 Millionen Ungarn in Siebenbürgen bis zum Jahr 2002 über ein muttersprachliches Erziehungswesen vom Kindergarten bis zur Universität verfügen werden.

Grabstätte in Tauraggen

Wilna – Am letzten Wochenende konnte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zwei weitere deutsche Soldatenfriedhöfe in Litauen einweihen. Am 7. August wurde in Anwesenheit des litauischen Kulturministers Arunas Beksta die Anlage in Neustadt (Kudirkos-Naumiestis) und am 8. August die in Tauraggen (Taurage) der Öffentlichkeit übergeben. In dem direkt an der Grenze zum Königsberger Gebiet gelegenen Neustadt hatten örtliche Bewohner bereits Anfang der 90er Jahre einen Gedenkstein für die 392 jetzt dort beigesetzten Soldaten errichtet. Die Grabstätte in dem durch die preußisch-russische Konvention vom 30. Dezember 1812 berühmt gewordenen Tauraggen befindet sich neben einem Friedhofsteil mit deutschen und russischen Toten aus dem Ersten Weltkrieg. Sie birgt über 600 Gefallene.

Soldatenfriedhof in Katyn

Katyn – Im russischen Katyn und in Mednoje ist vor einigen Wochen mit der Anlage polnischer Soldatenfriedhöfe begonnen worden. Bis zum Frühjahr 2000 sollen die von polnischen Firmen durchgeführten und von russischer Seite offiziell beaufsichtigten Arbeiten beendet sein. An der Einweihungszeremonie werden nach Angaben von TV Polonia auch die beiden Präsidenten Kwasniewski und Jelzin teilnehmen. Die Kosten teilen sich allein die Regierung in Warschau und die Familien der von der sowjetischen Geheimpolizei im Zweiten Weltkrieg ermordeten Offiziere. Die Grabstätte im Wald von Katyn wird eine Fläche von anderthalb Hektar umfassen. In der Mitte ist ein großes Eisenkreuz vorgesehen mit sechs Meter hohen gußeisernen Mauern zu beiden Seiten, auf denen die Namen von über 4000 erschossenen Polen aufgelistet werden.



Überall Kinder: Ein typisches Bild für Zigeuner-Siedlungen

Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Die Roma-Kultur hatte über viele Jahrhunderte hinweg einen ergänzenden Charakter. Sie war in hohem Maße von der jeweils dominanten Zivilisation abhängig.

Noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein waren saisonbedingte landwirtschaftliche Hilfsarbeiten und traditionelle Handwerksformen wie die Korbflechterei sowie außerdem Pferdehandel und Schaustellerei die wichtigsten Erwerbsquellen. Vor der Industrialisierung in der kommunistischen Ära und der damit einhergehenden Beschäftigung ungelerner Zigeuner in den Fabriken waren regelmäßige Einkommen unbekannt. Schulbildung wurde als Zeitverschwendung empfunden. Erst die moderne Mechanisierung und das

und die wenigen Alt-Eigentümer sind in Rumänien aus verschiedenen Gründen bei der Umsetzung des Bodenrückgabe-Gesetzes nur selten zum Zuge gekommen. Die einstigen Arbeitsplätze in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften stehen heute ebenso wie jene in den abgewirtschafteten sozialistischen Kombinate nur noch in geringem Maße zur Verfügung.

Auch in anderen Staaten Ostmitteleuropas ticken im Hinblick auf die dortigen Zigeuner ethnisch-soziale Zeitbomben. In Ungarn sind zwischen 75 und 80 Prozent der Roma ohne festes Einkommen und in Tschechien etwa 70 Prozent. Im Schuljahr 1996/97 wiesen die tschechischen Behörden 62,5 Prozent der Roma-Kinder in Schulen für Lernbe-



Das Phänomen der deutschen Vertreibung wäre nur unzureichend beschrieben, wollte man es allein am beispiellosen Landraub oder an anderen materiellen Schäden zu erfassen trachten. Tiefgreifender wirken, offenkundig über Generationen hin, die seelischen Verletzungen der Überlebenden auf die Lebensgänge der Kinder und Kindeskinde weiter. Unsere Fotocollage versucht aus der Vielzahl von gedanklichen Assoziationen, die sich unweigerlich bei der Rückerinnerung einstellen, mögliche Gedankenverbindungen mit zeitgeschichtlichen Belegen herzustellen

Fotos Archiv

Die Erinnerung erwacht

Über Hans-Ulrich Treichels hintergründige Erzählungen

Heimat ist, wo die Rechnungen ankommen", höhnte Heiner Müller in einem späten Gedicht über die bundesdeutsche Manie, sämtliche Lebensbereiche auf ökonomische, finanzielle und soziologische Parameter zu reduzieren. Noch vor gar nicht so langer Zeit wurde diese eingeschränkte Wahrnehmung als fortschrittlich verkauft. Aus dieser Haltung heraus wurden Vertreibung und Heimatverlust als statistisch zu erfassende Ereignisse behandelt, die sich mit Lastenausgleich und wirtschaftlicher Integration der Vertriebenen erledigt hätten. Wer Heimat als eine erste, bewußt erfahrene Wirklichkeit definierte, in der man zunächst selbstverständlich aufgehoben ist, an die man sich auch fernhin erinnert, der man seine Besorgtheit widmet und deren Auslöschung daher als traumatisch erfahren wird, wer seinen Heimatbegriff in diesem Sinne festlegte, setzte sich automatisch dem Generalverdacht der Blut- und Boden-Ideologie aus. Das Vokabular, das 1950 Eingang in die Charta der deutschen Heimatvertriebenen fand: „Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen bedeutet, ihn im Geiste töten“, klang da wie eine Nachricht nicht bloß aus einer anderen Zeit, sondern von einem fremden Stern. Inzwischen ist klar, daß die kollektive Erinnerung an die Vertreibung und an den Untergang der deutschen Ostprovinzen keineswegs mit dem Abtritt der Erlebnisgeneration verschwinden wird. Aus der Traumaforschung ist bekannt, daß seelische Erschütterungen, die von den Betroffenen selbst nicht aufgearbeitet worden sind, an nachfolgende Generationen weitergegeben werden und in deren Bewußtsein weiterarbeiten. Inzwischen bahnt sich in der deutschen Wissenschaft – beispielhaft wurde hier kürzlich der an der Frankfurter „Viadrina“ lehrende Osteuropahistoriker Karl Schlögel gewürdigt – eine neue Sichtweise an.

Die beiden Bücher des 1952 geborenen Schriftstellers Hans-Ulrich Treichel, die 1998 im Suhrkamp Verlag erschienen sind, haben diese Kehrtwende vorweggenommen und in gewisser Weise auch begründet. Treichel ist selber ein Nachkomme

von Heimatvertriebenen. Vor über einem Jahr erschien seine Novelle „Der Verlorene“, eine meisterhafte Prosa über die deutsche Nachkriegs- und Wirtschaftswunderzeit, in der die Vertreibung der Eltern aus Ostpreußen als Vergangenheit, die nicht vergehen will, ständig präsent ist. Nach dem Erfolg dieses Titels hat Suhrkamp die Textsammlung „Von Leib und Seele“ herausgebracht, für die Treichel 1993 den Förderpreis zum Bremer Literaturpreis erhielt. Zuvor war der Autor, der in Versmold in Ostwestfalen geboren wurde, mit einigen Gedichtbänden hervorgetreten, seit 1995 ist er Professor am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig.

Die acht Texte der Sammlung sind autobiographisch angelegt. Der sakrale Titel „Von Leib und Seele“ signalisiert, daß es hier um Dinge geht, die den Autor existentiell berühren. Der erste Text handelt von den Kindheitsjahren in der ostwestfälischen Geburtsstadt, „einer trübsinnigen Ansammlung von Zweifamilienhäusern und Umgehungsstraßen“. In der elterlichen Wohnküche hängt eine Fotografie von Preußisch Holland, während den Neuankömmlingen, den „Menschen aus dem Osten“, draußen Mißgunst, Mißtrauen, Ablehnung entgegenzuschlagen. Der Wohlstand, zu dem einige Neuankömmlinge gelangen, steht ihnen in den Augen der Einheimischen nicht zu: „Denn wer aus dem Osten kam, der war in den Augen der Alteingesessenen ein minderwertiger und von seinem Grund und Boden wahrscheinlich völlig zu Recht vertriebener Mensch, und so fühlte auch ich mich in meinem Geburtsort zu meist als ein minderwertiger und aus einer mir zudem völlig unbekannten Heimat wohl zu Recht vertriebener Mensch (...).“ Diese Spannungen vergiften auch die familiären Beziehungen, vor allem das Verhältnis des Erzählers zu seinen Brüdern, sie unterminieren sein Selbstwertgefühl und die Fähigkeit, seine Außenwelt einzuschätzen und mit ihr zurechtzukommen. In den Texten gibt es eine Reihe von Szenen, in denen die aus einer traumatischen Kindheit herrührende, bestürzende Hilflosigkeit und Verlorenheit zutage tritt, die den Erzähler als eine im bürgerlichen

Sinne „gescheiterte Existenz“ erscheinen läßt.

In der Novelle „Der Verlorene“ werden diese Motive vertieft. Es handelt sich um die Ich-Erzählung eines Anfang der 50er Jahre Geborenen, der gleichfalls in Ostwestfalen aufwächst. Die Eltern sind Bauern aus Ostpreußen, ihr Treck wurde am 20. Januar 1945 in einem Dorf westlich von Königsberg von den Russen überrollt, die Mutter von den Russen vergewaltigt. Im Chaos ging der einjährige Sohn Arnold verloren, den die Mutter einer fremden Frau in den Arm drückte. Den Handlungsfaden bildet die langwierige, quälende Suche der Eltern nach dem verlorenen Sohn. Der Verlust Arnolds steht Pars pro toto für einen umfassenden, elementaren Verlust, gleich zu Beginn der Erzählung heißt es: „Zuhause, das war der Osten, und der Bruder war im Osten geboren worden. Während

kurzen Ausflügen auf. Es sind unfrohe Unternehmungen, die dem Jungen zur Qual werden; rückblickend erkennt er, „von Anfang an in einer von Schuld und Scham vergifteten Atmosphäre aufgewachsen“ zu sein. Die Eltern versuchen, eine Lebensnormalität in Ritualen wie dem jährlichen Schlachtfest aufrechtzuerhalten, das sie gemeinsam mit anderen Ostpreußen begehen. Diese Feste sollen auch die in der Bibel geschilderte Freudenfeier, zu der der Vater nach der Heimkehr seines verlorenen Sohnes einlädt, vorwegnehmen. Da die Heimkehr aber nicht stattfindet, enden sie im enttäuschten Schweigen.

Die Eltern kommen als Fleischgroßhändler zu Wohlstand, der sich augenfällig in immer größeren Autos äußert. Die Ausdünstungen der Kunstlederbezüge lösen bei dem Jungen regelmäßig Brechreiz aus,

Wahrscheinlichkeitsrechnungen. Gnadenlose Wissenschaftlichkeit soll den Identitätsbeweis erzwingen und den Verlust aufheben. Das vervollständigt die Irritationen des Erzählers über seine Identität. Hatte er Arnold zunächst als eine Art heroisches Opfer empfunden, das ihn aus der Gewöhnlichkeit heraushob, wird ihm der nunmehr „untote Bruder“ zum Vampir, der ihm das eigene Ich raubt. Als er und das „Findelkind 2307“ sich am Schluß der Erzählung kurz begegnen, begreifen sie sich als Doppelgänger, die sich ihre Verlorenheit gegenseitig bestätigen.

„Der Verlorene“ ist eine subtile Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik. Treichel hat mit einer seltenen Genauigkeit gezeigt, wie die Folgen der Vertreibung der Bundesrepublik einen nachhaltigen Stempel aufdrückten. Auch gibt es nur wenige literarische Texte, in denen der

Unverarbeitete Seelenstöße gehen an die nächste Generation weiter

die Mutter das Wort „Zuhause“ aussprach, begann sie zu weinen, so wie sie oft zu weinen begann, wenn vom Bruder die Rede war.“

Beim Betrachten des Fotoalbums macht der Erzähler eine seltsame Entdeckung: Arnold, der noch in Ostpreußen fotografiert wurde, ist als vollständiger kleiner Mensch abgebildet, während von ihm selber, dem im Westen geborenen Nachkriegskind, stets nur Körper- oder Gesichtsfragmente zu erkennen sind. Die Rekonstruktion der Biographie anhand der Fotografie mißlingt, die durch Krieg und Vertreibung verursachten Brüche sind so massiv, daß das Leben der Familie nur noch ein fragmentarisches ist, das sich nicht mehr in der kleinbürgerlichen Ikonografie des Fotos erfassen läßt. Der Verlust Arnolds findet seine Entsprechung im Ich-Verlust des Erzählers, den die Eltern zu einem „Arnold-Ersatz“ machen wollen.

Die Eltern bringen es nicht über sich, ihr neues Haus für längere Zeit unbeaufsichtigt zu lassen. Nur am Wochenende brechen sie, gleichsam einem Pflichtethos gehorchend, zu

der Surrogatcharakter wird körperlich greifbar. Das Haus in Ostwestfalen, das für ihn bereits eine mythische Kindheitshöhle ist, fällt dem Arbeits- und Modernisierungswahn zum Opfer, es wird entkernt, dem Zeitgeschmack angepaßt, damit erinnerungslos und beliebig. Der Vater weiß um seinen Selbstbetrug, „Konkurrenz belebt das Geschäft“, diese aufmunternde Banalität gerinnt ihm in Stunden der Wahrheit zur bitteren Formel: „Das Leben ist ein Kampf.“

Treichel beschreibt eine tragische Familiengeschichte aus den 50er Jahren als Realgroteske. Mit fortlaufender Lektüre bemerkt der Leser, wie Treichels präzise Sprache, die die Gegenstände spiralförmig umkreist, ironisch funktelt, sarkastisch wird und Gleichnischarakter annimmt. Die Suche nach Arnold wird unterdessen immer skurriler. Die Eltern glauben zu wissen, daß eine vom Suchdienst als „Findelkind 2307“ ausgewiesene Waise mit Arnold identisch ist. Der Erzähler wird zum Objekt für vergleichende Schädelmessungen, für Bauchlinien- und Stirnhöckeruntersuchungen und

Elterngeneration soviel einfließen des Verständnis zuteil geworden ist wie hier. Was heute leichthin als Verdrängungsmentalität und Bigotterie der Adenauer-Ära verurteilt wird, liest sich bei Treichel als eine tragische und vielleicht alternativlose Überlebensstrategie. Eine Überlebensstrategie, die andererseits den Aufstand der Söhne gegen die Eltern evozierte: „Ich wurde das, was man einen schwierigen Jungen nennt, undankbar, widerborstig und ständig gereizt, der der Mutter besonders dann zusetzte, wenn es ihr schlecht ging.“ Die Revolte von 1968 liegt außerhalb des Zeitrahmens dieses Buches, aber sie ist in nahezu jeder Zeile gegenwärtig – und ihre Aufhebung im Hegelschen Sinne ebenfalls. Hans-Ulrich Treichel ist mit dieser Novelle zu einem der wichtigsten deutschsprachigen Autoren des Jahrzehnts geworden.

Thorsten Hinz

Hans-Ulrich Treichel: „Der Verlorene“, Erzählung, 176 S., 32 DM; „Von Leib und Seele“, Berichte, 86 S., Tb., 10,80 DM, beide Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1998.

Das goldene Zeitalter des gesellschaftlichen sowie des kulturellen Lebens Rußlands erstreckte sich von der Ära Peters des Großen bis zur Epoche Nikolaus' I. Es ist die Epoche des russischen Adels, der großen Schriftsteller, ihrer sozialen Vormachtstellung in der Gesellschaft und ihres Wirkens in einer Kultur, deren Träger sie waren.

In einer umfangreichen Kulturgeschichte stellt der russische Semiotiker und Preisträger der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Jurij Lotman (1922–1993), sämtliche Bereiche des alltäglichen sowie des kulturellen Lebens adeliger Menschen der petrinischen Epoche dar. Lotman definiert „Kultur“ als einen allgemeinen Begriff, der eine gesellschaftliche, soziale Erscheinung versinnbildlicht. Kultur sieht er als eine Form des Kontaktes zwischen den Menschen, welcher nur innerhalb einer Gruppe möglich ist, in der Menschen miteinander kommunizieren; im vorliegenden Fall also Menschen eines gleichen Standes. Lotman beleuchtet die unterschiedlichen Daseinsbereiche der Kulturgeschichte, gliedert und bewertet sie.

In einem einleitenden Kapitel wird die Geschichte des russischen Adels resümiert. Das 18. und 19. Jahrhundert waren Epochen des Umbruchs, wie anhand des Geschichtsverlaufs sichtbar wird: Der Adel der dargestellten Epoche muß als ein Produkt der petrinischen Reformen gesehen werden. Der Grundfond, aus dem sich dieser Stand zusammensetzte, war dem vorpetrinischen Adel der Moskauer Rus entsprungen. Es waren in der Regel Gefolgsleute, vorwiegend Militärs. Davon unterschieden sich die Gutsbesitzer, Bojaren genannt, die keinen Kriegsdienst leisteten, sondern bei einem Großfürsten im Dienst standen. Zwischen diesen beiden Adelsformen herrschte stets Rivalität. Die Reformen Peters des Großen sorgten für umwälzende Veränderungen des gesamten Staatswesens. So wurde neben dem Adel ein Beamtentum eingeführt, das

Bojaren, Spieler, Gutsbesitzer

Das Privatleben des russischen Adels in drei Jahrhunderten



Adliges Leben: Zar Nikolaus II. mit Kindern und Hofstaat (1917)

straff in Dienstränge untergliedert war. Entsprechend wurden adeligen Fürsten Orden verliehen für besondere Dienste oder Ränge.

Auch die Frauen der Adeligen wurden in den Strom der Zeit eingebunden und begannen, eine immer größere Rolle zu spielen. So wurde etwa das Beamtenprinzip auch auf sie ausgedehnt, indem sie bis zur Heirat nach den Rängen der Väter und später nach denen der Ehemänner beurteilt wurden. Die petrinische Epoche führte die Frau in die Welt der Literatur ein: Es wurde verlangt, daß eine Frau lesen und schreiben konnte. Der Brief entwickelte sich zum wichtigsten literarischen Genre. Man orientierte sich sehr an europäischen Vorbildern wie an der Romantikerin Lord Byron oder an der französischen, teilweise auch an der deutschen Literatur. Daher erklärten sich westliche Einflüsse auf Tagesabläufe sowie auf Klei-

dungs-, Schmink- und Eßgewohnheiten.

Allgemein gelten Frauen dieser Zeit als mutig und standhaft. Dies schlägt sich in der Literatur als ein künstlerischer, lebensnaher Stereotypus nieder: Der Mann ist die Verkörperung aller sozial typischen Mängel, die Frau dagegen versinnbildlicht das allgemeine Ideal. Dieses zunehmende Gewicht der Frau in der Gesellschaft fand auch in der Bildungspolitik Ausdruck. Schon Peter der Große ordnete an, daß alle heiratsfähigen Mädchen lesen und schreiben können mußten. In der ersten Zeit war es also der Staat, der die Einbeziehung der Frauen in das Bildungswesen anregte. Wie im übrigen Europa war das Jahrhundert geprägt von dem Kampf der Frau für ihr Recht auf einen Platz in der Kultur, ohne dabei das Recht auf ihre Weiblichkeit zu verlieren. Es wurden Mädchenpensionate wie

das Smolny-Institut und Lehranstalten gegründet, neben denen eine häusliche Ausbildung durch Gouvernanten und Französisch-Lehrer üblich war.

Ein weiteres wichtiges Strukturelement der adeligen Lebensweise waren die Tänze auf Bällen. Während das Leben des russischen Adligen normalerweise in die zwei Hälften „häusliche Atmosphäre“ und „militärischer oder ziviler Dienst“ zerfiel, wurde die Gegensätzlichkeit dieser beiden Lebensformen beim Ball quasi aufgehoben. Die Grundelemente eines Balles waren die Tänze, die den organisierenden Kern des Abends bildeten. Sie bestimmten die Art und Weise und den Stil der Gespräche. Die Abfolge der Tänze bestimmte sogar den Verlauf der Stimmungen: Jeder Tanz ergab die zu ihm passenden Gespräche. So bildete die leichte und fröhliche Mazurka den Mittelpunkt und

gleichzeitig den Höhepunkt des Balles.

Weitere bestimmende Elemente des adeligen Lebens waren das Kartenspiel, welches in dieser Epoche eine eigenständige Mythosbildung erfuhr, und damit eng verbunden das Duell. Beides waren Regelsysteme, die als unmoralisch galten, zeitweise gar Verboten unterlagen, die aber dennoch florierten. Beim Kartenspiel wurde viel über den „Zufall“ nachgedacht; es entstand ein eigener Spieler-Argot. Das Duell diente in erster Linie der Wiederherstellung der Ehre. In der offiziellen Literatur galt es gar als Ausdruck der Freiheitsliebe.

Eine andere Möglichkeit, sich von gesellschaftlichen Fesseln zu befreien, bestand in der Abgrenzung von allgemein anerkannten Normen, wie ein Dandy sie ausübte. Das russische Dandytum trug spezifischen nationalen Charakter: Es fiel einerseits mit der Romantik zusammen, andererseits mit den patriotischen antifranzösischen Stimmungen, die Europa in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erfaßt hatten. Das Dandytum fand Niederschlag in literarischen Werken (z. B. Puschkins Eugen Onegin).

Lotman gewährt dem Leser mit seinem Werk einen detailgetreuen Einblick in das Leben der adeligen Gesellschaft der petrinischen Epoche, bei der immer wieder Literaturzitate der großen russischen Klassiker wie Puschkin, Dostojewskij, Tolstoj und anderer mit einfließen. So wird deutlich, daß der große Einfluß der Literatur auf das kulturelle Leben und umgekehrt bei der russischen stets deutlicher zutage tritt als in anderen Kulturen.

MRH

Jurij M. Lotman: *Rußlands Adel. Eine Kulturgeschichte*, Böhlau Verlag 1997. 458 Seiten, geb., 68 Mark

Vor über einem Jahr war im Bernsteinmuseum von Ribnitz-Damgarten in Mecklenburg-Vorpommern eine Sonderausstellung „Die staatliche Bernstein-Manufaktur Königsberg“ zu sehen. Dazu ist nun endlich ein Bild-Text-Band nachgereicht worden. Erschienen ist er im Eigenverlag des Museums; das Kultusministerium in Schwerin hat ihn gefördert. Grundlage für die Ausstellung und das Buch war eine Dissertation von Leonhard Tomczyk, der am Spessartmuseum in Lohr am Main arbeitet.

Die Staatliche Manufaktur war 1926 in der ostpreussischen Hauptstadt ins Leben gerufen worden und bildete bald das Zentrum der Bernsteinverarbeitung in Europa. Gerade in der ökonomisch schwierigen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war sie für Ostpreußen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: Rund tausend Beschäftigte arbeiteten in der Königsberger Manufaktur, hinzu kamen einige hundert im bekannten Förderort Palmnicken und in den Außenstellen Danzig und Berlin.

Die Manufaktur versuchte, die Qualität der Bernsteinerzeugnisse zu verbessern und Absatzmöglichkeiten im Ausland zu erschließen. Außerdem war die Stadt Königsberg bestrebt, den legendären Rohstoff touristisch zu verwerten. Das Prussia-Museum, die Königs-

berger Kunstsammlungen und die Albertina rühmten sich ihrer Bernsteinschätze.

Die Förderung der offenen Grube im samländischen Palmnicken konnte werktags von 7.00 bis 13.00 Uhr gegen ein Entgelt von 20 Pfennigen besichtigt werden. Hauptantragsgeber an der Manufaktur war die Preussag, die zunächst eine Beteiligung von 56 Prozent hielt, die aber bis 1929 auf 100 Prozent aufgestockt wurde. Die Preussag war 1923 als Preussische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft gegründet worden. Sie faßte Bergbaubetriebe, Hütten und Salinen zusammen, die vorher im direkten Besitz des preussischen Staates gewesen waren, und betrieb sie nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Im Buch wird die wirtschaftliche, kulturelle und künstlerisch-ästhetische Bedeutung des Bernsteins für Ostpreußen dokumentiert. Es enthält zahlreiche historische Schwarz-Weiß-Fotos aus der Manufaktur und aus Palmnicken, weiterhin sind zeitgenössische Werbeprospekte, Kataloge, Preislisten und Handzettel der Königs-

berger Sammlungen abgebildet. Als Ostpreußen von den Kriegshandlungen bedroht war, wurden die Fabrikation und Bernsteinvorräte nach Westen verlegt. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Preussag die Bernsteinverarbeitung aber nicht wieder auf.

Ein Augenschmaus sind die durchweg hervorragenden Farbfotos. Sie zeigen die Kunstwerke aus Bernstein vor changierendem blauen Hintergrund. Die meisten der abgebildeten Exponate stammen aus Privatbesitz, andere sind von der Preussag sowie vom Ostpreussischen Landesmuseum in Lüneburg zur Verfügung gestellt worden. Es handelt sich dabei um sehr verschiedenartige Stücke, etwa um Schreibutensilien, Arm- und Halsbänder, Weinkelche, Urkundenrollen, Puderdosen, Rauchverzehrer, Bilderrahmen, Skulpturen, Kultgegenstände. Viele der Gegenstände sind von hohem kulturhistorischem Wert. Eine mosaikartige „Kanttafel“ mit einem Bildnis und einem Ausspruch des Philosophen kostete in den dreißiger Jahren 30 Reichsmark. Noch höher wurden „Hit-

ler“ und „Göring-Tafeln“ veranschlagt. Sie kosteten 33 Reichsmark. Ein Silberteller mit Bernsteinring wurde als Ehrengabe für die Olympischen Spiele 1936 entworfen. Die NS-Führung versuchte, den Bernstein in Deutschland zu popularisieren; auch Hitler stattete die Manufaktur einen Besuch ab. Zum einen sollte der Verkauf angekurbelt und der Wirtschaftszweig gestärkt werden, was aber nur bedingt gelang. Zweitens wurde der Bernstein als „deutscher Stein“, der den „deutschen Menschen“ schmückt, mystifiziert.

Das Ribnitzer Bernsteinmuseum konnte bereits zu DDR-Zeiten als ein gelungener Versuch gelten, die vor allem mit Ostpreußen verbundene Tradition der Bernsteingewinnung und -verarbeitung zu dokumentieren, wobei beim Kartenmaterial und bei den geographischen Bezeichnungen für die historischen Ostgebiete Konzessionen an die SED-Geschichtsschreibung nicht zu umgehen waren. Im Ribnitzer Betrieb „Ostseeschmuck“ wurde Schmuck aus Bernstein und Bernsteinersatz hergestellt, bis das Werk im Zuge der wirtschaftlichen

Umbrüche nach 1989 schließen mußte.

Ein Förderverein des Museums finanziert zur Zeit die Ausbildung eines Lehrlings zum Handwerkdrehseln, der inzwischen sein erstes Lehrjahr absolviert hat. Der heute in Ribnitz lebende Meister Werner Lux, der seinen Beruf in der Königsberger Manufaktur gelernt hat (sein Facharbeiterbrief ist ebenfalls abgebildet) und noch das verschwundene Bernsteinzimmer im Königsberger Schloß gesehen hat, gibt sein Wissen und seine Fähigkeiten an ihn weiter. Neuestes Prunkstück des Museums ist die von russischen Restauratoren angefertigte Nachbildung eines Paneelteils des Bernsteinzimmers in der Größe 87 mal 67 Zentimeter.

Thorsten Hinz

Ulf Erichsohn (Hrsg.) und Leonhard Tomczyk: *Die Staatliche Bernstein-Manufaktur Königsberg 1926–1945*, 151 Seiten, mit zahlreichen s/w- und Farbfotos. Selbstverlag des Bernsteinmuseums Ribnitz-Damgarten, 41 Mark. Zu beziehen über das Museum, Im Kloster 1–2, 18311 Ribnitz-Damgarten. Tel.: 03821/4622; Fax: 03821/8951240

Der legendäre Rohstoff

Die Arbeit der Staatlichen Bernstein-Manufaktur Königsberg 1926–1945

Geborener Revolutionär

Erich Mendelsohn und seine legendären Bauten



Erich Mendelsohn: Der Einstein-turm (1921) ...

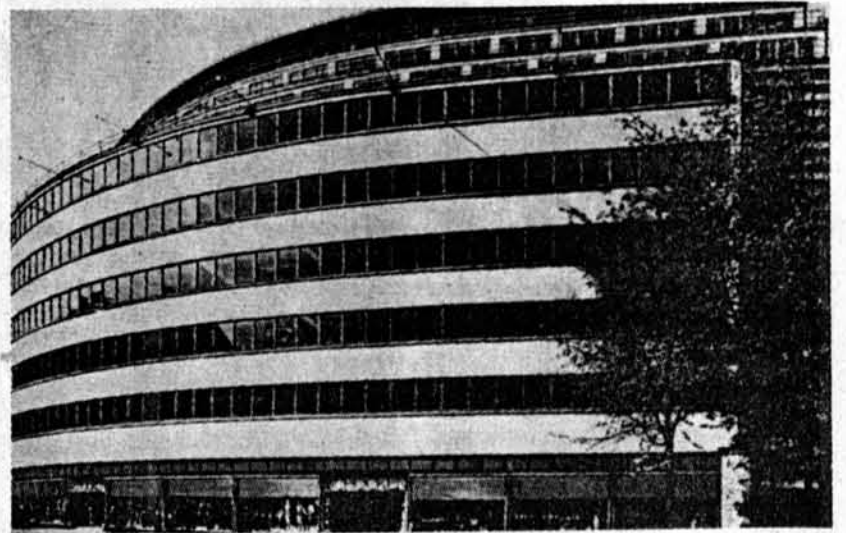
Seit Jahrtausenden sind die Menschen fasziniert von der Erscheinung und der Bewegung der Himmelskörper – nicht erst seit der Mondlandung vor 30 Jahren. Namen wie Copernicus und Galilei sprechen für sich. Immer aufwendigere Geräte wurden erfunden, um den Sternen näher zu kommen. So entstand auch auf dem Telegrafenberg in Potsdam um die Jahrhundertwende ein einmaliges Forschungszentrum, das als „Wiege der Astrophysik“ gilt. Am 26. August vor 100 Jahren wurde dort im größten Kuppelgebäude des Geländes der Große Doppelrefraktor aufgestellt. Das riesige Teleskop mit zwei fest miteinander verbundenen Linsenfernrohren (Durchmesser 80 Zentimeter für die größere Linse)

gilt als das viertgrößte auf der Welt und kann von April bis Oktober am Wochenende von 11 bis 18 Uhr besichtigt werden.

Bei einem Besuch des parkähnlichen Geländes wird so mancher auch auf ein Schmuckstück expressionistischer Architektur stoßen, das allerdings zeit seines Bestehens als Dauerpatient der Denkmalschützer gilt: der Einstein-turm, 1921 von Erich Mendelsohn (1887–1953) zum Nachweis der Einsteinschen Relativitätstheorie errichtet. Bereits 1927/28 mußte das Gebäude erstmals saniert werden, hatte der Architekt sich doch für eine Mischbauweise aus Stahlbeton und Ziegeln entschieden, die zu Materialspannungen führte. Nach zwei Jahren sorgfältiger Restaurierung erstrahlt der Turm nun in neuem, ungewohntem Glanz, hat man sich doch entschlossen, den weißen Putz aus der DDR-Vergangenheit gegen lichtgelben auszuwechseln, da die Restauratoren bei der Arbeit auf Reste ocker eingefärbten Putzes unter einer alten Blechabdeckung gestoßen waren. – Eine frühe Skizze des Einstein-turms ist übrigens von Mendelsohn ebenfalls in zartem Gelb koloriert, zu sehen in der bei Birkhäuser leider nur in englischer Sprache herausgekommenen Monographie von Bruno Zevi **Erich Mendelsohn – The Complete Works** (mit biographischen Notizen von Louise Mendelsohn. 464

Seiten, 60 farbig, 1000 sw Abb., geb. mit Schutzumschlag, 238 DM). Dieses umfangreiche Werk mit engagierten und einfühlsamen Texten bietet den wohl umfassendsten Überblick über das Leben und Wirken des Architekten aus Allenstein, der von Zevi als einziger geborener Revolutionär seiner Generation bezeichnet wird. Kein Wunder, daß er in allen einschlägigen Nachschlagewerken (so in **Seemanns Lexikon der Architektur**, 264 Seiten, 184 Fotos und Zeichnungen, jetzt nur noch 19,90 DM, oder im **Lexikon der Weltarchitektur** bei Prestel, 876 Seiten, ca. 3500 Abb., über 3000 Stichworte, jetzt nur noch 68 DM) ausführlich gewürdigt wird.

Zu seinen Hauptwerken in Deutschland zählen neben dem legendären Einstein-turm die Neugestaltung des Mosse-Hauses in Berlin und die Kaufhaus-Entwürfe für die Firma Schocken in Stuttgart und Chemnitz. Kühne Kurven zeichnen auch diesen späteren Bau des Allensteiners aus. Der damals viertgrößte Kaufhaus-Konzern Deutschlands hatte Häuser in Regensburg, Nürnberg und Stuttgart errichten lassen,



... Kaufhaus Schocken in Chemnitz (1927/30): Architekt der Moderne
Fotos (2) Archiv

1930 dann in Chemnitz und ein Jahr später in Pforzheim. Das Chemnitzer Haus – Julius Posener bezeichnete es als Mendelsohns besten Bau – hat die Kriegswirren einigermaßen unbehelligt überstanden, und Tilo Richter hat ihm mit seiner Publikation **Erich Mendelsohns Kaufhaus Schocken – Jüdische Kulturgeschichte in Chemnitz** (Passage-Verlag Leipzig, 120 Seiten, 86 Duotone Abb., br., 24,80 DM) nicht nur eine eindrucksvolle Würdigung beschert, sondern auch seine Bedeutung im Werk Mendelsohns hervor-

gehoben. „Der Chemnitzer Schocken-Neubau, entstanden in der letzten Phase seiner Tätigkeit in Berlin“, so Richter, „verkörpert im Gesamtwerk des Architekten einen deutlichen Einschnitt. Mit bis dahin nicht gekannter Konsequenz überträgt er die Ideale des internationalen Stils ... auf einen Warenhausbau. Er erreicht damit eine so anders geartete Haltung der Architektur, daß Kritiker bald konstatierten, Mendelsohn habe innerhalb weniger Jahre eine neue Form des Warenhausbaus gefunden.“
Silke Osman

Feinfühligler Menschensucher

Erinnerung an den Schauspieler und Regisseur Siegfried Höchst

Ich glaube fest daran, für mich und mein künstlerisches Programm gilt jener Satz von Hegel, der Künstler habe die fortwährende Humanisierung des Menschen zu betreiben. Wenn es dem Theater mit all seinen vielfältigen Mitteln gelänge, dem Partner im Zuschauerraum Einblicke in Probleme und Prozesse unserer widerspruchsvollen Wirklichkeit zu ermöglichen, die ohne diese Hilfeleistung nur schwer zu durchschauen und deshalb so schwer zu bewältigen sind, dann wäre das etwas, wofür ich sehr gerne arbeiten würde. Denn wirken und etwas bewirken will ich durchaus, dort möchte ich eingreifen, keinen Tag verlieren ... hat der Schauspieler und Regisseur Siegfried Höchst einmal bekannt. Am 26. Juli wäre er 60 Jahre alt geworden. Grund genug, sich an diesen Mann zu erinnern. Höchst kam aus Ostpreußen. Geboren wurde er in Alt-Kattenau, einem kleinen Dorf, das zu Groß Trakehnen, dem staatlichen Gestüt, gehörte. Pferde waren seine Freunde, für die er heimlich aus Mutters Garten Mohrrüben stahl. Als ihn die Flucht welle im Zweiten Weltkrieg ins Vogtland schwemmte, war er fünf, als sein Vater in Rußland fiel, war er drei. Er kannte ihn nur vom Erzählen ...

kaukasische Kreidekreis“, womit er auch zu den Berliner Festtagen gastierte. „Eine neue Wertung erfährt in der Potsdamer Aufführung auch der Azdak“ hieß es in der Pressekritik. Am Potsdamer Theater richtete er auch seine ersten Stücke ein: Lesings „Minna von Barnhelm“ und Lorcas „Dona Rosita“ ... Die „Dona Rosita“ war es auch, mit der sich der Schauspieler Siegfried Höchst und der Bühnenbildner Horst Sagert als Regisseure an den Kammerspielen des Deutschen Theaters Berlin bewiesen: „Tatsächlich kommt es zu einer Vermählung des Dekorativen mit dem Geistlichen“ schrieb der Kritiker Rolf-Dieter Eichler. – Die Inszenierung erregte nicht nur in Berlin Aufsehen. Über das Gastspiel in Venedig schrieb die italienische Presse, Lorcas Drama sei mit Verstand und Bestimmtheit besorgt worden.

Er arbeitete in Rostock und Schwerin – Stille ... Als Entzugspatient der Brandenburger Klinik bearbeitete er Gogols Novelle „Aus dem Tagebuch eines Wahnsinnigen“ als Einpersonenstein für das Theater. Zur Premiere war fast die ganze Ärzteschaft gekommen. Es wurde ein Erfolg. Das half sehr ...

Den Neuanfang an den Städtischen Theatern Karl-Marx-Stadt nannte er selbst seine Wiedergeburt. Er war gegen den Krieg. Als er Brechts „Mutter Courage und ihre Kinder“ im Karl-Marx-Städter

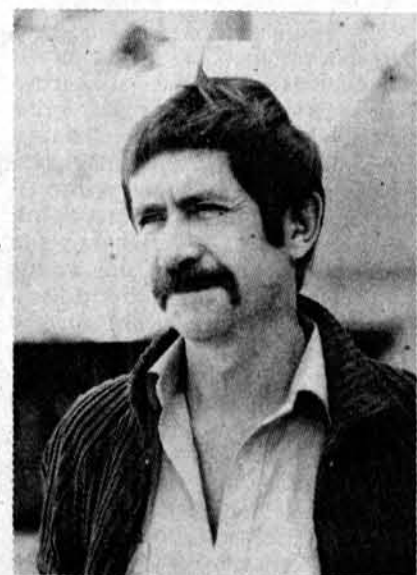
Schauspielhaus auf die Bühne brachte, sagte er: „Gewiß bietet dieses substanzreiche Brechtstück noch andere, durchaus zeitgemäße Konzeptionen an ... aber es gab für mich keinen anderen Ansatz als das Problem Krieg oder Frieden.“

Bald hatte ihn Berlin wieder. Nach seinem Regie-Gastspiel mit Hauptmanns „Schluck und Jau“ an der Berliner Volksbühne – er richtete das Stück zusammen mit einem anderen Regisseur ein – schrieb die Presse: „Das ist's ... endlich mal wieder ... eine Neuentdeckung, die das Premierenpublikum zu Bravo-Chören hinriß“; er wurde Oberregisseur dieses Hauses. Sein besonderes Markenzeichen, so Kritiker Martin G. Butter: ein herausfordernder Umgang mit der Dramatik unseres Jahrhunderts.

Er arbeitete für Film und Fernsehen, spielte den Johannes Höder in Johannes R. Bechers deutscher Tragödie „Die Winterschlacht“, den Heiner in Benno Pludras Filmerszählung „Jeder hat seine Geschichte“. Es dürften um die 20 Filme oder Fernsehspiele gewesen sein, in denen er mitwirkte. 1986 ehrte ihn die Stadt Berlin mit dem Goethepreis I. Klasse für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Kultur, Kunst und Literatur. Den Kritikerpreis der Berliner Zeitung bekam er 1987, und das Ministerium für Kultur verlieh ihm 1988 den Kunstpreis der DDR. Er arbeitete als Dozent für Schauspiel an den Theaterhochschulen Berlin und Leipzig und an der Filmhochschule Potsdam-Babelsberg.

Der Rest, der blieb, waren Nachrufe zu seinem Tode im Dezember 1991: „Er kämpfte bedingungslos um Erfolg ...“, so sah ihn Generalintendant Gerhard Meyer und „Auf Menschensuche“ begegnete ihm der Berliner Theaterkritiker Christoph Funke. „Das Böse wollte er nicht gelten lassen ... gehörte zu den Menschensuchern, den Feinfühligern ... stellte sich dennoch die Aufgabe, Barrieren zu bauen gegen Schlechtigkeiten ... wenigstens im Theater auf der Bühne ...“ Der kannte ihn.

Keinen Tag wollte er verlieren, er verlor viele Tage, starb viel zu früh. Unter einer Birke auf dem Friedhof der Evangelischen Auferstehungsgemeinde in Berlin-Weißensee erinnert ein Feldstein: Siegfried Höchst 1939 – 1991
Otto Höchst



Siegfried Höchst: Mit Preisen ausgezeichnet
Foto privat

Höchst ging nach Potsdam, und dort spielte er diese Rollen: Mit 27 Jahren den Azdak in Brechts „Der



Wilhelm Eisenblätter:
An der Pfarrkirche
in Preussisch
Holland (Titelbild
des Kalenders
„Ostpreußen und
seine Maler“ für
das Jahr 2000)

Buntes Bild der Heimat

Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ 2000

Auch für das Jahr 2000 liegt wie der ein Kalender **Ostpreußen und seine Maler** vor (für die Leser des **Ostpreußenblattes** bis zum 31. September nur 34,80 DM; später 39,80 DM; Bestellungen an den Dr. Wolfgang Schwarze Verlag, Richard-Strauß-Allee 35, 42289 Wuppertal). Auf zwölf Blättern wird die unvergleichliche Landschaft Ostpreußens ebenso gegenwärtig wie das Leben in den Städten oder auf dem Land. Maler, deren Wiege einst in Ostpreußen stand, wie Heinrich Bromm, Arthur Degner, August Endruschat, Carl Scherresen, Paul Emil Gabel, Otto Ewel, Ernst von Saucken-Tartaren oder Erika Eisenblätter-Laskowski, sind diesmal mit Reproduktionen ihrer Werke vertreten. Aber auch Künstler, die von fern her in den Osten kamen und Land und Leute liebten lernten, wurden nicht vergessen; so der 1865 in Adelby bei Flensburg geborene Ludwig Dettmann, der als Direktor der Kunstakademie nach Königsberg berufen wurde, oder der 1866 in Duisburg geborene Wilhelm Eisenblätter, der sich als Theatermaler in Königsberg einen Namen machte, und auch Erich Waske, 1889 in Berlin geboren, der zwischen 1943

und 1945 in Nidden auf der Kurischen Nehrung „seine“ Motive fand. Sie alle zeichnen mit ihren Motiven aus Allenstein, Preussisch Holland, Königsberg, Masuren, von der Nehrung ein buntes Bild der Heimat. – Ein informativer Text von Rudolf Meyer-Bremen über die Malerei im Quellgebiet des Pregel gibt darüber hinaus Einblick in das künstlerische Schaffen abseits der großen Zentren.

Die Motive stammen diesmal wieder ausschließlich aus der „Sammlung Wilhelm“, einer über 2000 Dias umfassenden Dokumentation, die Prof. Herbert Wilhelm in den siebziger Jahren zusammenstellte und die Ostpreußen im Spiegel deutscher Maler zeigt. Aus dieser Dokumentation entstand denn auch einst die Idee, einen Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ zusammenzustellen. Eine Idee, die bald viele Freunde fand. Menschen, denen ihre Heimat Ostpreußen am Herzen liegt, aber auch solche, die Freude an der Kunst haben, die durch die unvergleichliche Landschaft zwischen Haff und Heide, zwischen Masuren und Memel, zwischen Oberland und Nidden erst möglich wurde. os

Irrungen – Wirrungen

Immer noch gesucht: Die Tochter von Charlott Daudert

Irrungen – Wirrungen: Hätte Fontane diesen Titel nicht schon für sich beansprucht, er hätte glatt für die wahre Geschichte gewählt werden können, die durch unser Ostpreußenblatt ins Rollen kam. Kurz vor Ostern hatten wir den Suchwunsch von Helga Rosenau gebracht, die nach ihrer Halbschwester forschte, einer unehelichen Tochter der Filmschauspielerin Charlott Daudert. Auslöser war ein Artikel im Ostpreußenblatt „Engel mit kleinen Fehlern“ gewesen, ein Lebensbild der in den 30/40er Jahren sehr bekannten Künstlerin. Von diesem Bericht hörte Frau Rosenau und setzte sich sofort mit uns in Verbindung, denn sie suchte schon seit Jahrzehnten nach ihrer Halbschwester, von deren Existenz sie erst spät erfahren hatte. Da Charlott Daudert aus Königsberg stammte, hoffte Frau Rosenau, durch eine Suche im Ostpreußenblatt endlich Licht in das Dunkel um ihre Halbschwester zu bekommen.

Denn deren Existenz war nicht nur von Filmchronisten, sondern auch von Verwandten verschwiegen worden. Charlott Daudert stand 1932 am Anfang einer steilen Karriere, und so soll sie das Neugeborene zur Pflege oder Adoption fortgegeben haben, zumal auch die Verlobung mit dem Vater des Kindes in die Brüche ging. Dieser, der Konzertmeister und Komponist Helmut P., ist der Vater von Helga Rosenau. Sie konnte ihn nicht mehr befragen, als sie in den 70er Jahren von der Existenz einer Halbschwester hörte, denn er war vor Kriegsende im KZ verstorben.

Aber ein Onkel lebte, und diesem berichtete Frau Rosenau, daß sie bei einem Kuraufenthalt im Bayerischen Wald von einer Dortmunder Dame auf ihre Ähnlichkeit mit der Dauderttochter hin angesprochen wurde, die sie gut kannte. Der Onkel gab zu, daß es tatsächlich ein Kind ihres Vaters aus der Verbindung mit Charlott Daudert gab.

Wir veröffentlichten diese Geschichte und siehe da: Ein Leser aus Köln teilte Frau Rosenau mit, daß er ihr helfen könne. Er wies auf eine Cousine von Charlott Daudert hin, und schließlich konnte Frau Rosenau Verbindung mit einem weiteren Verwandten, Peter Daudert, aufnehmen, der gerade an einer Biographie über die Schauspielerin arbeitet. Dieser hatte schon einmal Kontakt mit einer jungen Frau, Ina B. gehabt, die meinte, daß ihre Mutter eine Daudert-Tochter sei. Nach langem Suchen kam dann die Verbindung zwischen Frau Rosenau und Ina B. zustande. Da beide Frauen im Raum Hamburg lebten, gab es bald ein Treffen, das sehr positiv verlief, denn Ina B. stellte schon auf Anhieb eine Ähnlichkeit von Frau Rosenau mit ihrer Mutter fest. Es gab auch sonst viele Übereinstimmungen bezüglich der auf beiden Seiten vorhandenen Informationen – bei Frau B. waren durch Wasserschaden leider wertvolle Unterlagen vernichtet worden –, so daß beide Frauen spontan beschlossen: „Wir fahren sofort nach Bremen.“ Dort lebte die Gesuchte, und auch das war für Frau Rosenau wieder ein passendes Steinchen im Mosaik, denn die Dortmunderin hatte ihr damals erklärt, daß die Dauderttochter in den 60er Jahren Klavierunterricht auf dem Wümmehof gegeben hätte.

Auch diese – für die Bremerin gänzlich überraschende – Begegnung mitten in der Nacht verlief so positiv, daß für Frau Rosenau



Helga Rosenau: Sucht ihre Halbschwester Foto privat

wie für Frau B.s Mutter feststand: „Wir sind Schwestern!“ Aber sie beschlossen doch, einen Gentest machen zu lassen, damit sie den endgültigen Beweis hätten. Es dauerte drei Monate, in denen das Zusammengehörigkeitsgefühl der beiden Frauen immer stärker wurde, so daß für sie eigentlich kein Zweifel mehr bestand.

Und dann kam der Bescheid des Instituts für Rechtsmedizin in Magdeburg: Die beiden Frauen können nicht Schwestern sein! Damit war das fast fertige Mosaik zerbrochen.

Was bleibt? Auf jeden Fall eine Freundschaft, denn sie fühlen sich trotz des negativen Bescheids weiter eng verbunden. Und die Suche nach der richtigen Daudert-Tochter, die ja irgendwo leben muß. Noch gibt Helga Rosenau nicht auf.

Ruth Geede

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,

„Eete on Drinke hölt Liew on Seele tosoame!“ Das alte Sprichwort gilt noch immer und braucht sich – in unsern guten alten Platt geschriebenen – durch keine Rechtschreibreform mißhandeln zu lassen. Und um „Eete on Drinke“ geht es auch heute bei unserm ersten Wunsch. Küchenmeister Harald Saul aus Gera ist bekannt für seine historischen Kulinariken: Kochbücher aus einer bestimmten Region mit Rezepten, Anekdoten und Geschichten aus der heimischen Küche wie „Das Ostersteinkochbuch“, in dem er über die reußische Hofküche plaudert. In seinem Archiv hat der Küchenmeister 8000 Rezepte zusammengetragen, auch ostpreußische, denn sein Schwiegervater Horst Ehlert stammt aus dem Kreis Schloßberg/Pillkallen. Und dazu sammelte er Aufzeichnungen und Fotos, soweit es ihm möglich war, denn in der damaligen DDR war ja Ostpreußen ein Tabuthema.

Nun möchte Harald Saul seine Kochbuchreihe um einen Ostpreußenband erweitern und bittet daher um uralte Familienrezepte, Fotos und erlebte oder überlieferte Geschichten über „Eete on Drinke“. Daß es da köstliche Anekdoten gibt, weiß ich aus vielen Zuschriften an unsere Familie, und einige habe ich ja in unsern „Familienbüchern“ festgehalten. Aber es werden sich wohl noch viel mehr kulinarische Erinnerungen finden lassen und Familienrezepte, die kaum bekannt sind. Wer Herrn Saul in seinem Vorhaben unterstützen will, schreibe ihm. Aber bitte keine bekannten Kochbücher zusenden wie das „Doennigsche“, Standardwerk der ostpreußischen Küche bis heute, oder „Von Beetenbartsch bis Schmandschinken“, es müssen eben ganz persönliche Aufzeichnungen sein. (Küchenmeister Harald Saul, Thränitzer Straße 6 in 07546 Gera-Pforten.)

„Min Mann beklackert sich nich, debruukt keen Salviet!“ Diesen Ausspruch unserer alten Hanne, die uns mit Eiern und Gemüse belieferte, habe ich noch heute in den Ohren. Das war, als wir sie und ihren Mann zum Mitessen baten, weil sie gerade in unser Mittagsspeise hineinschliefen. Auch so eine nette kleine Erinnerung, zumal sich der gute Mann doch „beklackerte“. Um eine „Salviet“ ging es auch dem Geschäftsführer der LOW-Landesgruppe Hessen, Gerhard Morgenstern, als er sich an uns mit der Frage nach dem Hersteller der wunderschönen Serviette „Königsberga 1640“ wandte. Die Zuschrift eines Landmannes erwies sich als goldrichtig, die Firma existiert noch, auch der Druckstock ist vorhanden, obgleich die Herstellung bereits 1972 eingestellt wurde. Aber die Sache hat noch einen Haken: Obgleich Herr Morgenstern 500 Stück bestellen will, kann ein Neudruck erst bei einer weitaus höheren Anzahl erfolgen. Er selber wird sich bemühen, weitere Interessenten zu finden, und ich unterstütze ihn gerne, indem ich hiermit auf diese Möglichkeit hinweise. Es handelt sich bei der grünen golden umrahmten Serviette mit den drei alten Königsberger Stadtwappen wirklich um ein kleines Kunstwerk, mit denen er vor allem den Geburtstagskindern unter seinen Landsleuten eine Freude machen will. (Gerhard Morgenstern, Am Sturzkopf 3 in 35578 Wetzlar.)

Und ein Rezept wünscht sich auch Elfriede Schatz: „Armes Negerlein“ heißt der Rührkuchen, den sie gerne backen möchte. Außerdem sucht sie das alte Scherzlied „O hängt ihn auf, o hängt ihn auf, den Kranz aus Lorbeerbeeren...“ (Elfriede Schatz, Ulrich-Günther-Straße 79 in 24321 Lütjenburg.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Geliebter Kintopp

Der Meister: Alfred Hitchcock wäre 100

Der brillante Thriller-Regisseur und Meister des Grusels Alfred Hitchcock hätte am 13. August seinen 100. Geburtstag begehen können. Sein Name war und bleibt ein Markenzeichen. Der kleine rundliche Mann, der immer so aussah, als käme er gerade von einer Beerdigung, erlangte als Regisseur des aufregenden Nervenkitzels und spannungsreicher Krimis weltweite Popularität. Seine Filme sind in der Geschichte des Films einzigartig. Er hat als Regisseur nie einen Oscar erhalten, obwohl er fünfmal – für „Rebecca“ (1940), „Das Rettungsboot“ (1944), „Ich kämpfe um dich“ (1945), „Das Fenster zum Hof“ (1954) und „Psycho“ (1960) – nominiert wurde. Er erhielt den Irving-Thalberg-Preis, war Inhaber mehrerer Ehrendokortitel, wurde mit dem Cecil B. DeMille-Preis und dem „Office of Arts and Letters“-Preis der französischen Regierung ausgezeichnet. 1979 wurde er von Elisabeth II. in den Ritterstand erhoben.

Hitchcock wurde am 13. August 1899 im Londoner Stadtbezirk Leytonstone als Sohn eines katholischen Geflügelhändlers und Obstimporteurs geboren. 1920 fand er den ersten Kontakt zur Filmindustrie. Die Firma Famous-Players-Lasky verpflichtete ihn als Titelzeichner. Zwei Jahre später beendete Hitchcock den Film „Always Tell Your Wife“, nachdem der eigentliche Regisseur erkrankt war. 1922 inszenierte und produzierte er seinen ersten eigenen Film „Nummer 13“, der allerdings aus Kapitalmangel niemals fertiggestellt wurde. Weitere Lehrjahre folgten, bis er 1925 die Regie zweier in Deutschland hergestellter Filme übernahm: „Der Freudengarten“ und „Der Bergadler“. Mit „Erpressung“ (1929, mit Anny Ondra), „Mord“ (1930) und der ersten Verfilmung von „Der Mann, der zuviel wußte“ (1934, mit Peter Lorre) fand er sehr früh Thematik und Stil, für die er berühmt werden sollte.

Produzent David O. Selznick holte den Engländer in die amerikanische Filmmetropole. Auf Anhieb bekam sein erster amerikanischer Streifen „Rebecca“ den begehrten Oscar für den besten Film des Jahres. Er schuf weltweite Filme mit abenteuerlichem Flair wie „Der Mann, der zuviel wußte“ (mit

James Stewart) oder „Der unbekannte Dritte“, Produkte des makabren Humors wie „Immer Ärger mit Harry“, Kammerspielkrimis wie „Das Fenster zum Hof“, einen kalten Schocker wie „Die Vögel“ oder den zwielichtigen Psychothriller „Marnie“. Beachtliche Erfolge heimsten zudem „Ich beichte“ (mit Montgomery Clift), „Bei Anruf Mord“, „Über den Dächern von Nizza“, „Aus dem Reich der Toten“, „Der zerrissene Vorhang“, „Topas“, „Frenzy“ und „Familiengrab“ ein. Für seine Streifen entdeckte der Regisseur Joan Fontaine, Kim Novak, Eva Marie Saint, Doris Day, Grace Kelly und Tippi Hedren. Sein Name wird immer mit dem Wort „Spannung“ in Verbindung gebracht, und er wird auch heute widerspruchlos zum Meisters dieses Genres erklärt.

1955 nahm Hitchcock die Produktion seiner noch heute berühmten Fernsehserie „Alfred Hitchcock Presents“ auf. Die zunächst halbstündigen, später sechzigminütigen Kurzkrimis verblüfften am Schluß mit raffinierten, unerwarteten Pointen, den sogenannten „Hitchcock-Auflösungen“. Er fungierte damals als Produzent, nur in unregelmäßigen Abständen saß er selbst auf dem Regiestuhl. Seit 1926 war Regisseur Sir Alfred Hitchcock verheiratet, hatte eine Tochter. Er starb am 29. April 1980 in Los Angeles.

kai-press



Alfred Hitchcock: Meister des Nervenkitzels Foto kai-press



Godewind: Heiko Reese, Andrea Krehky, Carsten Böhm, Annegret Siemen, Shanger Ohl, Larry Evers Foto Aqua Verlag

Noch kein bißchen müde

Die Gruppe „Godewind“ wird 20

Sie ziehen schon lange nicht mehr von einem Dorfgasthof zum nächsten; längst füllen sie große Hallen (und zur Weihnachtszeit sogar Kirchen) mit einem begeisterten Publikum. Und ihre Fans kommen auch keineswegs nur aus dem hohen Norden unseres Landes – aus Schwaben zum Beispiel oder aus dem Saarland. Die Gruppe Godewind hat sich „gemauert“, von einer reinen Folkloreband mit plattdeutschen Liedern zu einer Gruppe mit einem weitgefächerten Repertoire volksnaher Lieder. 20 Jahr Platt 'n Roll („... und keen beten mööd!“) heißt denn auch das Motto in ihrem Jubiläumsjahr (und auch die Doppel-CD mit alten und neuen Liedern, die zum Preis von 39,90 DM im Fachhandel erhältlich ist).

Kein bißchen müde sind die sechs Musiker Andrea Krehky, Annegret Siemen, Carsten Böhm (geboren 1945 in Danzig), Larry Evers, Heiko

Reese und Shanger Ohl. Davon kann man sich derzeit auf ihrer Jubiläumstournee überzeugen, die sie im August, September und Oktober noch in verschiedene norddeutsche Städte führen wird. Ein richtiger Fan aber wird nicht auf das Buch zum Jubiläum verzichten wollen: Godewind – Musik zwischen den Meeren (Hrsg. Gaby Alendorf und Matthias Friese, 64 Seiten, mehr als 100 Farbfotos, inkl. CD mit einem Medley der bekanntesten Titel; Aqua Verlag Köln, 25 DM). Da erfährt man alles über die Band-Mitglieder, über das Entstehen der Gruppe, über ihre Lieder. Und welcher Freund norddeutscher Landschaft gerät nicht ins Schwärmen, hört er Titel wie „Achter Dünen un Diek“ oder „Hallig-sommer“? Eine fröhliche Truppe, die mit ihren neuen Liedern aber auch „heiße Eisen“ wie den Drogenkonsum aufgreift. Allemaal sehens- und hörens-wert!

os

Es ist in unseren Tagen ein in den Reihen der politischen Klasse verbreiteter Glaube, die Ursache aller Kriege läge in der Existenz von Nationalstaaten. Die Völker wollten in den Grenzen der Länder ihre Eigenarten bewahren und reagierten mißtrauisch und ablehnend anderen Nationalitäten gegenüber. Und daraus, so argumentieren Politiker von Heiner Geißler bis Otto Schily, entstünden Kriege. Ihr Bestreben geht dahin, die Nationen in ihren Grenzen aufzulösen. Sie träumen von multikulturellen Gesellschaften, schaffen Euro-Regionen aus Grenzgebieten benachbarter Länder und propagieren das „Europa der Regionen“ anstelle des „Europas der Vaterländer“.

Die Ursache einer so verkürzten Weltansicht könnten fehlende Geschichtskenntnisse und das daraus resultierende mangelnde Geschichtsbewußtsein sein. Denn schon ein zweiter Blick über die Zeitgrenze der französischen Revolution hinweg – die die Wiege der modernen Nationalstaaten war – beweist, daß auch längst, bevor es Nationalstaaten im heutigen Sinne gab, Europa von Kriegen, und zwar Kriegen schrecklichsten Ausmaßes, erschüttert wurde.

Daß es nicht der Nationalstaaten bedarf, um grausamste Schlachten zu führen, das sei hier abgehandelt an Ereignissen, die sich vor mehr als 700 Jahren in Norddeutschland abspielten.

Nordwestlich von Bremen an den Niederungen der Weser und um den Fluß Hunte herum ließen sich Anfang des 12. Jahrhunderts auf Einladung des Bremer Erzbischofs Friedrich holländische Siedler nieder, denen bald Friesen und Menschen aus von den Sachsen besiedelten Gebieten folgten. Ihnen wurde Land überlassen mit der Maßgabe, es zu entwässern, urbar zu machen und einzudeichen, das Stedinger Land. So entstand ein im Kern freier Bauernstand, der dem Grundherrn lediglich Zins und Zehnten schuldete, beides niedrige Belastungen von geringer Bedeutung.

Die hier in wenigen Generationen entstandenen freien Bauern regierten sich selbst. Sie hatten ihre eigene Gerichtsbarkeit und gelangten überraschend schnell zu Wohlstand. Das geschah zu einer Zeit, in der die Landbevölkerung aufgrund günstiger werdender Lebensbedingungen insgesamt im Reich zunahm und die Bauernschaft damit mächtiger wurde. In Auseinandersetzung mit Fürsten und Bischöfen erstritt sie sich mehr Rechte; andererseits bemühten sich die Herrschenden, eben diese Rechte wieder einzudämmen. Es kam zu Zusammenstößen, doch konnten sich die freien Bauern in vielen Gegenden behaupten und die Frondienste und Abgaben reduzieren. Immer dann wurden die weltlichen und geistlichen Herren mächtig, wenn die Königsgewalt in Deutschland schwach war. Und nach Kaiser Barbarossa und Konrad II. ließ die Macht des Reiches tatsächlich spürbar nach. Bauern waren die Opfer, wenn die Fürsten sich befähdeten. Und auch die Kirche spielte dabei eine unheilvolle Rolle. Noch herrschte der Kreuzzugsfanatismus und die Idee, Ketzer müßten ausgerottet werden, war ein probates Mittel, um die Macht der Kirchenfürsten auszuweiten.

In dem Gebiet nordwestlich von Bremen, dem Stedinger Land, entwickelte sich die freie Bauernschaft überaus günstig. Die Bauern deichten ein, gewannen Land

„Sie verehren böse Geister“

Im Jahre 1234 wurden die Stedinger vom Erzbischof von Bremen vernichtend geschlagen



Kreuzfahrer geraten in einen Hinterhalt. – Genrebild des 19. Jahrhunderts

und wurden wohlhabend. Das führte zur Begehrlichkeit des Bremer Erzbischofs, der die Abgaben der Landleute erhöhen wollte, was von denen jedoch abgelehnt wurde. Sie beharrten auf ihren Rechten und beließen es bei den früher mit dem Bremer Erzbischof vereinbarten Abgaben.

Die historischen Quellen berichten, daß die Oldenburger Grafen die ersten waren, die versuchten, die freien Stedinger Bauern zu unterwerfen. Sie errichteten zwei Burgen im Gebiet der Stedinger, um von ihnen aus die Fürstenmacht über die Bauern auszudehnen. Die Stedinger eroberten diese Festungen jedoch im Handstreich und vertrieben die Vögte. Zunächst schien Ruhe zu herrschen. Der Erzbischof von Bremen, ein Edelherr von der Lippe, hielt zunächst Frieden mit den Stedingern. Deren Selbständigkeit wuchs sogar noch. Sie hielten sich aus den ringsum tobenden Kampf der Fürsten heraus und blieben bei ihrer Absicht, ein selbständiger politischer Faktor im Erzstift Bremen zu bleiben. Forderungen des Erzbischofs nach Erhöhung der Abgaben wurden weiterhin abgewiesen.

Da versammelte der Bruder des Erzbischofs, Hermann von der Lippe, ein Heer, um zu Weihnachten 1229 die Stedinger mit Waffengewalt zu zwingen, sich der Herrschaft zu unterwerfen. Es kam zum Kampf. Hermann wurde getötet, sein Heer von den Bauern geschlagen.

Darauf berief der Erzbischof Gerhard 1230 eine Synode nach Bremen. Man glaubte, einen Grund gefunden zu haben, sich die Stedinger gefügig zu machen. In der Urkunde, die das Ergebnis der Synode zusammenfaßt, heißt es: „Gerhard, von Gottes Gnaden der heiligen Bremischen Kirche Erzbischof: Allen, die diese Schrift vernehmen werden, Heil in Christo! ... Es ist offenkundig, daß die Stedinger der Kirche Schlüssel und die kirchlichen Sakramente völlig verachten, daß sie die Lehre unserer heiligen Mutter, der Kirche, für Tand achten, daß sie überall Geistliche jeder Regel und jeden Ordens anfallen und töten,

daß sie Klöster wie Kirchen mit Brand und Raub verwüsten, daß sie ohne Scheu sich erlauben, Schwüre zu brechen, daß sie mit des Herrn Leib abscheulicher verfahren, als der Mund aussprechen darf, daß sie von bösen Geistern Auskunft begehren, von ihnen wächserne Bilder bereiten, bei wahrsagerischen Frauen sich Rat holen und ähnliche verabscheuungswürdige Werke der Finsternis üben ...“. Hieraus erging das Urteil folgenden Inhalts: „Dieweil zweifellos feststeht, daß das wider die Stedinger Vorgebrachte gemäß ist der Wahrheit, so sind diese für Ketzer zu erachten und als solche zu verdammen.“

In der auch heute noch maßgebenden wissenschaftlichen Arbeit über die Ereignisse im Land der Stedinger, in dem 1865 erschienenen Buch von H. A. Schumacher „Die Stedinger“ (es liegt als Neudruck vor) liest man darüber: „Es war in den Kreisen der Klerisei nichts Neues, daß man ein ganzes Volk eines Verbrechens beschuldigte, das an und für sich nur der Einzelne begehen konnte; man hatte längst daran sich gewöhnt, nicht bloß diejenigen für Ketzer zu halten, welche Ansichten vortrugen und verbreiteten, die der christlichen Lehre widersprachen, sondern vielmehr alles, was den Forderungen der Kirche widerstritt, unter Ketzerei zu bringen gewußt. „Ungehorsam ist gleich Götzendienst!“, so lautete der Spruch Samuels, der damals bei der Priesterschaft vom besten Klange war; der bewaffnete Widerstand gegen die Ansprüche der Kirche auf Zehnten und Zinse galt in ihren Augen als ketzerisch, verdiente nach ihrer Meinung Interdikt und Bann.“ Eine Auffassung von bestürzender Aktualität.

Gegen Ketzer waren und sind alle Mittel erlaubt. Allerdings fehlte nach dem Synodenbeschuß noch das wichtigste Argument, um über die unbotmäßigen Stedinger Bauern herfallen zu können, nämlich die Erklärung des Feldzuges zum Kreuzzug. Den konnte nur der Papst ausrufen.

Sogleich traten die Mönche des Dominikanerordens in Aktion.

Ihre Hauptaufgabe war es, die Ketzerei zu bekämpfen. So schwärmten denn die Mönche aus, um, wie man heute sagen würde, die psychologische Kriegsführung gegen die Stedinger in die Wege zu leiten. Überall predigten sie von der Ketzerei der Stedinger und verlangten deren Vernichtung. Der Erzbischof sprach gegen die Stedinger die Exkommunikation aus und wandte sich an den Papst, damit er zum Kreuzzug aufrufe.

Papst Gregor unterzeichnete am 26. Juli 1231 eine Bulle, in der es unter anderem hieß: „... Nicht ohne Entsetzen haben wir es vernommen, nicht ohne Schauern – daß jene Menschen, die Kirchenschändung nicht scheuen, ... an Leib und Leben Priester und Geistliche schädigen, bei der Plünderung der Kirchen des Herrn Leib aus den heiligen Gefäßen verschütten und mit Füßen treten, daß sie, aller Gottesfurcht sich entledigend, abfallen zur Verehrung böser Geister ... Da nun solche Verhöhnung Gottes nicht geduldet werden darf, so geben Wir, auf Euer Einsicht volles Vertrauen in den Herrn setzend, den Auftrag des Apostolischen Stuhles, daß Ihr Sorge tragt, an unserer Statt jene von solchen Verruchtheiten abzubringen, in welcher Weise es Euch angemessen erscheinen mag, indem Ihr die Edlen und Mächtigen aus ihrer Nachbarschaft aufruft, ihre Ungläubigkeit auszurotten, auf daß jene durch Euer Bemühen aus ihren Irrwegen wieder zum Herrn geleitet werden ...“

1232 erließ der Papst die ersehnte Bulle, in der er die Beschuldigungen übernahm, die die Bremer Synode bereits formuliert hatte. Nunmehr war der Kreuzzug proklamiert. In Bremen wurde ein Kreuzfahrerheer aufgestellt. Als es langsam vorrückte, griffen die Stedinger, die die Vorbereitungen beobachtet hatten, an und schlugen zunächst das Kreuzfahrerheer, wobei sie sogar Oldenburg bedrohten, dessen Grafen gegen sie mit zu Felde zogen. So war der erste Kreuzzug mißglückt.

Der Papst erließ ein weiteres Schreiben gegen die Stedinger, in dem er allen, die sich am Kreuz-

zug beteiligten, ihre Sünden vergab. Der Bremer Erzbischof rief erneut zur Ausrottung der Stedinger auf, und allen Bürgern Bremens, die sich am Kreuzzug beteiligten, versprach er, ihnen seien damit alle Sünden vergeben. Bremen würden alle Zölle und Wegegelder erlassen, und ein Drittel des Hab und Gutes der ketzerischen Stedinger solle den Bremern zufallen. Damit gewann er die Bürger der Stadt als Verbündete.

Die Dominikaner setzten ihre Greuelpropaganda gegen die Stedinger fort, um Verbündete für den Kreuzzug zu gewinnen. So eilten denn nicht nur aus ganz Norddeutschland, sondern sogar aus Flandern, Burgund, ja, aus England Kreuzfahrer nach Bremen, so daß im Juni 1233 ein neuer Kreuzzug gegen die freien Bauern begann. In Oststedingen unterlag ein Bauernheer der gewaltigen Übermacht der christlichen Kreuzfahrer, worauf ein entsetzliches Morden begann. Die gefangenen Bauern wurden lebendig verbrannt, ihre Frauen und Kinder totgeschlagen.

Aber der größte Teil Stedingens war noch nicht in der Hand der Kreuzfahrer. So wurde ein dritter Kreuzzug, nunmehr gegen Weststedingen, vorbereitet. Unter dem Grafen Burchard von Oldenburg rückte das Heer vor, wurde aber beim Hemmelskamper Wald von den Bauern geschlagen. Burchard fiel.

Nunmehr versuchten die Kreuzfahrer, durch Zerstörung der Deiche das Land zu vernichten. Aber auch das schlug fehl. Ein neues Kreuzfahrerheer wird aufgeboten. Endlich im Mai 1234 kann es aufbrechen, um im Namen Christi die freien Bauern zu vernichten. Sie stellen sich unter ihren Führern Bolke von Bardenfleth, Tammo von Hunteford und Detmar von Dieke dem übermächtigen Feind. Die Bauern sind bewaffnet mit Kurzscheren und langen Spießen. Der Lederschild deckt sie. In ihren Reihen kämpfen auch Frauen, denn es ist allen klar: Entweder werden sie siegen oder untergehen. Dem Ritterheer unter dem Kreuz Christi gelingt es, die Bauern zu besiegen. Alle werden niedergemacht, Männer, Frauen und Kinder. Überlebenden gelingt die Flucht ins Gebiet der Friesen. Die freien Bauern in Stedingen gibt es nicht mehr.

Jahrhundertlang feierte die Kirche den Sieg über die Stedinger. Das eroberte Land wurde an Kreuzfahrer und an andere Landfremde vergeben, die nunmehr der Kirche die verlangten Abgaben zahlten. Die Fürsten erhielten das Land. Der freie Bauernstand war vernichtet.

Noch heute findet man in norddeutschen Städten Familien des Namens Steding, vermutlich Nachkommen der freien Bauern, die dem Gemetzel entgingen; allein im Hamburger Telefonbuch stehen 14 Träger des Namens.

1834 wurde bei Altenesch, dem Ort der Vernichtungsschlacht, zur Erinnerung das Denkmal „Stedingsehe“ errichtet.

Heute weiß kaum noch jemand etwas von den Stedingern, ihrem verzweifelten Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit und von dem schändlichen Verhalten der damaligen Kirche.

Hans-Joachim v. Leesen

„Und wer hat die Ordnung zerstört?“

Gespräche im Gerdauen von heute (Teil III) / Von Ulrich Kühn

Wir erblicken weitere Überreste des alten Gartens meiner Großeltern. Die Nachbarin weiß, wer zu dem Grundstück gehört. Der Mann wohnt in einem alten, hohen Haus hinter dem Garten. Um ihn zu erreichen, müssen wir die Grundstücke fast umrunden.

Ich kann dort auf der Rückseite der Versuchung nicht widerstehen, von hinten schon mal in den Garten zu spähen. So sind Vera – meine Übersetzerin – und die Nachbarin vorausgegangen zu dem hohen, alten Haus und stehen, als ich ankomme, bereits wieder vor der Tür, zwischen sich den Mann, der nun unseren Garten hat. Der wirkt mit lockerer Hose, Unterhemd und mageren Schultern, unrasiert und ungekämmt, ein bißchen wie von den beiden Frauen überrumpelt. Trotzdem will er uns gern in den Garten führen.

Sein Name ist Anatolij Jefimowitsch Jurow, und trotz Unterhemd und fehlender Rasur macht er sich mit uns auf in Richtung Garten. Auf halbem Weg drehen wir um. Ein Regenschauer treibt uns zum Haus zurück, hinein in den Schutz des Treppenhauses. Hier wollen wir das Ende des Gusses abwarten und nutzen die Gelegenheit zu einem Gespräch.

Vera erzählt Jurow als erstes, daß ich Nachkomme der Familie bin, der dieser Garten gehört hat, und daß ich ihn nun zum ersten Mal betreten möchte. Ich frage Jurow, Vera übersetzt: „Seit wann haben Sie den Garten?“ „Mein Vater hat ihn 1946 bekommen. Seit mein Vater tot ist, bearbeite ich ihn.“ Ich merke Jurow an, daß er nicht ungern erzählt; vielleicht braucht man nur anzutippen, um etwas von ihm zu erfahren. Ich frage: „Erinnern Sie sich noch, wie der Garten 1946 aussah?“ „Sicher. Er war noch unzerstört; und schön: zwei Lauben, ein Gartenhaus, Spaliere und Pergolen. Dazu eine Menge Obstbäume und Beerenbüsche. Die Wege waren mit Kies bestreut



Gerdauen 1967: Der See des Gutes Bawien. Das Gutsgelände diente in den 50er Jahren als Raketenbasis. Kurz nach dieser Aufnahme wurde das Herrenhaus abgerissen

dauen von mehreren Russen bestätigt, daß große Teile der Stadt bis in die sechziger Jahre ziemlich gut erhalten waren und erst danach der rapide Verfall und der großflächige Abriß begannen. Offensichtlich machten sich die Sowjets erst, als sie sich ihres Besitzes sicher waren, an seine Zerstörung.

Aber wir werden aus dem Thema gerissen durch einen nassen Windstoß, der durchs Haus fegt und uns vom Eingang weg in eine andere Ecke des Flures treibt. Jurow entschuldigt sich, weil er uns nicht in

ausgeführt.“ (Jurow selbst unterscheidet hier Ostpreußen und Rußland.) „Als der neue Mühlendirektor 1980 starb, fand man keinen Nachfolger für ihn. Da hat man die Mühle geschlossen. Jetzt ist sie Ruine.“

Der Zugang zum Garten ist stark gesichert, über dem Lattenzaun hat Jurow ein Gestell mit Maschendraht angebracht, das Tor ist durch ein Vorhängeschloß versperrt. Jurow läßt uns eintreten. Unser Weg durch den Garten ist zum guten Teil ein Waten durch Wildwuchs. Ich zähle

Die Schwester Jurows können wir erst am nächsten Nachmittag aufsuchen. Nachdem ihr Bruder uns ihre Adresse genannt hat, hat Vera uns telefonisch angemeldet. Aber als wir ankommen, bleibt uns nicht mehr viel Zeit, denn der Fahrer, der mich nach Königsberg zurückbringen soll, hat mir eben erst verraten, daß er nachblind ist – und die Sonne ist im Sinken begriffen.

Rimma Jefimowna Sorokina, die Schwester des Mannes in unserem Garten, wohnt an einer neuen Straße am Rande Gerdauens. Das Mehrfamilienhaus ist kaum älter als zehn Jahre, was man ihm nicht ansieht. Besonders der Beton der Eingangsstufen ist so abgetreten, daß sein Stahlgeflecht wie ein Fußabtreter rausragt. Im Treppenhaus stehen überall vor den Wohnungstüren die Gummistiefel, die in diesen Randbezirken Gerdauens wegen der unbefestigten Wege unerlässlich sind.

Frau Sorokina erwartet uns. Im Gegensatz zum sehr kargen Treppenhaus macht ihre Wohnung einen gemütlichen Eindruck. Man sieht, daß sie mit der Zwangslage konfrontiert war, die Gegenstände einer großen Familie auf beschränktem Raum zu verstauen. Auch sie selbst bietet einen ansprechenden Anblick; mit ihrem braunen, glän-

dunkle Jacke, die sich, wenn ich genau hinsehe, als alter Damenmantel entpuppt. Er trägt ihn wahrscheinlich aus Unwissenheit über seine Bestimmung; vielleicht hat der Mantel zu den Sachen gehört, die aus den deutschen Häusern geholt worden waren zum Weitertransport nach Rußland; und in dem Jahr, als Teile davon in der von ihm geleiteten Schloßmühle lagerten, stach ihm der Mantel wegen seines strengen Schicksals ins Auge, da hat er ihn für sich abgezweigt. Auch Jurow junior, der Mann in unserem Garten, ist auf dem Foto zu erkennen, er blickt glatt rasiert und adrett mit versonnenem Lächeln in die Kamera.

Mich interessieren vor allem die Bildhintergründe. Auf dem Foto vom Ende der fünfziger Jahre vom fahngeschmückten Marktplatz mit Leninstatue ist das eingeebnete Grundstück der Kreissparkasse zu sehen und der unversehrte Kirchturm. Auf dem Foto vom Anfang der fünfziger Jahre ragen in den Gerdauener Himmel wie steinerne Zackenreihen die Ruine des Hotels Reich und die ausgebrannten Geschäftshäuser von Hildebrandt, Oddoy und Zink; als weißer Klotz steht der Sockel des Denkmals von 1870/71. Frau Sorokina will mir die Fotos zur Anfertigung von Reproduktionen überlassen, und wir besprechen die am wenigsten unsichere Möglichkeit der Rücksendung.

Da unsere Gastgeberin weiß, daß ich bald fahren muß, kommt sie ohne große Überleitung auf das, was es sie drängt, mir zu erzählen. Sie berichtet von der Frau, die ihr Leben entscheidend geprägt hat, deren Wirken zur Folge hatte, daß sie schließlich Musik studierte und bis heute als Musiklehrerin arbeitet. Es ist die Geschichte ihrer deutschen Klavierlehrerin.

Was sie mir erzählt, ist folgendes: Die Klavierlehrerin stammte aus Berlin, und dort wohnte sie bis gegen Ende des Krieges. Zu jener Zeit erhielt sie ein Telegramm, in dem man ihr mitteilte, daß ihr Mann als Soldat verwundet im Gerdauener Krankenhaus lag und nicht mehr zu retten war. Also reiste sie mit ihren beiden Söhnen an das Sterbebett ihres Mannes. Die Front rückte näher, überrollte Gerdauen, und die Frau saß mit ihren Kindern in der von den Sowjets eingenommenen Stadt gefangen. Sie teilte das Schicksal der anderen Deutschen. 1947, in dem Jahr, in dem die Mühle als Möbellager diente, nahm sich der Mühlen-

Ein nasser Windstoß fegt durchs Haus

und die Beete und Rasenflächen mit Steinen eingefast. Es herrschte eine große Ordnung.“ Vera fragt etwas naiv: „Und wer hat die Ordnung zerstört?“ „Na, wer schon? Wir! Wir Russen.“ – In der Stadt war damals überhaupt noch viel mehr erhalten als heute, es war das meiste in gutem Zustand. Die Leute sind damals rücksichtslos mit allem umgegangen. Wenn ihnen etwas nicht paßte, haben sie es rausgerissen und sich aus anderen Häusern Sachen geholt, die ihnen besser gefielen. – Hier im Haus zum Beispiel, da hatten wir eine Heizung, die wollten wir nicht; da haben wir sie ausgebaut und uns aus einem anderen Haus eine neue geholt. Die paßte aber nicht. Da haben wir beide rausgeschmissen und Öfen eingebaut. Vieles ist kaputtgemacht worden damals! Jurow ist mit seinem Bericht in Fahrt und erzählt, was ihm die Erinnerung eingibt. „Mir fällt da eine Geschichte ein: Ein paar Russen hatten einen deutschen Kachelofen so überheizt, daß er glühte. Sie nahmen einen Eimer kaltes Wasser und schütteten ihn über den Ofen. Da zersprangen seine Kacheln in tausend Stücke, und der Ofen war nicht mehr zu gebrauchen.“ – Ja, hier in Gerdauen ist viel Schönes zerstört worden. Und wo man Neues gebaut hat, hat es schlechte Qualität.“ Jurow hat die Stirn in Falten gelegt und schüttelt zuletzt sogar den Kopf bei dem, was er erzählt, man merkt ihm seine Zerknirschung an.

Die Nachbarin sagt entschuldigend: „Wir waren aber bis Anfang der sechziger Jahre sicher, daß wir hier wieder wegmüssen und die Deutschen zurückkommen.“ Mir geht dabei durch den Kopf, daß dieser Zeitpunkt tatsächlich eine Bedeutung haben muß, denn ich habe gelesen, und es wurde mir in Ger-

seine Wohnung bittet, aber er sei gerade am Renovieren. Ich frage ihn, wie lange er schon in diesem Haus wohnt.

„Seit 1946. Gleich als unsere Familie nach Gerdauen kam, sind wir hier eingezogen. Ich bin Jahrgang 1928, ich war damals 18. Mein Vater leitete die Schloßmühle hier ganz in der Nähe, da hatte er es nicht weit zur Arbeit. Damals arbeiteten noch viele Deutsche in der Mühle. Als sie später weg mußten, war er dagegen. Denn sie waren so fleißig, daß er nicht auf sie verzichten wollte. 1947 war die Mühle vorübergehend Möbellager, mit Möbeln, die man aus den Häusern geholt hatte. Von denen hat sich mein Vater ein Klavier genommen. Dann hat er uns Klavierunterricht geben lassen, meiner jüngeren Schwester und mir, bei einer deutschen Klavierlehrerin. Die hat uns viel beigebracht, deshalb kann ich heute noch Klavier spielen. Und meine Schwester ist sogar Musiklehrerin geworden.“ – Ich erinnere mich auch noch an den Namen der Klavierlehrerin. Sie hieß Erna.“

„Erinnern Sie sich noch an andere Deutsche aus jener Zeit?“ „Ja, da war eine Gruppe Jungs, sie mußten als Elektriker arbeiten. Die Namen waren Kurt, Hans, Koska und noch andere. Ich habe auch mal mit ihnen gearbeitet. Ich bin immer gut mit ihnen ausgekommen.“

Der Regen hat aufgehört, und wir gehen langsam durch das feuchte Gras, das über den Weg wuchert, in Richtung Garten. Ich will aber noch etwas von damals wissen und frage Jurow, was aus der Schloßmühle wurde. „Nachdem mein Vater aufgehört hatte, kam ein anderer Mühlendirektor. Die Mühle war ja Hauptmühle, das heißt, ihre Erzeugnisse wurden nach Rußland

fünf erhalten gebliebene Apfelbäume, Jurow zeigt zusätzlich auf die Reste zweier Pflaumenbäume. Neue Bäume sind nicht gepflanzt. Sonst gibt es ein großes Stück Acker mit dem landesüblichen Halbe-halbe-Verhältnis von Kartoffeln und Unkraut. Jurow zeigt auf eine Kürbisstaude: Dort war ein Brunnen, den er mal zugeschüttet hat.

Ein neuer Regenschauer zwingt uns, Zuflucht unter dem größten der alten Apfelbäume zu suchen. Sein dichtes Blätterdach wölbt sich fast bis aufs Gras. Hier hat sich Jurow einen Sitzplatz eingerichtet mit einem Tisch und einem schmalen Bänkchen. Tisch und Bank sind mit Äpfeln belegt. Und während wir so dastehen in dem, was mal der Garten meiner Großeltern war, fängt dieser Mann in unserem Garten auf seine gutartige, redselige Weise zu schwärmen an von den Äpfeln, die er erntet. Unter allen guten Äpfeln, sagt er schließlich, ragen die eines Baumes hervor, nämlich desjenigen, unter dem wir gerade stehen. Seine Früchte sind groß und leuchtend goldgelb, und wenn man sie nach dem Pflücken noch eine Weile liegen läßt, werden sie immer wohl-schmeckender und bekommen am Ende ein ganz unvergleichliches Aroma. Als er dieses schildert, passiert es, daß mir trotz des schützenden Blätterdaches die Augen feucht werden, denn er schwärmt von den Äpfeln, in einer anderen Sprache zwar, doch mit den gleichen Worten, mit denen, sehr fern von hier, meine Mutter von den Früchten dieses Paradiesgartens ihrer Kindheit erzählte. „Aber auch die Größe der Äpfel hat im Laufe der Jahre abgenommen“, sagt Jurow; und als der Regen aufhört, legt er uns zum Abschied jedem zwei Äpfel in die Hand.

Die Äpfel sind herrlich

zenden Haar und ihren geröteten Lippen läßt sich ihr Alter schwer schätzen, und man weiß nicht, ob die beiden jungen Männer, die in der Wohnung offensichtlich zu Hause sind, ihre Söhne oder ihre Enkel sind.

Wir nehmen auf dem Sofa im Wohnzimmer Platz, Frau Sorokina ist auf unseren Besuch vorbereitet. Sie hat nach Veras Telefonanruf ihr Fotoalbum durchgesehen und zwei Fotos bereitgelegt, die einen kleinen Eindruck vom Gerdauen der Nachkriegszeit vermitteln können. Es sind Familienfotos der fünfziger Jahre, auf dem Marktplatz aufgenommen. Sie reicht sie mir zur Ansicht. Die ganze Familie ist abgebildet. Ich erkenne ihre Mutter sofort, eine milde Matrone vom gleichen bürgerlichen Typus wie die Tochter. Der Vater fällt aus dem Rahmen. Mit seiner wollenen Schirmmütze und seinem groben, schlauen Gesicht wirkt er wie die Figur aus einem sowjetischen Proletarierfilm. Er trägt auf dem älteren Foto eine

leiter ein Klavier für seine Familie. Um den Kindern Unterricht zu geben, ließ er die deutsche Klavierlehrerin kommen. Sie unterrichtete von da an die Kinder und erhielt dafür Essen. Sie wohnte zu jener Zeit in einer Straße am Banktinssee.

„Viel mehr weiß ich über sie nicht“, sagt Frau Sorokina, „nur noch, daß sie Erna hieß und damals 36 Jahre alt war. Sie wird heute wohl nicht mehr leben. Aber ihre Söhne waren damals 16 und 17 Jahre alt, die könnten noch am Leben sein, doch sie kamen ja alle nicht aus Gerdauen, erst der Krieg hatte sie hierher verschlagen.“ – Ich hatte damals aber auch eine Freundin, die stammte wirklich aus Gerdauen. Sie hieß Marta. Sie wohnte mit ihrer Mutter in der Kanalstraße, und die Mutter arbeitete als Schneiderin. Marta war Jahrgang 1937, wir verstanden uns gut. Marta nannte mich nicht Rimma, sondern „Rina“. Sie lebte in Gerdauen bis 1948, dann mußte sie weg wie alle Deutschen.“ – Marta, wo bist du? (Fortsetzung folgt)

Eine stille Liebe

Von RENATE DOPATKA

Irgendwie hatten sie es fertiggebracht, sich von den anderen abzusondern. Während auf der Hotelterrasse kräftig Abschied gefeiert wurde, wanderten die beiden langsam zum See hinunter.

Es war die letzte Gelegenheit, miteinander zu reden. Morgen früh ging es bereits wieder nach Hause. Der Reisebus, der schon abfahrtsbereit im Hof stand, die gepackten Koffer auf ihren Zimmern, die leise Wehmut, die über diesem letzten Abend lag – all das war nur schwer zu ertragen für die beiden Menschen, die jetzt am Ufer angelangt waren. Es gab keinen Aufschub mehr: ihre gemeinsame Zeit, die das Attribut „gemeinsam“ eigentlich gar nicht verdiente, da sie doch keine fünf Minuten hatten miteinander allein sein können, diese Zeit lief nun ab ...

Ein wenig abseits vom Promenadenweg fanden sie eine stille Bank. Es war ein guter Platz. Der Blick ging von hier über das verschifft Ufer hinweg zu der unermeßlich weiten Wasserfläche, die nun, da die Sonne längst untergegangen war, ein diffuses Grau angenommen hatte.

Mit einem Taschentuch säuberte der Mann die Sitzfläche für seine Begleiterin, die ihm dabei nachdenklich zusah.

„Ist dir kalt?“ fragte er, und ohne ihre Antwort abzuwarten, zog er seine Jacke aus und legte sie ihr über die Schultern, mit derselben behutsamen Zärtlichkeit, mit der er ihr als Fünfzehnjähriger selbstgepflückte Blumen ins Haar gesteckt hatte ...

Dann saßen sie auf der von dichtem Strauchwerk eingerahmten Bank und wußten nicht, wo sie beginnen, wo sie aufhören sollten. Über fünfzig Jahre der Trennung konnten nicht mit wenigen Sätzen überwunden werden. Jeder von ihnen hatte seinen eigenen Lebenskreis, in dem der andere nicht vorkam, doch das, was sie einander einst gewesen waren, lebte so stark in ihrem Bewußtsein, daß es jedes Gefühl der Entfremdung aufhob.

„Welch ein Geschenk“, sagte der Mann nun leise, „mit dir zusammen auf einer Bank sitzen zu dürfen, den heimatlichen See vor Augen ... Das ist schon sehr viel, nicht wahr?“

„Ja, das ist viel“, erwiderte die Frau und zog die Jacke fester um ihre Schultern, um das leichte Frösteln zu verschleichen. „In unserem Alter fast schon zuviel.“

„Für mich bist du immer noch das fünfzehnjährige Mädchen ...“

„... mit Falten und Silberhaar.“

„Ich meine es ernst. Grau geworden bin ich selber, ziemlich hager noch dazu. Da könnte ich ebenso Angst haben, daß du vielleicht enttäuscht bist, daß du Vergleiche anstellst mit dem schwarzgelockten frischen Knaben, der ich ja wohl mal gewesen sein muß ...“

Der Blick des Mannes umfaßte das noch immer schöne, mädchenhafte Profil seiner Banknachbarin. „Was man liebt, verliert niemals an Wert, auch wenn es sich noch so verändert. Es bleibt einem kostbar – wie das Land, in dem man aufgewachsen ist.“ Er lächelte. „Und ihr habt euch beide nicht sehr gewandelt, du nicht und auch nicht das Land ...“

Eine Weile schauten sie schweigend auf den See hinaus, der Zeuge ihrer Kindheit und Jugend gewesen war. Er kannte sie gut, die zwei Nachbarskinder, die fast täglich zum Spielen an sein Ufer kamen, die in seinen stillen, unergründlichen Fluten schwimmen lernten und später Hand in Hand die mondbeschienene Silberfläche betrachteten und Zukunftspläne schmiedeten.

Doch die Zukunft hielt anderes für sie bereit: Krieg und Chaos, Trennung und Entwurzelung. Das Band zerriß, alles Fragen und Forschen nach dem jeweils anderen blieb ergebnislos. Und so hatten sie ihr „zweites“ Leben begonnen, hatten verdrängt, aber nicht vergessen ...

Der Wunsch, noch einmal in die Vergangenheit einzutauchen, brach sich erst in späten Jahren Bahn. Beide hatten sie bereits Heimatfahrten mit verschiedenen Veranstalterinnen hinter sich, als sie – unabhängig voneinander und ohne jede Vorahnung – jene Gruppenreise buchten, die zu ihrem Wiedersehen führen sollte.

Schon im Bus erkannten sie einander und – bewahrten die Fassung. Wohl schimmerte es verräterisch in ihren Augen, und die Umarmung, die dem ersten zögerlichen Händedruck folgte, dauerte vielleicht eine Spur zu lang – auf die meisten Reisetilnehmer wirkte ihre Begrüßung aber dennoch eher unterkühlt denn überschwänglich. Nur die zwei Menschen, die die beiden auf dieser Fahrt begleiteten, spürten die jähe Veränderung. Während die Ehefrau des Mannes angestrengt aus dem Fenster sah, um dem Anblick seiner völlig versteinerten Haltung zu entgehen, wunderte sich die Nichte der Frau über das plötzlich zerstreute und fahriges Verhalten ihrer Tante.

Von den gemeinsamen Mahlzeiten im Hotel einmal abgesehen, kam es zu keiner weiteren Begegnung, geschweige denn zu einem längeren Gespräch.

Dem alten, ewig gleichen Zauber der Landschaft entgingen sie auch auf dieser Reise nicht. Er lenkte ab und half ihnen, das unverhoffte Wiedersehen seelisch zu verarbeiten.

Dann kam der letzte Abend und mit ihm die letzte Chance auf ein Zusammensein. Noch einmal sah der See die beiden nebeneinander sitzen.

Dämmerung senkte sich über das Land, die flachen Ufer verschwammen nun im Dunst der aufsteigenden Abendnebel. Es wurde empfindlich kühl, aber die zwei auf der Bank nahmen die Kälte kaum noch wahr.

Wissend, daß er nicht zurückgestoßen würde, nahm der Mann die Hand seiner Jugendgefährtin sanft in die seine.

„Vielleicht hörst du es nicht gerne, wenn ich sage, daß ich immer eine Familie haben wollte. Mein Leben mußte einfach einen Sinn, einen Daseinszweck haben. Und ich hätte es verstanden, wenn auch du ...“

Der Druck seiner Finger verstärkte sich. „Du trägst deinen al-



Gerhard Hahn: Aufziehendes Gewitter über Mohrunen (Öl)

ten Namen, hattest du nie den Wunsch zu heiraten?“

Die Augen der Frau, in weite Ferne gerichtet, wurden plötzlich schmal: „Ich wollte immer frei sein ...“

Unvermittelt entzog sie ihm ihre Hand, streifte das Jackett von ihren Schultern und erhob sich. Als er gleichfalls aufstand, herrschte angespanntes Schweigen zwischen ihnen, bis die Frau mit einem Lächeln, das sich nur auf ihren Lippen, nicht aber in ihren Augen zeigte, die Hand sacht auf seine Wange legte: „Ja, es stimmt, ich wollte frei sein“,

widerholte sie leise. „Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Denn siehst du: geliebt habe ich immer nur dich ...“

Ohne ein Wort des Abschieds drehte sie sich um und stieg bedächtigen, sicheren Schrittes den Pfad zur Promenade hoch.

Die Jacke auf seinem Arm atmete noch ihre Körperwärme, verströmte den zarten Duft ihres Parfums. Er spürte die feuchte Kühle, die vom See herüberwehte, spürte noch immer die Hand auf seiner Wange, und er wußte nicht, was von beiden er schmerzlicher vermissen würde ...

Aus der Schule geplaudert

Von HANS F. MAYINGER

In unserem Garten steht ein Baum. Es ist ein Birnbaum. Warum ihn die Leute so nennen, weiß ich nicht, denn er trägt nie Birnen. Der Baum besteht aus Stamm und vielen Ästen. An den Ästen sind die Zweige. Daran hängen Blätter. Im Sommer sind die Blätter grün, im Herbst sind sie scheckig wie die Kuh von unserem Nachbarn. Es sind viele, viele Blätter. Wenn aber der Herbstwind ein paar Nächte lang weht, steht der Baum ganz kahl da. Unser Stubenmädchen Suse bekommt dann immer ihren Jahresschnupfen.

Der Baum krächzt im Herbstwind. Ich glaube, er friert und schämt sich, weil er so nackt und kahl ist. Darüber schreiben manche Leute Gedichte. Auch mein Vater hat einmal ein Gedicht über unsern Birnbaum geschrieben. Er sagte, das war, als ihn die Suse geküßt habe (die Muse! – Korrektur des Lehrers). Die erste Strophe lautete:

„Es steht an unserm Gartenzaun ein knorrig alter Birnenbaum. Zwei stehn darunter, die Birnen kau'n, zwei Birnen von unserm Birnenbaum.“

Vater hat dieses Gedicht und andere von der gleichen Art an einen Verlag geschickt. Aber der ganze Gedichtband ist zurückgekommen, mit einem höflichen Begleitbrief, daß sie die Gedichte leider nicht herausbringen können, weil sie schon so viele haben. Mein Vater aber meinte: „Niemand hat mehr für die Romantik eines alten Birnbaumes etwas übrig!“ – Ich aber glaube, daß die vom Verlag den Schwindel von den „zwei Birnen von unserm Birnenbaum“ gemerkt haben. Sicherlich haben die zwei Kauenden die Birnen von einem anderen Birnbaum mitgebracht.

Trotzdestonichts (Korrektur des Lehrers: Nichtsdestotrotz) bringt unser Birnbaum feinfühlig Menschen zum Dichten. Aber es werden nicht alle zum Dichter, wenn sie unseren Birnbaum sehen. So zum Beispiel unser

Dackel „Hexi“. Der stellt sich immer an den Baum und hebt den Fuß. Dann trinkt der Baum.

Im Liede heißt's, im Mai schlagen die Bäume aus. Aber nicht nur im Mai. Ich war selbst dabei, als ein Baum im Oktober ausschlug. Das war so: Die Holzfäller hackten und sägten eine Fichte um. Ich stand abseits und sah zu. Plötzlich fiel der Baum um, und ein knorriger Ast schlug auf meinen Kopf. Ich fiel auch um, und mein armer Kopf hat so gedöhnt, daß ich glaubte, die Engel hätten im Himmel eine Damenblaskapelle gegründet und übten mit Fanfaren. Suse hat später behauptet, dieser Unfall hätte meinem Verstand geschadet. Weil sie so dumm dahergeredet hat, habe ich ihr einen angeschnittenen Backsteinkäse unters Kopfkissen gelegt.

Jetzt weiß ich nicht mehr viel vom Baum zu sagen. Er schenkt uns Früchte, wenn er ein Obstbaum ist und nicht so alt wie unser Birnbaum. Ist der Baum im Ofen, spendet er Wärme.

Einmal hat mich ein Baum sogar gekitzelt. Das war, als Vater seinen Kommunionanzug aus der Mottenkiste kramte und sagte, ich solle ihn auf der Hochzeit von Tante Kunigunde anziehen. Der Vater ermahnte mich:

„Paß gut auf den Anzug auf, mein Junge, den hat dein Großvater selig im Krieg mit seinen letzten Kleiderpunkten für mich gekauft. Probier ihn doch mal an.“

Vaters Kommunionanzug hat mich dann aber sogar durch die Unterwäsche gekratzt und gekitzelt. Das war so schlimm, daß ich wie ein Zicklein im Zimmer herumgehüpft bin und laut protestiert habe.

„Hahaha!“ hat da Tante Kunigunde, die gerade zu Besuch war, laut gelacht. Sie ist ja immer so gescheit, weil sie Bsüchologie studiert hat. „Schau doch“, sagte sie zum Vater, „der Bub führt einen Reiztanz auf wie ein heulender Wisch!“

(Korrektur und Anmerkung des Lehrers: Deine Tante hat Psychologie = Seelenkunde studiert. Wahrscheinlich sagte sie: „Der Bub führt einen Veitstanz auf wie ein heulender Derwisch.“)

Mein Vater aber hat nicht gelacht, sondern mich ausgeschimpft: „Hab dich mal nicht so! Der Anzug ist halt Kriegsware aus bester Zellwolle. Die wird aus Holz hergestellt und ist deshalb ein Geschenk der Natur.“

Da konnte ich für lange Zeit die Bäume nicht mehr leiden.



Thea Weber: Leuchtturm in Nidden (Aquarell)

Kinderland

Von MARGOT MICHAELIS

Als Kind lag ich oft in der Sonne im Gras und drückte mein Ohr an die warme Erde – ich hörte es wispern flüstern und knistern von Gräsern und Blumen Schmetterlingen und Feen –

ich sah in die Höhe und schloß die Augen gefüllt von Himmel und ziehenden Wolken – sie nahmen mich mit auf ihre Reise in ein Land voller Träume und Phantasie –

Erben gesucht

Verwandte der Eheleute **Johann Gottlieb BEHRENDT** und **Johanna Marie geb. Mey**, welche früher in Wehlau lebten.

Die Eheleute hatten zumindest die beiden Kinder:

1. **Fritz Johannes Gottlieb Behrendt**, geb. 1897 in Wehlau.
2. **Arthur Reinhold Behrendt**, geb. 1901 in Wehlau. Er war verheiratet mit Käthe geb. Leichert und lebte während des Zweiten Weltkriegs in Königsberg.

Meldungen erbeten an Dipl.-Kfm. Wolfgang Moser, Postfach 10 03 50, 76484 Baden-Baden, Tel. 0 72 21/36 96 14 zu Az.: T-229/W/M/H

Erben gesucht

Verwandte der Eheleute **August AR(E)NDT** und **Johanne geb. Fronat**, auch bekannt als Frohnert, welche ca. 1910 in Rückgarben bzw. Schippen, Krs. Friedland wohnhaft waren. Die Eheleute hatten zumindest die 4 Kinder:

1. **Friedrich Hermann Arndt**, geb. 1880 in Hermenhagen. Er war verheiratet mit Anna geb. Mahrun und soll während des Ersten Weltkriegs in Bartenstein gewohnt haben.
2. **Wilhelm Hermann Ar(e)ndt**, geb. 1886 in Erdmannshof.
3. **Maria Amalie Ar(e)ndt**, geb. 1890 in Fuchshofen.
4. **Luise Bertha Ar(e)ndt**, geb. 1900 in Gr. Schwarauen.

Meldungen erbeten an Dipl.-Kfm. Wolfgang Moser, Postfach 10 03 50, 76484 Baden-Baden, Tel.: 0 72 21/36 96 14 zu Az.: X-280/W/M/H

Bekanntschaften

Das Alter ist doch nur eine Zahl!
Witwe, 67 J., su. einen intell., fröhl.
Ostpreußen bis 75 J., ca. 1,80–1,85 m.
Zuschr. u. Nr. 91951 an Das Ostpreußenblatt, 20144 Hamburg

Familienanzeigen

Seinen  Geburtstag

feiert am 16. August 1999

Manfred Bertram
aus Königsberg (Pr)
Steinhauptstraße 6
jetzt Schnadtweg 1
32699 Extertal

Es gratulieren und wünschen noch viele glückliche und zufriedene Jahre

Gabi – Bernd
Kornelia – Wolfgang
Simone – Christine
Julia – Laura
Stefan



Auch wenn ich mein Zuhause mit Dir teile,
bleibt ewig doch die Sehnsucht nach der Heimat!
Mein guter Ehemann

Paul Pruß

geb. 17. 8. 1912 in Lyck

würde sich über Grüße von verbliebenen „Schulfreunden“ oder „Nachbarskindern“ aus der verlorenen Heimat freuen.

Zu seinem Geburtstag und unserem Hochzeitstag wünscht ihm alles erdenklich Gute

Seine Frau Ilse

– Nur wer Ostpreußen erlebt hat,
weiß, was die Menschen dort verloren haben! –
Heckenbühl 8, 89075 Ulm-Donau, Tel. 07 31/5 36 51, Fax 5 36 41

Seinen  Geburtstag

feiert am 12. August 1999

Rudi Blank

aus Heiligenbeil
jetzt 86971 Peitig
Kr. Wehlau, Schongau

Es gratulieren und wünschen noch viele schöne Jahre

Seine Frau
mit Tochter
und Schwiegersohn

Seinen  Geburtstag

feiert am 16. August 1999

Manfred Bertram
aus Königsberg (Pr)
Steinhauptstraße 6
und Wickbolder Straße 100
jetzt Schnadtweg 1
32699 Extertal

Es gratuliert Dir von Herzen
Deine Frau Elsbeth

Dieser Gruß soll Dir sagen,
ich bin froh, daß ich Dich habe.
Ich wünsche Dir noch viele Jahre
Gesundheit, Glück und frohe Tage.

Was bleibt ist Liebe, Dank und Erinnerung.

20. Todestag

Franz Bahr

geb. 12. 11. 1905
Sausgörken (Rastenburg)
gest. 12. 8. 1979
Köthen Elsdorf

10. Todestag

Frieda Bahr, geb. Goebel

geb. 19. 12. 1909
Freudenberg (Rastenburg)
gest. 25. 8. 1989
Köthen Elsdorf

Heinz Bahr

geb. 6. 7. 1928
Freudenberg (Rastenburg)
Februar 1945 verschleppt
April 1945 Rußland verst.

In Liebe gedenken
Tochter Gerda Hoppe und Ehemann Ernst
Enkelin Verena Kyrien
Urenkel Eileen und Steffen

Lindenplatz 2, 06369 Elsdorf

Ihre Familienanzeige im Ostpreußenblatt

Ich gehe langsam aus der Welt heraus
in eine Landschaft jenseits aller Ferne,
und was ich war und bin und was ich bleibe
geht mit mir ohne Ungeduld und Eile
in ein bisher noch nicht betretenes Land.

Am 14. August 1999 jährt sich der 1. Todestag
von meiner lieben Tante, Frau

Emmi Krippes

geb. Rosowski

aus Grünflur, Kr. Ortelsburg
bis 1963 in Allenstein
später Hess. Oldendorf/Weserbergland

Sie mußte von uns gehen im Alter von 67 Jahren.

Im Namen aller Angehörigen
Ingeborg Schütze, geb. Hensel

78467 Konstanz

Gefunden und verloren!
Zum Gedenken!

Wir nehmen Abschied von unserer Klassenkameradin

Marga Hasenpusch-Garbe

* 13. 3. 1931 in Mahnsfeld + 12. 7. 1999 in Stuttgart

Nachdem unsere Freude über unser Wiederfinden nach Krieg
und Flucht fast selbstverständlich geworden war, zeigt uns ihr
Tod, welch ein Geschenk unsere Treffen waren.

Wir werden sie sehr vermissen!

Jutta Bartel-Liebmann
Elli Basener-Geisler
Sigrid Demmler
Sonja Dittmann-Hipman
Christa Kleszczewski-Kratzert
Doris Korallus-Schroller
Traute Meinert-Klarner
Lieselotte Mückenberger-Volkman
Waltraud Rosummeck
Christel Salbach-Rosner
Rosemarie Samland-Flieger
Sigrid Schienagel-Stuhlmacher
Ingeborg Schimkus-Wolker
Hannelore Thamm-Showniruk
Eva Volkmann-Pesch
Anneliese Wargenau-Todt

Körte Oberschule für Mädchen zu Königsberg
Letzte Klasse in der Heimat: 4a

Kontaktadresse:
Rosemarie Flieger, Crachtstraße 35A, 44229 Dortmund

Am 24. Juli 1999 entschlief im Alter von 86 Jahren

Martha Selke

geb. Gehrmann

geb. am 22. 9. 1912
in Norutschatschen/Gumbinnen

In stiller Trauer
**Manfred Schmeling und
Frau Ingrid Schmeling**, geb. Selke
zugleich im Namen
aller Angehörigen

Trauerfeier am Freitag, 6. August 1999, um 13.00 Uhr in der Halle B
des Krematoriums Hamburg-Ohlsdorf.

Ein Auge schläft, das nur in Liebe wachte,
ein Herz erlosch, das nur an Güte dachte
und eine Hand sank kraftlos, die im Leben,
wieviel sie auch erhielt, stets mehr gegeben.

Wir nehmen Abschied von unserem Omchen

Ruth Krause

geb. Bahr

* 26. 6. 1912 + 27. 6. 1999
Königsberg Wiesbaden
Quedau/Schreitlacken

In Liebe und Dankbarkeit
**Familie Eberhard Krause
Familie Elisabeth Gebauer**

Ländchenweg 46, 65191 Wiesbaden



Meine Zeit steht in
Deinen Händen.
Psalm 31,16

Bruno Kleingärtner

* 17. Januar 1921 + 3. August 1999
Monethen/Ostpr. Radbruch
Kreis Johannisburg

hat uns plötzlich und unerwartet für immer verlassen.

In Liebe und Dankbarkeit
Lieselotte Kleingärtner, geb. Paetsch
im Namen aller Angehörigen

Ginsterweg 5, 21449 Radbruch
Die Trauerfeier und Beisetzung fand am Montag, dem 9. August 1999,
in der Friedhofskapelle Radbruch statt.



Wer unter dem Schirm des Höchsten sitzt
und unter dem Schatten des Allmächtigen bleibt,
der spricht zu dem Herrn:
Meine Zuversicht und meine Burg, mein Gott, auf den
ich hoffe.
Psalm 91

Fern der geliebten ostpreußischen Heimat entschlief nach einem erfüllten Leben

Maria-Martha Lack

geb. Matzpreuksch

* 26. 9. 1911 + 3. 8. 1999
Kuckerneese, Kreis Elchniederung

In stiller Trauer
**Familie Horst Wallus
Familie Erika Marholz**

24768 Rendsburg, im August 1999

Sie
starben
fern der
Heimat

Unsere liebe Schwester



Bei Gott ist kein Ding unmöglich.
(Lukas 1, 37)

Diakonisse Helene Holstein

geboren am 18. Januar 1904 in Moterau, Kreis Wehlau/Ostpreußen
– zum Diakonissenamt eingeseget am 14. April 1941 in Lötzen –
wurde am 3. August 1999 nach Gottes heiligem Willen heimgelufen.

Diakonische Stiftung Bethanien (Lötzen) Quakenbrück
Diakonisse Hilda Schirmanski
Annedore Wendebourg, Pastorin und Oberin

Lötzenener Straße 14, 49610 Quakenbrück, den 6. August 1999
Die Beerdigung fand statt am Freitag, dem 6. August 1999, um
13 Uhr auf dem evangelischen Friedhof in Quakenbrück.

Nur noch vereinzelte Spuren

Kulturzentrum zeigt Ausstellung über verschwundene ostpreußische Kleinbahnen

Ellingen – Mit der Spurensuche nach den verschwundenen Kleinbahnen in Ostpreußen beschäftigt sich die neue Sonderausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, für die Jörg Petzold aus Dresden in jahrelanger Arbeit Fakten zusammengetragen hat. Die Erzählungen seines Großvaters, der 1937 mit dem Fahrrad durch Ostpreußen fuhr, weckten in ihm den Wunsch, das Land näher kennenzulernen, erläuterte der in einem sächsischen Ministerium beschäftigte Jörg Petzold bei der Einführung zur Ausstellung. Die dort vorgefundenen Reste der Eisenbahnen taten ein übriges, um ihn zur Suche nach Spuren und zur Dokumentation des Gefundenen zu veranlassen.

Ostpreußen, so Petzold, war Ende des letzten Jahrhunderts verkehrspolitisch ein Entwicklungsland. Einige Hauptstrecken unter staatlich preußischer Regie verbanden die großen Städte – für den Anschluß des flachen Landes war für die nach dem strengen preußischen Eisenbahngesetz von 1838 zu errichtenden vorgeschlagenen Linien kein Geld vorhanden. Erst durch das Kleinbahngesetz vom 28. Juli 1898 war es Kreisen, Städten und privaten Gesellschaften möglich, in eigener Regie und zu erheblich niedrigeren Kosten Eisenbahnlinien zu bauen. Insgesamt wurden bis 1920 18 Kleinbahnlinien in der Provinz Ostpreußen errichtet, dazu kamen im gleichen Jahr noch zwei Linien in der angegliederten Provinz Westpreußen hinzu. Daneben bestand noch die bereits 1885 privat errichtete Königsberg-Cranzer Eisenbahn. Die Streckenlängen reichten von fünf Kilometern bei der Kleinbahn Wörtekeim-Schippenbeil bis zu den 222 Kilometern der Insterburger Kleinbahn; die Spurweiten von 600 Millimetern bei der Linie Puppen-Friedrichshof bis zur Normalspur von 1435 Millimetern bei vielen anderen Linien. Um Kosten zu sparen, wurde ab 1903 eine gemeinsame Betriebsführung durch die Ostpreußische Eisenbahn-Gesellschaft eingerichtet.

Obwohl die Kleinbahnen einen wichtigen Faktor zur Erschließung des Landes bildeten, obwohl sich neue Betriebe an den Bahnen ansiedelten, der Anschluß an die weiterführende Staatsbahn hergestellt wurde und das teilweise nur eine tägliche Zugpaar für die Bevölkerung das „Tor zur Welt“ bedeutete, stellte sich bald nach dem Ersten Weltkrieg heraus, daß einige Lini-

en ständige Zuschußbetriebe bleiben würden. Teilweise reichten die Mittel nicht einmal, um die Schäden aus dem Weltkrieg in Höhe von 2,5 Millionen Reichsmark zu beseitigen, an Modernisierung war überhaupt nicht zu denken. So fuhren in den dreißiger Jahren bald Buslinien parallel zur Bahnstrecke, und der tägliche Güterzug, der auch einen Personenwagen mitführte, hatte durch den Rangierdienst lange Fahrzeiten. Eine von staatlicher Seite aus angedachte Sanierung aller Strecken, die für die Jahre 1939 bis 1943 geplant war, scheiterte am Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Die Kriegszeit brachte dann auch die letzte Blüte bei den Beförderungsleistungen, da der Busverkehr eingestellt wurde. Durch die nicht durchgeführte Instandsetzung war es eine Höchstleistung der Eisenbahner, den anfallenden Verkehr möglichst störungsfrei zu bewältigen. Mit dem Einmarsch der russischen Armee endete der Betrieb auf den Kleinbahnstrecken, zuletzt auf der Samlandbahn im April 1945. Zuvor waren noch zahlreiche Fluchtzüge sowie als möglich in Richtung Westen gefahren worden. Nach Kriegsende folgten die Demontage und der Abtransport des Materials in Richtung Rußland.

Hoya – Im März 1945 erreichte ein großer Treck mit 350 Menschen, 140 Pferden und 38 Wagen Dedendorf bei Bücken. 1500 Kilometer hatten diese Menschen unter persönlicher Leitung und Führung von Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten zurückgelegt, bevor sie in den umliegenden Dörfern untergebracht wurden. Ein Drittel der Menschen von den Gütern, Vorwerken hatte sich schon vorher selbständig auf die Flucht begeben, leider erreichten nicht alle den Westen.

Im Jahre 1954 lud der Fürst seinen Treck – Güter Schlobitten und Prökelwitz – zu einem ersten Treffen nach der schweren Zeit ein. Viele ehemalige Inspektoren, Angestellte, Förster, der Sägewerkverwalter, die Rendanten, Arbeiter mit ihren Familien – rund 250 Menschen – erschienen, um die Fürstenfamilie und einander wiederzusehen. Auch in den folgenden Jahrzehnten blieb die Verbundenheit bestehen, so daß man sich alle zwei bis drei Jahre zu einem Treffen zusammenfand. Als im Oktober 1997 der Fürst verstarb, sollten die Zusammenkünfte – gerade im Andenken an ihn – weiterhin stattfinden. Deshalb plante in Absprache mit der Fürstenfamilie Joachim Prinz, Sohn des Administrators der Begüterung Prökelwitz von 1926 bis 1945, das Treffen für das Jahr 1999. Zu diesem erschienen 55 Personen in Bücken/Dedendorf, nahe Hoya an der Weser, im Hotel Zur Linde/Hotel Thöle. Leider waren dies nicht mehr die Alten von damals, sondern deren Kinder und Enkelkinder, so daß man sich erst einmal erkundigen mußte, wer ihre Eltern waren und woher sie kamen. Hierbei halfen die Bilder und Karten, die durch lebhaftes Erzählen ergänzt wurden.

Auch Kinder und Enkelkinder französischer Kriegsgefangener, die von 1940 bis 1945 in den Gütern Schlobitten und Prökelwitz gearbeitet hatten, waren angereist. Vor 1985 hatten sie über das Rote Kreuz

Betrieben werden heute noch die Samlandbahn und die Königsberg-Cranzer-Eisenbahn als Vorortstrecken von Königsberg, allerdings elektrifiziert und in russischer Breitspur. Züge fahren auch noch auf der Haffuferbahn von Elbing nach Braunsberg und auf der 1992 unter Denkmalschutz gestellten Lycker Kreisbahn.

Die Ausstellung selbst, zu der Wolfgang Freyberg, der Leiter des Kulturzentrums, neben vielen Gästen auch die Vertreter der Landsmannschaften, die Vorsitzende des Fördervereins, Katharina Fürstin von Wrede, die SPD-Landtagsabgeordnete Christa Naaß sowie Kurt Bartel, einen Eisenbahner, der noch bei der Kastenburger Kleinbahn seine Ausbildung absolviert hatte, begrüßen konnte, enthält Tafeln, auf denen die Geschichte der einzelnen Bahnlinien zusammengestellt ist. Streckenskizzen und Fotos aus den Betriebsjahren runden die Ausstellung ab, allerdings sucht Jörg Petzold nach wie vor Bilder und Unterlagen zur Ergänzung.

Die Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen ist bis zum 19. September Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr geöffnet.

M. Fritsche



Letztes Exemplar: Jörg Petzold (links) erläutert das Modell der einzigen Lokomotive, die im Eisenbahnmuseum Bruchhausen-Vilsen heute noch aus der Kleinbahnzeit erhalten ist

Foto Fritsche

Dem Himmel gleich

Die Heimat aus der Sicht russischer Künstler

Hamburg – Vom 6. bis 28. September (Eröffnung am Montag, 6. September, 19 Uhr) findet in der Kreissparkasse Harburg, Am Sand 1, Hamburg-Harburg, eine Ausstellung zweier bemerkenswerter Maler statt. Zum einen zeigt Irina Bessmertnaja, Dozentin an der Technischen Universität Königsberg und Tochter des aus Nowoschew (Kreis Petersburg) stammenden Malers und Berufssoldaten Anatolij A. Gushkow eine Aus-

wahl der von ihrem Vater erbten nahezu 600 Bilder, die Landschaften aus dem Königsberger Gebiet in den 50er und 60er Jahren zum Motiv haben. Anatolij A. Gushkow wurde unweit von Puschkins Haus am 15. März 1909 geboren. Er starb 1985 in Königsberg.

Über seine in dieser Stadt ausgestellten Gemälde war in den Königsberger Medien u. a. zu lesen: „Ewige Kostbarkeiten: Unvorstellbar schöne, zarte Landschaftsbilder in Aquarell- und Ölfarben können auch einen noch so anspruchsvollen Blick erfreuen.“ „Die einen wurden von Gerüchen des Waldes, der Seen verfolgt, die anderen gerieten in Verückung und hörten auf, die sie umgebenden Laute wahrzunehmen. Es war, als ob die Abgeschiedenheit in der Welt der Wiesen, Vorstädte, ruhigen Gäßchen, Sonnenuntergänge und -aufgänge Realität werde.“

Des weiteren sind in dieser Ausstellung interessanterweise die surrealistischen Bilder des um eine Generation jüngeren Malers Viktor Rjabinin zu sehen. Er wurde 1946 in Königsberg geboren. Viktor Rjabinin besuchte die Kunstschule, die Gewerbeschule und absolvierte ein Studium an der Kunstschule in Iwanowo bei Moskau. Seit 1971 arbeitet er als Kunstgestalter und seit 1980 als Lehrer in der Kinderkunstschule und als Dozent an der Königsberger Universität. Seine faszinierenden und tiefgehend empfundenen Arbeiten in Gestaltung und Farbe sind bereits in vielen Ausstellungen zu sehen gewesen; teilweise orientiert an den phantastisch-romantischen Erzählungen des Königsberger Dichters E.T.A. Hoffmann. Im russisch verwalteten Königsberg kam 1993 zum ersten Mal ein Gedichtband Königsberger Dichter in Russisch und Deutsch heraus, zusammengestellt und übertragen von Sem Semkin. Viktor Rjabinin ist der unvergleichliche Illustrator dieses Werkes mit dem Namen „Du mein einzig Licht“.

A. Smigilski

Feste Bande über viele Jahre

Angehörigentreffen der Güter Dohna-Schlobitten und Prökelwitz

den Fürsten gesucht, seitdem lud der Fürst sie und ihre Familien zu den Treffen ein. Das Verhältnis der Kriegsgefangenen war sowohl zur Fürstenfamilie als auch zu den Bewohnern der Güter die Jahre über ausgesprochen gut gewesen, und sie waren auf dem Treck fast die einzigen Männer, die Gespanne führen konnten. Mit viel Mut und Gefühl hatten sie die Gespanne und Menschen über die 1500 Kilometer durch den harten Winter geführt und vor der Roten Armee bewahrt.

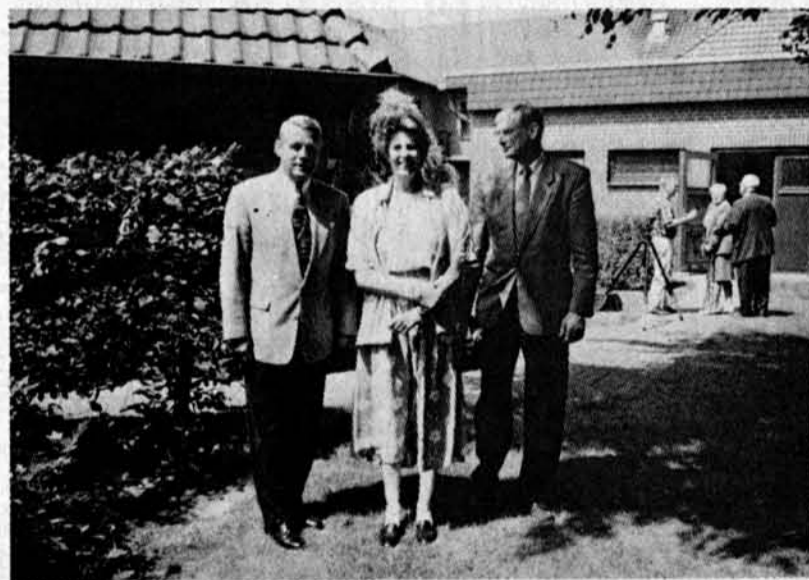
Zur kleinen Reise in die Heimat wurde ein Videofilm von 1991 und 1994 über Schlobitten, Prökelwitz, Pachollen, Christenburg und Altstadt gezeigt, den Arnold Korth vorführte. Burggräfin Alexandra zu Dohna-Schlobitten und Joachim Prinz wiederum kommentierten den Film.

Da viele Anwesende 1945 im Alter von zwölf bis fünfzehn Jahren waren, hatten sie vieles noch in bester Erinnerung. Aber auch das Leid und die Schrecken sind noch nicht vergessen. In Sekunden wur-

den auf der Flucht im Januar 1945 oft Mütter und Kinder getrennt, die Väter – weil sie Soldaten waren – von der Roten Armee gen Osten verschleppt. Auf nicht zu beschreibende Weise, teilweise unter größtem Hunger, flohen sie in diesem strengen Winter aus der Heimat.

Im Namen der fürstlichen Familie hielt Friedrich Burggraf zu Dohna-Schlobitten schließlich eine Ansprache und übermittelte die herzlichen Grüße seiner in der Schweiz lebenden Mutter (leider verstarb sie wenige Tage nach dem Treffen). Die älteste anwesende Dame war Charlotte Sommer. Die 86jährige war Amtsrendantin auf dem Hauptgut Prökelwitz, auf dem sie auch geboren wurde. Seit der Flucht in Hoya wohnhaft, kann sie noch heute bestens Auskunft über das Gewesene geben und bereicherte mit zahlreichen Erinnerungen und Anekdoten die Kaffeestunde. Wenn es auch immer nur wenige Stunden in der großen „Ostpreußenfamilie“ sind, sind es doch unvergessliche und schöne Zusammenkünfte.

Winfried Brandes



Teil der „Ostpreußenfamilie“: Friedrich und Alexandra zu Dohna-Schlobitten sowie Siegfried Brandes, Sohn des Oberinspektors und Pächters Fritz Brandes, Rittergut Köllmen (von links)

Foto privat

Ostdeutsche Kulturtage

Düsseldorf – Zum 36. Mal veranstaltet der BdV-Kreisverband Düsseldorf seine Ostdeutschen Kulturtage. Eingeleitet werden sie mit einer Festveranstaltung am Freitag, 3. September, 17 Uhr, anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Pommerschen Landsmannschaft in Düsseldorf im Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Eichendorffsaal. Die Festansprache hält Dr. Dieter Radau, Präsident der Pommerschen Abgeordnetenversammlung. Tags darauf, Sonnabend, 4. September, wird auf der Tuchinsel/Schadowstraße ein Ostdeutscher Markt veranstaltet. Ein Vortrag über „Herrensitze und Gutshäuser in Pommern und Ostbrandenburg“ am Dienstag, 7. September, 17 Uhr, im GHH, Raum 312, und ein großer Brauchtumsabend, gestaltet von der Pommernjugend Solingen, am Freitag, 10. September, 18.30 Uhr, im GHH, Eichendorffsaal runden die erste Woche ab.

Veranstaltung

Hannover – Die Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen lädt zu einer Vortragsveranstaltung am Sonnabend, 28. August, 15.30 bis 18 Uhr, im Freizeithaus Hannover-Döhren, Peiner Straße, Haltestelle der Straßenbahn. Zum Thema „Amerika und das deutsche Selbstbestimmungsrecht“ wird Richard Sperber, Gründer des Amerikanischen Rates für die Wiedervereinigung, referieren. Nach der sich anschließenden Diskussion und einer kleinen Pause steht noch der Vortrag „Patient Deutschland – Nur nicht den Glauben an den Sieg der Wahrheit verlieren“ auf dem Programm.

Geplatze Illusionen:

Wenn die Stimmung kippt ...

Harburg: „80 Sinti und Roma kontrollieren das öffentliche Leben eines ganzen Viertels“

Von GWEN SCHWETHELM

Im Hamburger Stadtteil Harburg muß man sich nicht auskennen, um das Phoenix-Gelände zu finden. Das Fabrikumgebung ist weithin sichtbar. Und an heißen Tagen liegt der Geruch von Gummi in der Luft.

In den Straßen um die Reifenfabrik herrscht reges Leben. Cafés und Kneipen sind gut besucht, Menschen verschiedenster Nationalitäten leben hier mit- und nebeneinander; sitzen in der Sonne, bummeln durch den Kiez oder stehen an Kiosken und unterhalten sich.

Das Phoenix-Viertel, wie es von den Harburgern genannt wird, wurde mitunter als ein Paradebeispiel für eine multikulturelle Gesellschaft, wie sie funktionieren kann, gehandelt. „Ein Viertel voller Leben!“ weiß ein Gemüsehändler an der Wilstorfer Straße zu berichten.

Dem türkischen Imbiß folgt ein mexikanisches Restaurant, dem deutschen Kiosk ein griechischer Gemüseladen. Und in den Straßen ist das Bild ebenso bunt; Deutsche, Türken, Italiener, Slowenen, Afrikaner, alle bewohnen und prägen miteinander dieses Viertel. Es gab schon mal Ärger, aber das hielt sich in Grenzen.

Doch die auf den ersten Blick stabile „Kiezidylle“ war zerbrechlicher, als von Behörden und Ansässigen angenommen. Seit Anfang des Jahres liegen bei den Anwohnern einiger Straßen die Nerven blank.

Alles begann mit dem Zuzug von achtzig Sinti und Roma, im Volksmund Zigeuner genannt. Man bemerkte eine zunehmende Vermüllung in den Straßen und auf den Spielplätzen sowie immer mehr zer-

„Kiezidylle“?

schlagene Fensterscheiben in den Hinterhöfen. Lärmbelästigungen bis spät in die Nacht ließen die Bewohner keinen Schlaf finden. Drogenhandel und Pöbeleien bis hin zu Handgreiflichkeiten wurden alltäglich. „Ich traue mich nach 21 Uhr nicht mehr auf die Straße, denn da gehört denen das ganze Viertel“, flüstert eine alleinstehende alte Frau und drückt sich in ihren Hauseingang zurück.

Angst, das haben hier inzwischen viele. Die Zigeuner lungerten in den Straßen und auf den Spielplätzen herum, pöbelten Passanten an und vertrieben systematisch die anderen Kinder der Nachbarschaft, beschwerten sich die Phoenix-Viertler. Sie bedrohten, beraubten und verprügelten Jugendliche und ältere Menschen.

Altengesessene verschiedener Nationalitäten ziehen schon weg. „Ich fühle mich hier nicht mehr sicher, habe Angst um meine Familie!“, begründet ein türkischer Familienvater seine Entscheidung fortzuziehen. „Parteien, Behörden und Polizei unternahmen zu lange nichts, die Bevölkerung ist resigniert und eingeschüchtert. Es wird zuviel gefragt und zu wenig getan!“ empört sich eine deutsche Anwohnerin, die seit 20 Jahren im Viertel lebt.

Anzeigen und Beschwerden häuften sich, doch mit der Begründung „In anderen Stadtteilen Hamburgs ist die Situation noch viel schlimmer!“ bündelten Polizei und Behörden die Klagen der Anwohner ab.

Als die Stadt Hamburg dann auch noch in Erwägung zog, das örtliche Polizeirevier zu verlegen, kam es vollends zum Eklat.



„Nach 21 Uhr traue ich mich nicht mehr auf die Straße“: Das Phoenix-Viertel – Hamburgs neue Problemzone

Durch eine Unterschriftenaktion und Mitteilungen an die Presse machen die Betroffenen inzwischen auf die skandalösen Zustände in ihrem Viertel aufmerksam.

Erst davon aufgeschreckt, zeigten sich Parteiabgeordnete, Repräsentanten der Verwaltung und die Polizei gesprächsbereit. Mit den Vertretern der Anwohner fanden sie sich daraufhin zu einer Diskussionsrunde zusammen. Eine Lösung fand man aber nicht und bildete infolgedessen einen Arbeitskreis, der Lösungsansätze erarbeiten und weiterführen soll. Dieser Kreis traf sich mit Vertretern der jugoslawischen Zigeuner, was immerhin zu gemeinsamen Säuberungsaktionen in den Straßen und auf den Spielplätzen führte. Nach den Sommerferien soll dann mit einem „Fest der Zigeuner“ menschliche Annäherung versucht werden.

Auch die Parteien haben inzwischen die Initiative ergriffen, mit einer „Beschwerde-Hotline“ und Bürgergesprächen bemühen sie sich, das verlorene Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen. Aber Angst und Mißtrauen bleiben groß, die Bewohner fühlen sich noch immer mit ihren Sorgen und Nöten alleingelassen. „Die Polizei geht morgens verstärkt Streife, aber nachts wäre es eigentlich notwendiger ...“

Bis heute ist auch noch nicht geklärt, wer für den Zuzug der Zigeuner verantwortlich gemacht werden kann. Spekulationen, ein Immobilienbesitzer habe seine Häuser an die Sinti und Roma vermietet, um die Wohnqualität des Viertels herabzusetzen und die Häuser dann günstig verkaufen zu können, sind bislang unbestätigt. Sicher ist nur, daß die Hinweise der Anwohner über angeblich überhöhte Mietzahlungen,

Mehrfachbelegung der Wohnungen und illegalen Wohnungsausbaueine Lawine losgetreten haben. So ist schon längst nicht mehr nur der angegriffene Immobilienbesitzer in der Schußlinie, sondern auch andere Hauseigentümer in diesem Viertel.

Weitere Kritik müssen sich Einwohnermeldeamt und Sozialamt stellen. Diese prüften weder die Wohnungsverhältnisse noch die Gründe für einen Zuzug der Zigeuner.

Von Anfang an engagiert war Pastor Heinrich Engelhardt von der Apostolischen Christengemeinde in der Edelbüttelstraße. Ihm werden auf Plakaten einer anonymen linken Gruppe rechtsradikale Verbindungen unterstellt. Dabei scheint gerade der Kirchenmann um Verständigung im Phoenix-Viertel bemüht. Seit Jahren betreut Engelhardts Frau tagsüber Kinder unterschiedlichster

Nationalitäten. Und der Pastor öffnet einmal die Woche die Jugendräume seiner Gemeinde für die ausländischen Nachbarn. „Jede Nationalität hat in diesem Viertel einen Treffpunkt, nur die Sinti und Roma nicht“, gibt Heinrich Engelhardt zu bedenken. Seiner Meinung nach müßte man sie von der Straße holen, ihnen eine Alternative bieten. Dabei seien wiederum Behörden und Politiker gefragt, denn sein wöchentliches Angebot sei nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

Den Überlegungen etlicher Anwohner, eine Bürgerwehr zu gründen, versuchen Bezirksamt und Arbeitskreis durch eine Interessengemeinschaft „Lebendiges Phoenix-Viertel“ entgegenzuwirken. Ob das helfen wird?

„Sicher fühlen sich die Bürger nach wie vor nicht!“, das weiß auch Hans-Ulrich Niels von der SPD. Viele seiner Gesprächspartner wollten aus Angst nicht, daß ihre Namen in der Öffentlichkeit genannt werden.

Weitere Schwierigkeiten bei der Verständigung bildet die Sprache. Viele der Zigeuner können kein Deutsch und sind nicht bereit, das zu ändern. Was wie ein Witz klingt: Den Kindern der Sinti und Roma ist es freigestellt, ob sie am Schulunterricht teilnehmen, gesetzlich verpflichtet wie sonst üblich sind sie nicht. „Wie sollen sie sich denn in unsere Gesellschaft einfügen, wenn sie mehr Rechte als Pflichten haben?“ fragt sich da nicht nur Heinrich Engelhardt. Daß seine Einwände und Bedenken als „rechtsradikal“ diffamiert werden, findet er beleidigend: „Man kann doch nicht

Ghetto-Bildung

nur Toleranz von einer Seite verlangen, alle Annehmlichkeiten in Anspruch nehmen, aber keine Bereitschaft zum Miteinanderleben zeigen. Es will niemand, daß sie verschwinden, aber es muß möglich sein, Probleme anzusprechen und sich zu arrangieren, ohne in diesem Land als rechtsradikal beschimpft zu werden!“

In Harburg entsteht ein Ghetto. Längst regieren Banden, sogenannte Jugend-Gangs, die Gegend. Hierbei handelt es sich nicht nur um Sinti und Roma, die gespannte Situation erhöht bei allen Nationalitäten die Gewaltbereitschaft.

Die Behörden stehen der Ghetto-Bildung hilflos gegenüber, denn sie haben derzeit keine rechtliche Handhabe, den Wohnsitz der Sinti und Roma vorzugeben.

Momentan scheint eine Art Sommerpause das Phoenix-Viertel zu befrieden. Urlaub und zahlreiche Presseberichte sorgen für Ruhe, aber wie es nach den Ferien weitergeht, weiß noch keiner abzuschätzen.

„Ich wünsche mir, daß hier wieder jeder leben kann und nicht nur solche, die sich wehren können. Die Menschen sollen hier alt werden können, ohne sich schwach oder bedroht fühlen zu müssen“, äußerte sich Pastor Engelhardt hoffnungsvoll. Daß das ganze Viertel durch Schlagzeilen wie „Terror im Phoenix-Viertel“ oder „Pulverfaß Phoenix-Viertel“ in Verruf geraten ist, tut ihm weh. Aber anders wäre die Öffentlichkeit wohl nicht aufmerksam geworden. Und letztlich handelt es sich jetzt zwar „nur“ um einige Straßen, aber wenn nichts geschieht, kippt unter Umständen die Stimmung im gesamten Viertel ...



Hausbesitzer in der Schußlinie: Zerstörte Bürotür einer Immobilienfirma

PHOENIXVIERTEL

Wer terrorisiert hier wen?

„Seit einigen Wochen werden die Bewohner offenbar massiv von einer neuen Gruppe terrorisiert, die z.T. nicht einmal im Viertel wohnen soll.“ HAN 14.07.99

„Im Phoenixviertel knallt es bald. Diese Leute beherrschen den Stadtteil, und alle Bewohner sind in Angst und Schrecken.“ CDU Bezirksabgeordnete Lydia Fischer in HAN 14.07.99

Die CDU Bezirksabgeordnete Lydia Fischer glaubt, die Schuldigen zu kennen: Eine „Gruppe von Zigeunern“ auf und rund um den Spielplatz Gerade Straße / Beckerberg terrorisiere das ganze Viertel. Harburger Rundschau 15.07.99

CDU-Fraktionschef Thomas Schneider: „Nach meinen Informationen gibt es ein Protokoll der Polizei das die angespannte Lage schildert und schon mehrere Monate alt ist.“ Harburger Rundschau 15.07.99

„Die Situation droht zu eskalieren und sich auf das ganze Viertel auszubreiten“, sagt Pastor Engelhardt von der freikirchlichen Gemeinde Edelbüttelstraße. Nach seinen Beobachtungen handelt es sich um 70-100 Menschen jugoslawischer und polnischer Herkunft, darunter ganze Familien und vor allem gewaltbereite Jugendliche. HAN 14.07.99

Aus politischer Sicht ist das Phoenix-Viertel kein besonders auffälliger Stadtteil, zusammen haben allerdings Diebstahl und Sachbeschädigungen rund um das Kaufhaus „R. Jürgens“ (R. Jürgens, Polizeirevier 44). Diese Delikte werden nicht von den neu zugezogenen Roma und Sinti begangen. Harburger Rundschau 16.07.99

Die Hinweise darauf, daß der Hausbesitzer Volker Heinke mit seiner Vermietungspraxis die Unruhe im Viertel schürt, haben sich inzwischen verdichtet. Harburger Rundschau 16.07.99

Aus Kreisen der Anlieger wird vermutet, daß es sich bei dem Terror um eine Strategie handeln könnte. Ziel: Die Wohnqualität soll so stark beeinträchtigt werden, daß der Wert der Häuser sinkt und sie anschließend billig verkauft werden können. HAN 14.07.99

Gegenüber der Rundschau setzt sich Pastor Engelhardt für eine härtere Gangart ein: „Der Rechtsstaat ist liberal ausgelegt worden, daß der Wert der Häuser sinkt und sie anschließend billig verkauft werden können.“ Harburger Rundschau 17.07.99

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN, SONDERN ZWISCHEN REICH UND ARM

Öl ins Feuer: Linke Agitation heizt das Klima weiter an
Fotos (3) gs